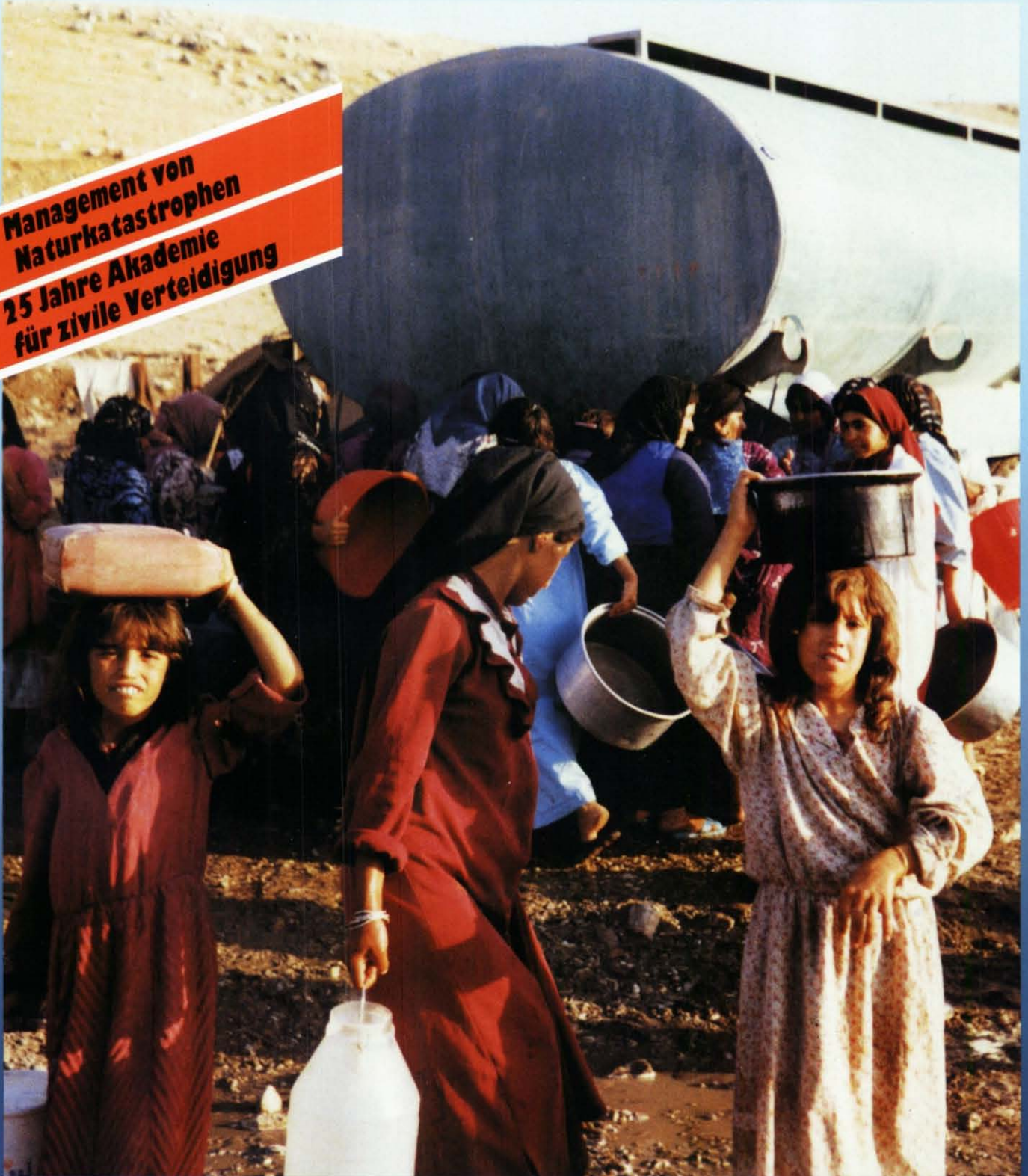


Bevölkerungs- schutz



Magazin für Zivil- und
Katastrophenschutz

Management von
Naturkatastrophen
25 Jahre Akademie
für zivile Verteidigung





HUMANITÄRES VÖLKERRECHT IN BEWAFFNETEN KONFLIKTEN

Die Zusatzprotokolle I und II zu den Genfer Rotkreuz-Abkommen von 1949

Der Bundesminister des Innern, Dr. Wolfgang Schäuble, hat jetzt eine Broschüre zum Thema „Humanitäres Völkerrecht in bewaffneten Konflikten – Die Zusatzprotokolle I und II zu den Genfer Rotkreuz-Abkommen von 1949“ herausgegeben. In seinem Vorwort schreibt er unter anderem:

„Die beiden Zusatzprotokolle zu den Genfer Rotkreuz-Abkommen wurden auf Initiative des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz in der Schweiz auf der Diplomatischen Konferenz über die Neubestätigung und Weiterentwicklung des in bewaffneten Konflikten anwendbaren humanitären Völkerrechts in den

Jahren 1974 bis 1977 ausgehandelt und paraphiert.

Die Bundesrepublik Deutschland hat die Zusatzprotokolle im Dezember 1990 ratifiziert. Die aus Anlaß der Einleitung des Ratifikationsverfahrens erstellte Denkschrift, die Gegenstand der parlamentarischen Beratungen war, wurde unter Federführung des Auswärtigen Amtes und unter Mitwirkung u. a. des Bundesministers der Verteidigung und des Bundesministers des Innern erstellt. Diese Denkschrift sowie zur weiteren Vertiefung die Vertragstexte selbst sollen mit dieser Broschüre insbesondere den mit Fragen des humanitären Völkerrechts befaßten zivilen Dienststellen und Hilfsorganisatio-

nen, aber auch interessierten Kreisen aus der Bevölkerung nähergebracht werden. Der Bundesminister des Innern kommt damit – vor allem für den Zivilschutz einschließlich des erweiterten Katastrophenschutzes – insoweit der nach Völkervertragsrecht bestehenden Verbreitungsverpflichtung nach.

Die Zusatzprotokolle stellen eine wesentliche Verbesserung des Schutzes der Zivilbevölkerung dar. Sie beschränken die Mittel und Methoden der Kriegsführung. Dementsprechend enthalten sie detaillierte Regelungen über das Verbot sogenannter unterschiedsloser Angriffe, über Terrorangriffe und Flächenbombardements sowie über das Verbot exzessiver Begleitschäden unter der Zivilbevölkerung.

Dem Ziel des verbesserten Schutzes der Zivilbevölkerung dienen insbesondere auch die Bestimmungen über den Zivilschutz. Erstmals werden Regeln über Status, Aufgabenkatalog und besondere Schutzwürdigkeit des Zivilschutzes umfassend niedergelegt und damit ausdrücklich völkerrechtlich anerkannt. Diese Stellung verleiht dem Zivilschutz einen besonderen Schutz zur unbeeinträchtigten Ausübung seiner Aufgaben. Die in den Zusatzprotokollen enthaltene Definition des Zivilschutzes verdeutlicht darüber hinaus, daß der Zivilschutz ausschließlich Aufgaben zum Schutz von Leben und Gesundheit der Zivilbevölkerung umfaßt. Er erhält im humanitären Völkerrecht eine ähnliche Stellung und einen ähnlichen Schutz, wie er nach den Genfer Rotkreuz-Abkommen bereits für die Sanitätsdienste und Krankenhäuser besteht.

Die Bundesregierung tritt nachdrücklich für die weltweite Beachtung des humanitären Völkerrechts ein. Voraussetzung hierfür ist die Kenntnis über dieses Rechtsgebiet.“

Die Broschüre kann beim Bundesverband für den Selbstschutz, Postfach 20 01 61, 5300 Bonn 2, angefordert werden.

Anschrift der Redaktion:
Deutschherrenstraße 93-95, 5300 Bonn 2,
Postfach 200161, Ruf (0228) 8401
Telefax 840702

Impressum:
Herausgegeben im Auftrag des
Bundesministeriums des Innern vom
Bundesverband für den Selbstschutz
Deutschherrenstraße 93-95, 5300 Bonn 2,
Postfach 200161, Ruf (0228) 8401

Verlag:
Bundesverband für den Selbstschutz
Das „Bevölkerungsschutz-Magazin“ erscheint
monatlich;
zweimal im Jahr als Doppelnummer

Chefredakteur:
O. Ulrich Weidner

Redaktion:
Rüdiger Holz, Sabine Matuszak,
Günter Sers, Paul Claes

Layout:
Rainer Pilartz

**Druck,
Herstellung und Vertrieb:**
Druckhaus Neue Presse
Postfach 2563
8630 Coburg
Tel. 09561/647-0, Telefax 647199

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für
unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr.
Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur
mit Quellenangabe und mit Genehmigung der
Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung
der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt
mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis DM 2,80, Doppelnummer DM 5,60,
Abonnement jährlich DM 33,60
zzgl. Porto und Versandkosten.

Im Bezugspreis sind 7 Prozent Mehrwertsteuer ent-
halten. Abonnements werden am Beginn des
Bezugszeitraums berechnet, Kündigungen müssen
bis 6 Wochen vor Ablauf der Bezugszeit schriftlich
vorliegen, sonst verlängert sich das Abonnement um
den bisher vereinbarten Bezugszeitraum. Wenn nicht
ausdrücklich ein kürzerer Bezugszeitraum ge-
wünscht ist, gilt das Kalenderjahr als vereinbart.
Erfüllungs- und Zahlungsort ist Bonn.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer
Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht
kein Anspruch auf Haftung.

Umschau	2
Aktuelles im Blickpunkt	
Planung von Antworten auf Naturkatastrophen	8
Ministerialdirigent Beyer zu einem aktuellen Thema	
Eine verkannte Staatsaufgabe mit Zukunfts- und Akzeptanzproblemen	13
Katastrophenschutz-Symposium in Bad Nenndorf	
In der Gluthitze des Iran	20
42 Spezialisten des THW helfen Flüchtlingen	
ZV und AKzV vor neuen Herausforderungen	25
Gedanken zum 25. Geburtstag der AkzV	
Ein neues Modell	31
Bundesweit erste kombinierte Ausbildungsstätte eröffnet	
„Wir sind auf dem besten Weg“	37
Die Hilfsorganisationen in den neuen Bundesländern	
Von der Realität eingeholt	41
Katastrophenschutzübung „Rockkonzert '91“ in Münster	
Ernährungsvorsorge bleibt aktuelles Thema	44
Staatliche und private Vorkehrungen weiterhin notwendig	
Warnung und Information der Bürger bei Gefahren	47
Vereinbarung mit Hörfunk und Fernsehen	
Bundesverband für den Selbstschutz	50
Technisches Hilfswerk	56
Warndienst	59
Deutsches Rotes Kreuz	61
Arbeiter-Samariter-Bund	63
Johanniter-Unfall-Hilfe	65
Malteser-Hilfsdienst	68
Deutscher Feuerwehrverband	69
Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft	74
Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten/-einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland e.V.	76
Wissenschaft und Technik	78
Bücher	80
Minimagazin	U 3



Richtungsweisendes Signal

Dr. Ewald Andrews zum neuen Präsidenten der Akademie für zivile Verteidigung ernannt

Als dritter Präsident der Akademie für zivile Verteidigung (AkzV), Bonn-Bad Godesberg, wurde jetzt Ministerialrat Dr. Ewald Andrews, bislang Leiter der Arbeitsgruppe Katastrophenschutz im Bundesministerium des Innern, feierlich in sein Amt eingeführt. Der 61jährige Jurist tritt die Nachfolge von Dr. Werner Schmitt an, der am 31. März dieses Jahres in den Ruhestand verabschiedet wurde.

Die Ernennungsurkunde überreichte Ministerialdirektor Diethelm Banspach aus dem BMI, der in der Ernennung von Dr. Andrews die Gewährleistung der Kontinuität der AkzV sieht. Banspach betonte in seiner Ansprache gegenüber den Mitarbeitern der Akademie, welche für die Ausbildungsmaßnahmen des Bundes auf dem Gebiet der zivilen Verteidigung zuständig ist, daß die Ausbildung im Bereich der zivilen Vorsorgemaßnahmen eine unverzichtbare Teilaufgabe des Staates bleiben wird, auch wenn die Wahrscheinlichkeit eines Konfliktes gesunken ist. Einen völligen Verzicht auf derartige Vorsorgemaßnahmen bezeichnete Banspach als nicht möglich.

Dr. Ewald Andrews bringt die besten Voraussetzungen für die Führung der AkzV mit. Der gebürtige Norddeutsche leitete als Direktor der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung von 1968 bis 1974 die Lehrgruppen „Heranbildung von Führungskräften“ und „Fortbildung für internationale Aufgaben“. Seit 1974 ist Andrews als Leiter der Arbeitsgruppe „Katastrophenschutz, Interministerielle Koordinierungsstelle für

großflächige Gefährdungslagen“, in der Abteilung „Katastrophe-/Zivilschutz, Notfallvorsorge, zivilen Verteidigung“ im BMI tätig.

Auszeichnungen wie das Bundesverdienstkreuz am Bande, das THW-Ehrenzeichen in Silber sowie das Goldene Feuerwehrehrenkreuz des Landes Rheinland-Pfalz sind zusätzliche Belege für

sein persönliches Engagement in diesem Bereich.

Dr. Andrews bekannte in seiner Antrittsrede, daß ihm der Abschied nach fast dreißig Jahren Arbeit in verschiedenen Abteilungen des BMI nicht leicht falle. Die neue Aufgabe erachte er jedoch als besondere Herausforderung, da er sie „in einer Zeit des Umbruchs“ übernehme. Die

Akademie müsse „eine angemessene Antwort auf die neue sicherheitspolitische Situation finden“, betonte der neue Präsident der AkzV.

Als „Richtungsweisendes Signal“ empfinden die Mitarbeiter der AkzV die Ernennung von Dr. Andrews und sagten ihm ihre volle Unterstützung für die zukünftigen großen Aufgaben zu.



Aus den Händen von Ministerialdirektor Diethelm Banspach (rechts) nimmt Dr. Ewald Andrews seine Erinnerungsurkunde entgegen. (Foto: Hilberath)

Wichtigkeit von Bundes-einrichtungen

Zu den wichtigsten Einrichtungen des Bundes zählen in den Augen der Befragten im

Westen das Bundeskriminalamt (8.3 von 10 Punkten) sowie das Technische Hilfswerk, der Verfassungsschutz und der Bundesbeauftragte für den Datenschutz (jeweils 7.7).

Bei den östlichen Bundesbürgern weicht die Bewertung der Bundeseinrichtungen nur

geringfügig ab. An erster Stelle steht das Bundeskriminalamt (8.2), gefolgt vom Technischen Hilfswerk (7.1), dem Datenschutzbeauftragten (7.0) und dem Bundesamt für Zivilschutz (6.4).

80 Jahre Motorrettungsboote im Einsatz für Schiffbrüchige

Frühherbst 1991: Ein „steifer“ Nordweststurm tost über die Kieler Bucht. Vormann Heinrich Schnoor von der Station Laboe der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger ruft seine Besatzung zusammen: „Segler in Seenot!“, wie er im Einsatzbericht vermerken wird. Stunden später – die Schiffbrüchigen sind gerettet und in Sicherheit gebracht worden, fügt der Vormann den entscheidenden Satz hinzu, der den Schritt in

eine neue Epoche in der Geschichte des deutschen Seenotrettungswerkes dokumentiert: „Boot und Motor bewährten sich in der schweren See vorzüglich.“ Muskelkraft und Wind, Ruder und Segel sollten bald der Vergangenheit angehören – der erste Seenoteinsatz mit einem Motorrettungsboot setzte Zeichen für die folgende Zeit. 80 Jahre später – im Jahr 1991 – zählen moderne Seenotkreuzer mit schnellen, flachgehenden

Tochterbooten, Bordhospital, Feuerlöschschiensrüstung und elektronischen Navigations- und Kommunikationsanlagen zu den selbstverständlichen Einsatzmitteln, um Menschen in Seenot zu retten.

Das erste Motorrettungsboot erhielt bei seiner Indienststellung im Jahr 1991 in Laboe den Namen „Oberinspector Pfeifer“ nach dem im Jahr zuvor verstorbenen Leiter des nautisch-technischen Dienstes der DGzRS. Ein 28-

PS-Benzinmotor brachte das neun Meter lange, offene Mahagoniboot auf gut sechs Knoten Geschwindigkeit.

Wesentlicher Vorteil neben der höheren Geschwindigkeit war vor allem die gestiegene Sicherheit für die Rettungsmänner, die ihre Kräfte nun gezielt am Havaristen und für die Schiffbrüchigen einsetzen konnten.

In den folgenden Jahren und Jahrzehnten wurde die neue und sich ständig weiterentwickelnde Antriebstechnik den Erfordernissen des Rettungsdienstes angepaßt. Maßgeschneidert für die jeweiligen Einsatzgebiete entstanden verschiedene Klassen von Motorrettungsbooten.

Auch das äußere Erscheinungsbild änderte sich ständig: Offene, halb- und vollgedeckte Boote trugen das Hansekreuz in der Flagge ebenso wie später, in den vierziger Jahren, die Einheiten mit den typischen Turmaufbauten wie beispielsweise die „Rickmer Bock“, die heute als Museumsschiff auf dem Gelände der DGzRS-Hauptverwaltung in Bremen zu besichtigen ist.

Der moderne Seenotkreuzer unserer Tage hat mit seinen „Urvätern“ wenig gemeinsam. Als Beispiel mag der in Warnemünde/Ostsee stationierte Neubau „Vormann Jantzen“ stehen: 23 m lang, fünf Meter breit, zwei Maschinen mit jeweils knapp 1000 PS, Höchstgeschwindigkeit 20 Knoten (= 37 km/h). Bei einer Marschgeschwindigkeit von zehn Knoten beträgt die Reichweite 1500 Seemeilen. Zur Standardausrüstung dieser modernen SAR-Einheiten zählen das in der Heckwanne mitgeführte Tochterboot für Einsätze in Flachwasserbereichen sowie ein umfangreich ausgestattetes Bordhospital, das über ein mobiles Notfallkoffersystem, eine Warmluftbeatmungsanlage für unterkühlte Schiffbrüchige und eine EKG-Telemetrieanlage verfügt.

Explosions- und Gaswarn-Spürgeräte, Hitzeschutzanzüge und Preßluftatemanlagen vervollständigen die Ausrüstung. Durch weitere techni-



80 Jahre technischer Entwicklung spiegeln sich in den beiden Aufnahmen wieder: 1911 stellte die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS) ihr erstes Motorrettungsboot in Dienst. 1991 prägten moderne Seenotkreuzer mit Tochterboot und umfassender Ausrüstung das Bild der Flotte des Rettungswerkes.

(Foto: DGzRS Bremen)



sche Einrichtungen an Bord sind natürlich auch vielfältigere Einsatzmöglichkeiten vor Ort gegeben – abgesehen von dem erheblich größeren Einsatzradius eines Seenotkreuzers.

Bei aller Technik steht jedoch der Mensch im Mittelpunkt. Was das erste Motorrettungsboot von 1911 mit dem modernen Seenotkreuzer von 1991 verbindet, ist die freiwillige Entscheidung des Rettungsmannes, zu jeder Zeit, bei noch so schwerem Wetter, hinauszufahren, um Menschen aus Seenot zu retten.

Berufsfeuerwehrlaute von Wehr- und Zivildienst freistellen

Berufsfeuerwehrlaute im Einsatzdienst sollen uneingeschränkt von Wehr- und Zivildienst freigestellt werden. Dies hat der Bundesrat in einem Gesetzentwurf auf Antrag Hamburgs vorgeschlagen, der nunmehr beim Deutschen Bundestag eingebracht wird. Derzeit ist die Freistellung hauptberuflicher Feuerwehrlaute von der Dienstpflicht nur im Einzelfall möglich, wobei ausschließlich öffentliche Belange und nicht die Interessen des Einzelnen berücksichtigt würden.

Nach der Begründung des Gesetzentwurfs bilden die öffentlichen Feuerwehren mit ihrem hauptamtlichen Einsatzpersonal im Verhältnis zu den ehrenamtlichen Helfern und den Freiwilligen das Rückgrat bei der Bekämpfung von Katastrophen. Wegen der Bedeutung der öffentlichen Feuerwehren für den Katastrophenschutz und den Zivildienst müsse für die Berufsfeuerwehr die Wehrdienstpflicht zurücktreten. Insoweit gebe es keinen Unterschied zu Polizeivollzugsbeamten, die bereits nach geltendem Recht vom Wehrdienst freigestellt sind.

Neue Bautechnische Grundsätze für Hausschutzräume

Der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau hat im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern und dem Bundesminister der Finanzen die „Bautechnischen Grundsätze für Hausschutzräume des Grundschutzes für 10, 15 und 25 Personen in ein- und zweigeschossigen Gebäuden“ sowie diejenigen „... für 25 und 50 Personen in drei- und mehrgeschossigen Gebäuden“ – Fassung Mai 1991 – bekanntgegeben.

Mit diesen beiden Bautechnischen Grundsätzen, die die Mindestanforderungen des Grundschutzes enthalten, werden die bisherigen Bautechnischen Grundsätze für Hausschutzräume des Grundschutzes – Fassung Februar 1972 – mit dem Ergänzungsblatt Juni 1976 ersetzt, die den Bereich von 7 bis 50 Schutzplätzen umfaßten.

Erschienen sind die beiden Richtlinien als Beilage zum Bundesanzeiger Nr. 184 vom 1. Oktober und Nr. 185 vom 2. Oktober 1991. Ab sofort können Hausschutzräume danach geplant und ausgeführt werden.

Krisenmanagement im Katastrophenschutz

Vorrangige Aufgabe der Gefahrenabwehr bzw. des Katastrophenschutzes ist es, die Auswirkungen von Schadensereignissen, z. B. bei Freisetzungen gefährlicher Stoffe, auf Leben und Gesundheit sowie auf die lebensnotwendige Versorgung der Bevölkerung so gering wie möglich zu halten. Dies ist in einer hochtechnisierten Industriegesellschaft trotz der modernen Sicherheitskultur in den potentiell



Unser Foto zeigt den gestellten Verkehrsunfall mit einem Gefahrguttransporter.

gefährlichen Betrieben eine anspruchsvolle Herausforderung. Bei Chemieunfällen müssen etwa die unterschiedlichen Wirkungsmöglichkeiten und Stoffeigenschaften schnell erfaßt und etwaige Gefährdungen durch toxische Stoffe festgestellt werden. Dies gilt für Gefahrgutunfälle auf der Straße ebenso wie für Großbrände betrieblicher Anlagen.

Für Gegenmaßnahmen stehen im allgemeinen keine oder nur sehr kurze Vorlaufzeiten zur Verfügung, so daß die planerischen, organisatorischen und personellen Maßnahmen unmittelbar greifen müssen, sobald ein Schadensereignis eintritt. Dies setzt voraus, daß die Einsatzkräfte unter Streßbedingungen komplexe Gefährdungslagen bewältigen können.

Die Katastrophenschutzübung „Kraichgau 91“, die der Landkreis Karlsruhe durchführte, hatte zum Ziel, den Wirkungsgrad und die Leistungsstärke der Einsatzkräfte zu testen, um im Ernstfall auf ein funktionsfähiges Krisenmanagement zurückgreifen zu können.

Das Zusammenwirken der Einsatzleitung/Technischen Einsatzleitung mit mehreren Abschnittsleitungen und der Katastrophenschutzbehörde wurde unter folgenden Teilaspekten erprobt:

– Arbeitsweise in taktischer Hinsicht,

- Arbeitsweise in der TEL,
- Zusammenarbeit der TEL-Mitglieder,
- Eignung der Führungsmittel und -unterlagen,
- Aufgabenerledigung unter Zeitdruck und in Streßsituationen.

Weiteres Ziel der Übung war das Zusammenwirken verschiedener Fachdienste an den Schadensstellen. Im Einsatz waren rund 650 Fachkräfte.

Neue Feuerwehrleitstelle und Atemschutzwerkstatt

Mit einem Funkspruch hat vor kurzem Landrat Eberhard Wicke die neue Feuerwehrleitstelle und die Atemschutzwerkstatt für den Landkreis Hannover offiziell in Betrieb genommen. Gut ein Jahr Bauzeit wurde für das rund 3,5 Millionen Mark teure zweigeschossige Gebäude benötigt.

Im Erdgeschoß ist in funktionell ausgestatteten Räumen eine Atemschutzwerkstatt eingerichtet, in der turnusmäßig etwa 2500 Atemschutzmasken, 650 Atemschutzgeräte sowie fast 100 Chemie- und Vollschutzanzüge zu reinigen, zu warten und zu überprüfen sind.

Im Obergeschoß wurde die neue Feuerwehreinsatz- und

Rettungsleitstelle (FEL/RLS) untergebracht, in der alle Notrufleitungen 112 aus dem Gebiet des Landkreises Hannover zusammengeschaltet sind, über die der Bürger rund um die Uhr im Bedarfsfall Feuerwehr und Rettungsdienst anfordern kann.

Bereits seit 1978 unterhält der Landkreis Hannover in Ronnenberg eine permanent besetzte Leitstelle. Von ihr können zentral für den Landkreis Hannover die 211 Ortsfeuerwehren in den 20 Städten und Gemeinden mit mehr als 600 Einsatzfahrzeugen und etwa 10 000 freiwilligen Feuerwehrleuten über funkgesteuerte Sirenen und persönliche Funkempfänger alarmiert werden. Im Jahre 1990 wurden hierüber fast 24 000 Einsätze abgewickelt, davon 20 000 im Rettungsdienst und 3600 Feuerwehreinsätze.

Aber nicht nur die Einsatzzahlen weisen eine ständig steigende Tendenz auf; auch die Intensität der Einsätze wächst und somit auch der in der FEL/RLS erforderliche Aufwand, diese Einsätze erfolgreich abzuwickeln.

Zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit wurde die neue Leitstelle mit einer modernen Notrufabfrage- und Funkeinrichtung ausgestattet. Für die zentrale Einsatzkoordination der Feuerwehren, des Rettungsdienstes und des Katastrophenschutzes stehen sieben Amtsleitungen, fünf Direktleitungen zur Berufsfeuerwehr Hannover und zur Polizei sowie fünf Funkverkehrs-kreise ebenso zur Verfügung wie eine moderne Brandmeldeanlage zur Aufschaltung besonderer Objekte.

Zusätzliche Unterstützung bei der Wahrnehmung der vielfältigen Aufgaben wird durch die Installation einer speziell für Leitstellen konzipierten EDV-Anlage erreicht. Sie soll Auskünfte geben über allgemeine Maßnahmen im Bereich der Feuerwehren sowie des Rettungsdienstes in den Städten und Gemeinden und verfügt zudem über besondere Daten zur Bekämpfung von Großschadensereignissen beispielsweise in Ver-

bindung mit chemischen Stoffen.

Dem Landkreis Hannover steht damit eine Einrichtung

Schweres Zugunglück in Belgien

Ein schweres Zugunglück hat in Belgien sieben Todesopfer gefordert, 30 Menschen wurden verletzt, zehn von ihnen schwer. Das Unglück ereignete sich nahe dem Dorf Dalhem, nördlich von Lüttich. Ein historischer, von einer Dampflokomotive gezogener Zug raste führerlos eine abschüssige Strecke hinunter. Zwei Wagen entgleisten und stürzten um.

Nach ersten Ermittlungen soll der Lokführer auf einem Hügel angehalten und den Zug verlassen haben, um we-

zur Verfügung, die vermutlich auf Jahre hinaus den ständig steigenden Anforderungen gerecht wird.

gen Schwierigkeiten im Bremssystem zu telefonieren. Dabei habe sich der Zug in Bewegung gesetzt und sei den Berg heruntergerast. Kurz vor einem Tunnel geschah dann das Unglück.

Alle verfügbaren Rettungsmannschaften waren schon wenige Minuten später an der Unfallstelle, sie mußten aber das Bergungsmaterial über mehrere hundert Meter transportieren, da sie wegen des unwegsamen Geländes nicht an den Einsatzort heranfahren konnten. (Foto: dpa)



Erste Hilfe ist fast immer ungenügend

Führende bundesdeutsche Mediziner halten das Erste-Hilfe-System in der Bundesrepublik für ungenügend. In einem Vortrag beim Deutschen Anästhesiekongreß in Mannheim erklärte der Würzburger Anästhesist Prof. Dr. Peter Sefrin, daß 90 Prozent der Unfallopfer und etwa die Hälfte aller Patienten mit akuten Erkrankungen ohne ausreichende Erstversorgung blieben.

Die Kenntnisse der vorgeschriebenen Erste-Hilfe-Kurse gingen zu schnell verloren, beklagte Sefrin. Untersuchungen zufolge seien bereits nach zwei Jahren nur noch zwölf Prozent der Lehrstoffkenntnisse vorhanden. Für neue Kurse sei die Bevölkerung meist nur schwer zu gewinnen. Sefrin forderte daher eine großangelegte bundesweite Informationsaktion, für die der Bund die Kosten tragen solle sowie zusätzliche Mittel für die Hilfsorganisationen, die Schulungskurse veranstalten.

Kritik übten die Mediziner auch am bundesdeutschen Rettungsdienst. Die Gebietsgliederung des Rettungsdienstes, die sich an den politischen Grenzen orientiert, sei vielfach unzuweckmäßig, äußerte der Ulmer Anästhesist Friedrich-Wilhelm Ahnefeld. Trotz aller Vorstöße gebe es immer noch keine bundesweit einheitliche Notrufnummer und die „Mehrzweckfahrzeuge“ der Hilfsorganisationen würden oft den medizinischen Anforderungen nicht gerecht. Schließlich fehlten Ausbildungsstätten und einheitliche Ausbildungsgänge für das neu geschaffene Berufsbild des Rettungsassistenten, kritisierte Ahnefeld.

Wasserstofftank explodiert

Bei der Explosion eines Wasserstofftanks auf dem



Gelände eines Quarzglaswerks ist die Stadt Hanau vor kurzem knapp an einer Katastrophe voreingekommen. 23 Menschen wurden, meist durch herumfliegende Glassplitter leicht verletzt. Die Produktionsanlagen des Unternehmens wurden verwüstet. Im Umkreis von mehreren Kilometern gingen Scheiben zu Bruch und wurden

Dächer abgedeckt. Der Schaden wird auf mehrere hundert Millionen Mark geschätzt.

Der rund 100 Kubikmeter fassende Wasserstofftank war am frühen Morgen in die Luft geflogen, nachdem er in der Nacht neu gefüllt worden war. Die Wucht der Explosion riß den zentnerschweren Tankdeckel in zwei Teile. Sie wur-

den bis zu 800 Meter weit geschleudert.

Die Polizei evakuierte die Anwohner im Umkreis von 500 Metern, da in dem zerstörten Fabrikteil 70 Azetylenflaschen zu explodieren drohten. Auch der Zugverkehr war unterbrochen, der Hauptbahnhof mußte gesperrt werden. (Foto: dpa)

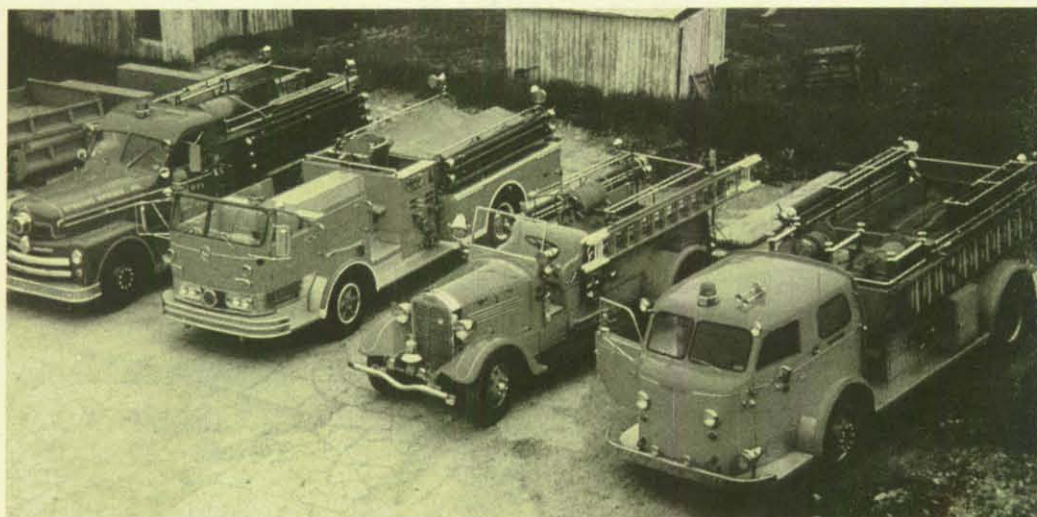
Direkt aus Amerika

Wer das neu eröffnete Technik-Museum Speyer besucht, wird mit Sicherheit vor den Prunkstücken der Ausstellung – zwei Ahrens-Fox-Feuerwehrautos aus Amerika – eine Weile staunend stehen bleiben. Die „Rolls Royce der

Feuerwehr“ werden sie in Amerika genannt, weil sie nicht nur zweckmäßig, sondern auch sehr schön sind. Überall blitzt Chrom und Lack. Eine Augenweide nicht nur für den Fachmann, sondern auch den interessierten Laien.

In dem neuen Museum

gehört die Feuerwehr zu den Schwerpunkten der Ausstellung. Die Museumsleitung ist deshalb bemüht, seltene und exklusive Exemplare zu bekommen. In Amerika ist man wieder fündig geworden. Vier besonders schöne Feuerwehrautos haben bereits den Weg über den Atlantik hinter sich



und sind wohlbehalten in Speyer angekommen (Foto). Hierbei handelt es sich um ein amerikanisches „La France“-Löschfahrzeug aus dem Jahr 1937 – es wurden nur wenige Exemplare gebaut – und das erste „La France“-Feuerwehrauto, das nach dem Zweiten Weltkrieg im Jahr 1955 gebaut wurde sowie um zwei Seagraves-Löschfahrzeuge aus den Jahren 1929 und 1957. Das letzte ist erst vor ein paar Wochen in den „Ruhestand“ versetzt worden. Ein Mack-Feuerwehrauto aus dem Jahre 1961 ist ebenfalls angeliefert worden.

Wichtiger Hinweis für Abonnenten

Am 1. Juli 1991 trat zeitgleich mit dem Bundesdatenschutzgesetz die Postdienst-Datenschutzverordnung in Kraft, die unter anderem auch Regelungen zur Berichtigung von Anschriften enthält.

Bisher wurden den Verlagen Adressenänderungen eines Abonnenten (beispielsweise wegen Umzugs) von der Deutschen Bundespost mitgeteilt, soweit diese bekannt waren und der Abonnent keinen Nachsendeantrag gestellt hatte. Nach der neuen Datenschutzverordnung hat der Abonnent jetzt ein Widerspruchsrecht gegen diese Mitteilung.

Um die Datenschutzbestimmungen nicht zu verletzen, weisen wir unsere Abonnenten darauf hin, daß wir ihr Einverständnis zur Weiterführung der bisher praktizierten Art der Adressberichtigung durch die Post voraussetzen, sofern sie nicht bis spätestens 1. März 1992 widersprechen.

Tanklastzug umgekippt

Zu einem schweren Verkehrsunfall kam es jüngst auf dem Kölner Autobahnring in Höhe der Ausfahrt Mülheim.

Ein mit 22 000 Litern Heizöl beladener Tanklastzug geriet - vermutlich infolge überhöhter Geschwindigkeit - ins Schleudern, stürzte um und blockierte alle drei Fahrspuren der Autobahn. Der Fahrer des Zuges

zog sich dabei schwere Verletzungen zu.

Bei dem Unfall wurde der Tank aufgerissen und etwa 300 Liter Öl flossen aus. Der Rest der Ladung wurde unter Aufsicht der Feuerwehr von

einer Privatfirma umgepumpt und anschließend konnte das Fahrzeug wieder aufgerichtet werden. Die Autobahn war für die Bergungsarbeiten acht Stunden lang gesperrt.

Termine

Die Technische Akademie Esslingen veranstaltet **vom 27. bis 28. Januar 1992** in Ostfildern ein Seminar unter dem Thema: **„Umweltschutz durch Brandschutz“**. Behandelt werden unter anderem physikalisch-chemische Vorgänge beim Verbrennen und Löschen. Brandmelde- und Feuerlöschanlagen, gesetzliche Grundlagen des Umweltschutzes und Gefahrstoffe in Produktions- und Lagerbereichen.

Die Leitung des Seminars hat Brandschutzingenieur Bernhard Knepper VDI.

Auskunft: Technische Akademie Esslingen,
Postfach 12 69, 7302 Ostfildern,
Tel.: 07 11 / 3 40 08 23-25.

In Berlin-Köpenick findet vom **30. Januar bis 2. Februar 1992** im Innovationspark Wuhlheide erstmals die **„Retten und Bergen“**, eine Fachausstellung mit Kongreß für den Brand- und Katastrophenschutz, Rettungsdienst und Umweltschutzbereich statt.

Der Kongreß mit zahlreichen Vorträgen wurde in folgende Hauptgruppen gegliedert:

- Feuerwehr im Umweltschutz
- Datenverarbeitung und Leitstellentechnik
- Rettungsdienst und Medizintechnik
- Arbeitsschutz bei der Feuerwehr

Auskunft: Weber Werbung, Unternehmensbereich Messen,
Postfach 20 02 62, W-3223 Delligsen,
Tel.: 0 51 87 / 20 77.

Immer häufiger findet die Feuerwehr bei Einsätzen gefährliche Stoffe vor, die zu besonderen Maßnahmen zwingen. Das Haus der Technik in Essen führt **vom 24. bis 25. Februar 1992** unter der Leitung von Ing. chem. Bernd Hildebrand ein Seminar **„Gefährliche Stoffe beim Feuerwehreinsatz“** durch. Ein besonderes Anliegen dieser Veranstaltung ist es, Verständnis für die vorbeugenden und abwehrenden Maßnahmen unter besonderer Berücksichtigung der erforderlichen Schutzmaßnahmen zu vermitteln. Großer Wert wird auch auf die Information über vorhandene Systeme zur Auskunft über die Eigenschaften gefährlicher Stoffe, vorhandene Möglichkeiten der Unterstützung durch Werkfeuerwehren der Chemischen Industrie sowie die hierbei gemachten Erfahrungen gelegt.

Auskunft: Haus der Technik e. V., Postfach 10 15 43,
4300 Essen 1, Tel.: 02 01 / 1 80 31.

Unter dem Thema **„Brandschadenverhütung“** veranstaltet die Technische Akademie Esslingen **vom 9. bis 10. März 1992**, unter der Leitung von Brandschutzingenieur Bernhard Knepper, in Ostfildern einen Lehrgang zur Neuorientierung des vorbeugenden Brandschutzes in Einkaufszentren, -passagen, Verkaufs- und Industriehallen.

Auskunft: Technische Akademie Esslingen,
Postfach 12 69, 7302 Ostfildern,
Tel.: 07 11 / 3 40 08 23-25.

Die Technische Akademie Wuppertal e. V. führt **am 20. Februar 1992** in Nürnberg, unter Leitung von Dipl.-Ing. K. Klingsohr, eine Fachveranstaltung über **„Brandschutz in Hochhäusern“** durch. Themen sind unter anderem:

- Die besonderen Risiken des Hochhauses im Brandfall
- Vorbeugender baulicher Brandschutz
- Ausbildung der Rettungswege im Gebäude und auf dem Grundstück
- Haustechnik und Sicherheitstechnik
- Möglichkeiten der Sanierung brandschutztechnischer Mängel an bestehenden Hochhäusern

Auskunft: Technische Akademie Wuppertal e. V.,
Weiterbildungszentrum W-Elberfeld,
Postfach 10 04 09, 5600 Wuppertal 1,
Tel.: 02 02 / 74 95-0.

„Brandschutz-Neuorientierung in Industriehallen, Kaufhäusern und Einkaufszentren“ ist der Titel einer Veranstaltung **vom 24. bis 25. Februar 1992** im Weiterbildungszentrum Wuppertal-Elberfeld. Unter Leitung von G. Jung referieren namhafte Dozenten zu Themen wie:

- Rauchentwicklung, -strömung, -produktion brennbarer Stoffe und deren Folgen
- Additives Brandschutzkonzept für die Früherkennung und den schnellen Löschangriff
- Rauchgas- und Brandentwicklung in Kaufhäusern und Einkaufszentren
- Projektierungs- und Berechnungshilfen für den sinnvollen Brandschutz in Einkaufspassagen und mehrgeschossigen Einkaufszentren

Auskunft: Technische Akademie Wuppertal e. V.,
Weiterbildungszentrum W-Elberfeld,
Postfach 10 04 09, 5600 Wuppertal 1,
Tel.: 02 02 / 74 95-0.

Planung von Antworten auf Naturkatastrophen

Selbst in Fachkreisen gibt es keine einheitliche Antwort auf die Frage, ob eine „Planung von Antworten auf Naturkatastrophen“ möglich ist. Zum Teil wird man ungläubig angesehen und kann man hören, die Antwort auf Katastrophen im allgemeinen und Naturkatastrophen im besonderen könne man nicht planen. Derartige Schadensereignisse verliefen z. B. nach Zeit und Ort ihres Eintritts derart unterschiedlich, daß bei ihrer Bekämpfung die Improvisation, ein ad hoc-Management und Gottvertrauen die wesentlichen Merkmale der Katastrophenabwehr seien.

Dadurch wird aber eine Antwort auf die Frage provoziert, ob Reaktionen auf Naturkatastrophen umfassend oder zumindest im größeren Umfang geplant werden können.

Als erstes gilt es zu klären, was unter Naturkatastrophen verstanden werden soll. Negativ läßt sich dieser Begriff dadurch umschreiben, daß es sich um Schadensereignisse handelt, die nicht von Menschenhand, durch technologische Risiken oder bewaffnete Auseinandersetzungen verursacht worden sind. Positiv gesagt handelt es sich um Gefahrenlagen, die durch die den Menschen umgebende Natur bedingt werden. Diese blutleere Formel bedarf der Konkretisierung. Ohne erschöpfend sein zu wollen, seien einige Beispiele genannt.

Hierzu gehören:

1. **Erdbeben.** Bei der Nennung dieses Begriffs sei aus der jüngeren Zeit an die Ereignisse in Mexiko im Jahre 1985 bzw. in

Armenien im Jahre 1988 gedacht.

2. **Vulkanausbrüche.** Statt vieler anderer darf insoweit auf die Eruptionen zum Teil schon mehrere Jahrhunderte nicht mehr aktiver Vulkane in Japan und auf den Philippinen verwiesen werden.
3. **Seebeben,** die mit ihren meterhohen Flutwellen verheerende Wirkungen in den Küstenregionen des Pazifischen Ozeans hervorrufen können.
4. **Wirbelstürme,** wie Tornados, Hurrikans oder Taifune, die immer wieder Straßen der Verwüstung in den betroffenen Gebieten nach sich ziehen.
5. **Überschwemmungen,** seien sie z. B. im Landesinneren durch große Regenfälle oder plötzliche Schneeschmelze verursacht oder an der Küste, z. B. durch eine Springflut bedingt.
6. **Schwere Schneefälle oder Lawinen,** die ganze Landstriche in Mitleidenschaft ziehen können.
7. **Dammbrüche,** die die talwärts gelegenen Gebiete in ein Wassermeer verwandeln können.
8. **Lang anhaltende Trockenheiten,** die z. B. immer wieder in Afrika viele tausende Menschen der Gefahr des Verhungerns aussetzen.
9. **Heuschrecken,** die seit Jahrhunderten in den betroffenen Gebieten als Geißel der Menschheit gelten und durch das Vernichten der Ernten Hungersnöte hervorrufen können.
10. **Busch- oder Waldbrände.**

Der Eintritt dieser Naturereignisse allein stellt aber noch keine Naturka-

tastrophe dar. Bekanntlich bilden die Überschwemmungen des Nils kein Schreckgespenst, sondern geben Anlaß zu Freudenfeiern. Mit anderen Worten, das Naturereignis muß objektiv geeignet sein, Menschen und ihr Eigentum zu schädigen. Hinzu kommen wird häufig aber auch ein subjektives Element des Empfindens der Gefahr. Beispielsweise sind die großen Schneefälle im Jahre 1980 im Norden der Bundesrepublik Deutschland keineswegs von allen Menschen in den betroffenen Regionen als Katastrophe angesehen worden. Ganz im Gegenteil haben sich damals ganze Dorfgemeinschaften – bewaffnet mit zum Teil primitivem Werkzeug und Alkohol – aufgemacht, um im Rahmen einer fröhlichen Gemeinschaftsaktion die Schneemassen zu beseitigen.

Die auf der Welt zu verzeichnende Verdichtung der Bevölkerung in den Siedlungsgebieten und die Anhäufung von Werten in den Zonen der Urbanisierung bringen allerdings die Wahrscheinlichkeit mit sich, daß Naturereignisse sich zu einer Katastrophe auswachsen und es nicht bei einem bloßen Naturschauspiel verbleibt.

Ist eine Naturkatastrophe aber einmal entstanden, so muß sie auch als „Ganzheit“ zur Kenntnis genommen werden. Keines dieser Naturereignisse darf aber nur als ein isolierter Vorfall mit einem eng begrenzten Schaden gesehen werden. Jedes dieser Ereignisse kann die Ursache für eine Reihe von weiteren Gefahren setzen und dadurch die Wirkung der ursprünglichen Naturkatastrophe ganz erheblich steigern. So hat der Ausbruch des Mount St. Helen-Vulkans im Jahre 1980 unter anderem zu einem riesigen Erdbeben geführt.

Dadurch wurden drei „natürliche“ Staudämme geschaffen, die in der Meinung der zuständigen Behörden extrem unsicher sind und bei einem nicht auszuschließenden Dammbruch Millionen von Kubikmetern Wasser in die tiefer gelegenen Regionen fließen lassen würden. Die durch die Vulkanausbrüche in die Atmosphäre geschleuderte Asche stellt z. B. aber auch eine erhebliche Gefahr für die Luftfahrt dar, weil durch den angesaugten Staub die Triebwerke ausfallen. Bisher konnten durch bedingte Flugzeugabstürze nur mit Glück vermieden werden.

Auswirkungen höherer Ordnung

Aber nicht nur solche Folgen eines Naturereignisses müssen gesehen werden. Es gilt ebenfalls die Konsequenzen dritter, vierter oder weiterer Ordnungen zu bedenken. Die jüngste Flutkatastrophe in China hat nicht nur viele Menschen durch die unmittelbaren Einwirkungen der Wassermassen das Leben gekostet und große Sachschäden verursacht. Gleichzeitig sind offenbar ganze Versorgungslinien zusammengebrochen mit der weiteren Folge, daß z. B. wegen des nicht mehr einwandfreien Funktionierens der Trinkwasserversorgung und der Abwasserbeseitigung Seuchen wie Ruhr, Cholera und Typhus auftreten können. Wenn man bedenkt, daß schon bei einem Gewitter durch Wassereinbruch die Ampelanlagen ganzer Städte ausfallen können und dadurch ein Verkehrschaos erster Güte entsteht, kann man sich leicht vorstellen, welche Konsequenzen ein durch ein Hochwasser verursachter totaler und länger andauernder Ausfall des Stromversorgungsnetzes einer Großstadt haben würde. Bei der Abhängigkeit der hochentwickelten westlichen Industriegesellschaften von der Elektrizität würde fast nichts mehr funktionieren und in vielen Familien käme noch nicht einmal mehr ein warmes Essen auf den Tisch, weil die vollelektrifizierten Küchen auf das Lebenselement Strom angewiesen sind.

Derartige Zusammenbrüche von „Lebenslinien“ widerlegen im übrigen die bisher gern verfolgte Vorstellung, daß Katastrophen einen umgrenzten Ort des Geschehens haben, sozusagen „ortsfest“ sind, und daß die Schutzmaßnahmen von

außen wie in einer Sternfahrt auf das Ereignis hin konzentriert werden können. Die Multilokalität der durch Fernwirkungen gesteigerten Auslösekatastrophe bewirkt ein häufig unterschätztes Maß an Konfusion und Diffusion.

Hilfsmaßnahmen, die sonst lokal konzentriert werden könnten, müssen auf zahlreiche Schadensorte verteilt werden. Die damit verbundene Ausdünnung vorhandener Ressourcen läßt erkennen, daß unsere Vorstellungen über Naturkatastrophen und unsere Antwort darauf sich auf die Möglichkeit des Zusammenbruchs von „Lebenslinien“ einstellen müssen.

Verheerende Folgen von Naturkatastrophen

Muß man angesichts des Umfangs der Folgen einer Zerstörung von „Lebenslinien“ nicht an den Chancen einer Antwort auf Naturkatastrophen zweifeln? Nun, es liegt auf der Hand, daß die Probleme, die eine moderne und zukunftsgerichtete Antwort auf Naturkatastrophen aufwirft, sehr groß sind. Bei einigen Leuten könnte daher die Meinung bestärkt werden, es sei das Beste, alles beim alten zu belassen und ein Desaster als zwar ungewollt, aber nicht vermeidbar und als Gottes Willen hinzunehmen.

Eine solche Haltung ist angesichts der möglichen verheerenden Folgen keine Alternative. In den letzten zwei Jahrzehnten vor dem Jahre 1987 haben Naturkatastrophen in der ganzen Welt über drei Millionen Menschenleben gefordert und das Leben von mindestens 800 Millionen weiterer Menschen beeinträchtigt. Die Todesopfer wurden zu 50,9 % durch Erdbeben, zu 29,7 % durch Überschwemmungen, zu 16,8 % durch Wirbelstürme, zu 1,9 % durch Vulkanausbrüche, zu 0,5 % durch Seebeben bedingte Flutwellen und zu 0,1 % durch Erdbeben ausgelöst. Regional verteilen sie sich zu 80,5 % auf Asien und den süd-west-pazifischen Raum, zu je 7 % auf Europa und den amerikanischen Kontinent und zu 0,5 % auf Afrika.

Gerade diese letzte Zahl zeigt im Verhältnis zu den Berichten über Hungersnöte in der Sahelzone, daß neben den „klassischen“ Naturkata-

strophen auch solche durch natürliche Ursachen wie Heuschreckenplagen, Dürre und Wüstenbildung ausgelöste Ereignisse, in die Betrachtung einbezogen werden müssen, da sie zu enormen Schäden führen. Insbesondere in Afrika hat die letzte große Dürre das Leben von mehr als 20 Millionen Menschen bedroht und weitere Millionen entwurzelt. Jüngsten Berichten zufolge soll in Afrika durch eine bevorstehende erneute Hungerskatastrophe das Leben von 30 Millionen Menschen gefährdet sein.

Aber nicht nur die Menschenopfer dürfen gesehen werden. Die Auswirkungen solcher Katastrophen haben in den letzten 20 Jahren vor dem Jahre 1987 zu Sachschäden von über 23 Milliarden Dollar geführt. Sie haben die schwache wirtschaftliche Infrastruktur der Entwicklungsländer, insbesondere die der am wenigsten entwickelten Regionen, massiv beeinträchtigt und dadurch den Entwicklungsprozess behindert oder sogar zurückgeworfen.

Prognosen in die Zukunft geben Anlaß zu erhöhten Befürchtungen. Die Verwundbarkeit durch Katastrophen steigt mit dem Wachstum der Bevölkerung, der Konzentration der Bevölkerung in den Städten und der Anhäufung von Industrie und Infrastruktur in katastrophengefährdeten Gebieten. Es zeigt sich immer mehr, daß z. B. Entwicklungshilfe keinen Sinn macht, wenn die Investitionen mangels ausreichender Vorsorge gegen Katastrophen durch das nächste Erdbeben oder die nächste Überschwemmung wieder zerstört werden. Hilfen nach einer Katastrophe bedeuten nur ein Kurieren an den Symptomen, gehen das Übel selbst aber nicht an der Wurzel an.

Internationale Dekade für Katastrophenvorbeugung

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat daher in ihrer 96. Plenarsitzung am 11. Dezember 1987 anerkannt, wie wichtig es für alle Menschen und insbesondere für die Entwicklungsländer ist, die Auswirkungen von Naturkatastrophen zu mindern. Sie hat folgerichtig mit der Resolution 42/169 beschlossen, die 90er Jahre zu einer Dekade zu erklären, in der die internationale Gemeinschaft unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen der Förderung der internationalen Zu-

sammenarbeit auf dem Gebiet der Minderung von Naturkatastrophen besondere Aufmerksamkeit schenken wolle. Nach diesem Beschluß ist es das Gesamtziel der Dekade, durch konzentrierte internationale Maßnahmen, insbesondere in den Entwicklungsländern, die Verluste an Menschenleben, die Sachschäden sowie die sozialen und wirtschaftlichen Erschwernisse zu mindern, die durch Naturkatastrophen und andere durch natürliche Ursachen hervorgerufene Katastrophen verursacht werden. Dazu sollen die Erkenntnisse, Verfahren und Mittel in bezug auf

- Vorbeugemaßnahmen gegen Katastrophen,
- die Warnung vor Katastrophen,
- die Bekämpfung eingetretener Katastrophen und
- die Schadensbeseitigung und Wiederherstellung nach Katastrophen

auf geeignetem Wege verbreitet und, soweit noch nicht vorhanden, entwickelt werden.

In der Generalversammlung am 22. Dezember 1989 gingen die Mitgliedsstaaten der UNO unter anderem davon aus, daß Vorkehrungen gegen Naturkatastrophen und deren Einbindung in nationale Entwicklungspläne auch sehr hilfreich sein könnten, anderen Arten von Katastrophen, wie z. B. solchen technologischer und industrieller Natur, vorzubeugen. Dabei spielt der Gesichtspunkt des „Doppelnutzens“ eine entscheidende Rolle: Um die Akzeptanz für Geldausgaben in der eigenen Bevölkerung zu erhöhen, sollen die nationalen Katastrophenschutzsysteme des jeweiligen Landes, z. B. Dänemarks oder der Bundesrepublik Deutschland, durch nationale Maßnahmen verbessert und anschließend Wissen und Unterstützung in geeigneter Weise in die Entwicklungsländer transferiert werden.

Gefahrenanalyse als Ausgangspunkt

Dadurch wird die Frage aufgeworfen, welche Komponenten das System der Antwort auf Naturkatastrophen haben sollte.

Am Anfang aller Bemühungen, Antworten auf Naturkatastrophen zu finden, steht eine Ist-Analyse der möglicherweise drohenden Gefahren und der möglichen Folgewirkun-

gen. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß man in Island das Entstehen tropischer Wirbelstürme nicht als real ansehen wird. In früheren Jahren oder Jahrzehnten eingetretene Schadensereignisse können einen Anhalt dafür liefern, was gegenwärtig oder künftig an gefährlichen Situationen zu erwarten ist. Dabei gilt es aber, alle Erkenntnisse der Wissenschaft zu Rate zu ziehen, will man nicht unangenehme Überraschungen erleben. Das Beispiel des Ausbruchs des seit 600 Jahren nicht mehr aktiven Vulkans auf den Philippinen zeigt, daß man in durch Vulkanismus gefährdeten Regionen auch jahrhundertelange Ruhephasen nicht unterschätzen darf.

Die Gefahrenanalysen gilt es in geeigneter Weise optisch für die mit der Abwehr „befaßten“ Stellen aber auch für das breite Publikum sichtbar zu machen. Zu denken ist beispielsweise an sogenannte Gefahrenkataster, bei dem für das Gebiet eines Kreises, eines Bezirks oder eines Landes die möglicherweise gefährdeten Zonen einschließlich der Art der Gefährdung in Landkarten vermerkt werden. Gegen derartige Maßnahmen wird immer wieder vorgebracht, sie verunsicherten die Bevölkerung und könnten zur Flucht aus bestimmten Gebieten führen. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich sehr häufig, daß es sich bei solchen Meinungen eher um eine Angst der verantwortlichen Stellen vor einer klaren Aussage als um reale Furchtgefühle in der Bevölkerung handelt. Wie in vielen anderen Bereichen des Lebens gilt auch hier der Satz, daß eine erkannte Gefahr nur noch eine halbe Gefahr darstellt.

Eine Gefahrenanalyse allein reicht nicht aus. Gefährlich gewordene Naturereignisse brauchen eine Antwort, durch die die Bevölkerung, ihre Wohnungen und Arbeitsstätten, lebenswichtige Betriebe, Dienststellen und Anlagen sowie das Kulturgut geschützt und schädliche Folgen beseitigt oder zumindest gemildert werden. Die Antwort kann durch Simulation des voraussichtlichen Geschehens gefunden oder zumindest erleichtert werden. Es wäre allerdings ein tragischer Irrtum, wollte man sich bei den zu treffenden Planungen nur an der Vergangenheit orientieren, das Überraschende und Überwältigende der jeweils letzten vergleichbaren Katastrophe zum Lehrstück machen und damit Einzel-

probleme, wie z. B. die Löschwasserversorgung bei einem Waldbrand, zum Kristallisationspunkt zukünftiger Maßnahmen erheben.

Gerade so wird allerdings häufig in der Praxis verfahren. Eintretene Schadensfälle werden untersucht und dargestellt, die aufgetretenen Schwachstellen werden mehr oder weniger beseitigt und anschließend wiegt man sich in dem Glauben, alles Erforderliche zur Schadensverhütung und Schadensbekämpfung getan zu haben. Es ist eine Erfahrungstatsache, daß dadurch meistens der Schrecken der nächsten Naturkatastrophe weder beseitigt noch gemildert wird. Jede Katastrophe erscheint deswegen als neu, weil Abläufe und Effekte auftreten, die angeblich niemand vorhersehen konnte und die deswegen so radikal überraschen. Tatsächlich aber sind Abläufe und Effekte dann nicht absehbar, wenn man nur Einzelphänomene nacheilt, anstatt nach den Strukturbedingungen zu suchen, aus denen sie sich ableiten lassen. Es geht nicht um die Analyse von Einzelereignissen und partiellen Ereignisfolgen, sondern im Sinne einer Ganzheitsmethode um die Analyse von Beziehungsgrößen und um die Feststellung ihrer Zusammenhänge und Wertigkeiten.

Beispiel einer Ganzheitsmethode

Ein Beispiel mag zeigen, was mit diesen abstrakt gehaltenen Aussagen gemeint ist. Im Jahre 1987 wurden große Teile des Yellowstone-Nationalparks in den USA durch Feuer vernichtet. Entstehung und Verlauf dieser Waldbrandkatastrophe wurden von bodengestützten Beobachtungsposten, von Flugzeugen und von einem Satelliten aus erfaßt und kartographiert. So entstanden aus spezifischen Einzeldaten „thematische Karten“: z. B. über Windgeschwindigkeiten, Luftfeuchtigkeiten, Temperaturen.

Zusammen mit den bereits vorhandenen Karten über Bewuchs, Bodenformationen und -arten, Bodennutzung und -bebauung, Wegeführungen und Wasserläufe, Sonneneinstrahlung, Verdunstung usw. konnte der gesamte Brand minutiös nachgestellt und analysiert werden. Durch das systematische Übereinanderlegen thematischer Karten ließ sich erkennen, welche Bedingungen

den Brandverlauf maßgeblich beeinflußt hatten und wo optimale Interventionspunkte für die Bekämpfung nicht nur dieses, sondern auch möglicher anderer Brandabläufe gewesen wären. Heute läßt sich aufgrund der zahlreichen Modellberechnungen genau angeben, welche Faktoren welchen Stellenwert im Brandgeschehen haben, wie der Verlauf von Brandschneisen sein muß, an welchen Stellen Wasserbomben ihre maximale Wirkung entfalten und wichtiger noch, welche landschaftsgestaltenden Maßnahmen und welche Vegetationseingriffe ein Brandrisiko vergrößern bzw. verkleinern. Neue Wege, Erholungs-, Picknick-, Service- und Campingflächen können dadurch zukünftig schon so angelegt werden, daß sie zugleich als Brandabschnitts- und Brandschneisenfunktion wirken. Durch gezielte Anpflanzungen kann der optimale Feuchtigkeitsgrad von Bewuchsflächen erreicht und die Brandgefahr minimiert werden. Gleichzeitig lassen sich die Punkte höchster Brandgefährdung errechnen und gezielt entschärfen.

Wie ein Waldbrand kann generell auch ein städtisches Großfeuer simuliert werden. Zwar sind dabei vielleicht umfangreichere Datenbestände zu erfassen und zu gewichten. Die Möglichkeiten der modernen Datenverarbeitung lassen ein solches Vorhaben aber nicht mehr als utopisch erscheinen. Wenn die Städte inzwischen dazu übergehen, ihre Basisdaten digitalisieren zu lassen, um im Rahmen der Stadt- und Raumplanung der infrastrukturellen Bedarfserfassung und der Optimierung von Verkehrsversorgungs- und Entsorgungssystemen über einheitliche und manipulierbare thematische Karten zu verfügen, so ist es nur ein zusätzlicher Schritt, diese Unterlagen auch für die Gefahrenabwehr einzusetzen. Gleichzeitig läßt sich auf diese Weise aus einer Ist-Analyse eine Soll-Analyse für die Optimierung der äußeren Rahmenbedingungen einer Region im Interesse der Gefahrenverhinderung entwickeln.

Natürlich wird sofort der Einwand der Kosten eines solchen Unternehmens erhoben werden. Es spricht sich aber immer mehr herum, daß die Kosten derartiger Soll-Analysen längst viel kleiner gehalten werden können, als z. B. die möglichen Sturmschäden. Die Sturmserie, die

Europa Anfang 1990 traf, war zusammengerechnet die bisher weltweit teuerste Naturkatastrophe. Von 25 Milliarden DM volkswirtschaftlicher Schäden trug 17 Milliarden die Versicherungswirtschaft, und zwar 3,5 Milliarden DM allein die deutsche. Insgesamt verursachten Naturkatastrophen im Jahre 1990 fast 80 Milliarden DM Schäden und 50 000 Todesopfer. Die Wissenschaftler und Versicherungsexperten rechnen für die kommenden Jahre mit weiteren schweren Stürmen und mit Schäden in ähnlicher und tendenziell steigender Höhe. In der Bundesrepublik Deutschland haben die



Wolfgang Beyer

Sachversicherer des weiteren im Jahre 1990 ca. 2 Milliarden DM für die Regulierung von Brandschäden ausgeben müssen. Angesichts der hohen Verdichtung der Bevölkerung und der Wertanhäufungen ist die Tendenz auch hier steigend. Es dürfte nur eine Frage der Zeit sein, bis die Versicherungsgesellschaften durch eine massive Anhebung der Versicherungsprämien die Konsequenzen daraus ziehen, daß nach Wissenschaft und Technik mögliche Präventionsmaßnahmen nicht ergriffen worden sind.

Die Ist-Analyse der Gefahrenmöglichkeiten und die Soll-Analyse mit den sinnbesten Antworten auf eine Naturkatastrophe muß durch ein effizientes Warnsystem ergänzt werden.

Dem zivilisierten Menschen ist – anders als den Tieren in der freien Wildbahn – das Gespür dafür verlorengegangen, daß eine rechtzeitige

Warnung in den meisten Fällen die Rettung des Lebens bedeuten kann. Dabei bieten die heutige Wissenschaft und Technik Warnmöglichkeiten, die vor 30 Jahren noch unbekannt waren. Hier ist nicht nur an die Fortentwicklung des Rundfunks und der Sirenen zu denken, es geht vielmehr um die hochsensitiven Instrumente, mit denen Veränderungen im Erdinneren festgestellt werden können, so daß die Bevölkerung z. B. Stunden vor einem Vulkanausbruch gewarnt werden kann. Zu denken ist aber auch an die Beobachtung der Erdoberfläche durch Satelliten. So kann der im Juli dieses Jahres ausgesetzte Satellit ERS-1 der Europäischen Weltraumorganisation weit draußen über dem Meer anhand der Kräuselung der Meeresoberfläche das Entstehen von Windfeldern bestimmen, die wesentlichen Einfluß auf das Wetter mit Stürmen usw. haben. Der Satellit vermag aber auch Bilder über sturmbedingte Waldschäden und Überschwemmungen zur Erde senden. Technisch nicht neu, aber bei der Abwehr von Naturkatastrophen bisher wenig oder gar nicht eingesetzt ist die Möglichkeit, sich mit Hilfe von über dem betroffenen Gebiet kreuzenden bemannten oder unbemannten Flugzeugen, anhand der an Bord befindlichen Fernsehkameras bzw. Meßgeräte eine großflächige Übersicht über das Schadensgebiet bzw. etwa aufgetretene radioaktive Strahlungen oder gefährliche Gase zu verschaffen. Natürlich verlieren dadurch die traditionellen Beobachtungs- und Warnmittel nicht ihre Bedeutung. Sie finden aber eine ideale Ergänzung durch die heute von Wissenschaft und Technik angebotenen Möglichkeiten.

Selbstschutz von entscheidender Bedeutung

Da staatliche Hilfe nicht überall gleichzeitig, insbesondere meistens aber nicht sofort in hinreichendem Umfang beim Eintritt einer Naturkatastrophe verfügbar sein kann, kommt dem Selbstschutz der Bevölkerung eine entscheidende Bedeutung bei der Antwort auf das schadenstiftende Ereignis zu. Die ersten Minuten und Stunden sind bei einer rechtzeitig gewarnten Bevölkerung

ausschlaggebend dafür, ob z. B. ein Vulkanausbruch ein grandioses Naturschauspiel bleibt oder sich wegen des panikartigen Verhaltens einer nicht informierten Bevölkerung zur Katastrophe auswächst. Manchmal findet man heute noch die Meinung, daß die Bevölkerung bei der Antwort auf eine Naturkatastrophe eher stört als nutzt. Solche Denkweisen sind in den heutigen pluralistisch aufgebauten demokratischen Staatswesen fehl am Platz. Es zeigt sich immer wieder, daß eine rechtzeitig umfassend und objektiv informierte Bevölkerung im Falle der Not wesentlich vernünftiger und panikfreier reagiert als es sich manche Beamten in ihrer Amtsstube vorstellen. Japan z. B., das seine Bevölkerung schon in den Grundschulen im richtigen Verhalten bei Gefahren ausbildet, ist es gelungen, in den letzten 30 Jahren die Zahl der Toten durch Naturkatastrophen auf ein Minimum zu reduzieren.

Es versteht sich von selbst, daß die Antworten auf eine Naturkatastrophe nicht allein in einer Ist- und Soll-Analyse der möglichen Gefahren und Schäden, der Simulation der Abwehrmöglichkeiten, der Warnung und dem Selbstschutz der Bevölkerung bestehen können. Hierin gehören z. B. auch

- das Bereitstellen von Schutzräumen
- die Bereitstellung von Notunterkünften und -verpflegungsmitteln
- das Aufspüren und Kennzeichnen von Gefahrenzonen
- die Bekämpfung von Bränden
- die Bergung von Verschütteten
- die Notinstandsetzung unentbehrlicher öffentlicher Versorgungseinrichtungen
- die medizinische Versorgung Verletzter und
- die Evakuierung gefährdeter Personen.

Natürlich zählen auch die zur Wahrnehmung jeder dieser Aufgaben erforderlichen zusätzlichen Arbeiten, wie z. B. das Beschaffen von Krankentransportwagen, von Feuerlöschgerät, von Räumgerät usw., sowie die Einstellung von Hilfsmannschaften und deren Ausbildung dazu.

Ausbildung der Einsatzkräfte

Einen Schwerpunkt bildet die Ausbildung der Einsatzkräfte. Es ist

eine Erfahrungstatsache, daß gut ausgebildete Katastrophenschützer selbst mit schlechterem Gerät größere Erfolge erzielen können, als schlecht ausgebildete Katastrophenschützer mit gutem Gerät. Der Idealfall ist gutes Gerät in der Hand gut ausgebildeter und motivierter Einsatzkräfte. Läßt sich beides nicht gleichzeitig erreichen, so spricht die erste Priorität für die Ausbildung. Ausbildung kann und soll aber nicht nur in der Vermittlung von theoretischem Wissen bestehen. Es muß auch geübt werden. Jeder Führer einer Fußballmannschaft weiß, daß er sich ohne Training mit seinen Spielern am besten erst gar nicht auf den Fußballplatz stellt. Aber auch aus Fürsorgegründen des Dienstherrn gegenüber den Mitarbeitern ist es unverantwortlich, ungeübtes Personal in einen Einsatz zu schicken.

Grenzüberschreitende Abstimmung erforderlich

Für die Notwendigkeit der theoretischen und praktischen Ausbildung des Personals ist es gleichgültig, ob es sich um Zivilisten oder Militärs bzw. um hauptamtlich tätige oder freiwillige Helfer handelt. Welt- und europaweit gibt es keine einheitliche Linie, wie die Antwort auf Katastrophen zu organisieren ist und wie sich das Einsatzpersonal rekrutieren soll. In manchen Ländern, z. B. in den Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes, handelt es sich ausschließlich um Militärs oder praktisch vergleichbare Einheiten. Andere Staaten, wie z. B. die Bundesrepublik Deutschland, stützen sich dagegen primär auf Zivilisten als Einsatzpersonal. Wieder andere Länder, wie z. B. Frankreich, haben im Laufe ihrer Geschichte ein Mischsystem entwickelt, in dem sowohl Militärs als auch Zivilisten zum Einsatz kommen. Ebenso unterschiedlich ist die Frage beantwortet worden, ob sich das Einsatzpersonal aus hauptamtlichen oder überwiegend aus freiwilligen Helfern rekrutieren soll.

Als Ergebnis bleibt festzuhalten, daß sich die Organisation des Katastrophenschutzes und die Art und Weise der Rekrutierung des Einsatzpersonals in den einzelnen Staaten in einem Prozeß mit zum Teil langen Vorgeschichten und Traditionen entwickelt haben. Es ist eine Illusion zu

glauben, hier ließe sich z. B. im europäischen Rahmen schon morgen eine Vereinheitlichung erreichen. Traditionen sind kein geeignetes Feld für kurzatmige Aktivitäten. Relativ schnell machbar erscheint dagegen eine europaweite Abstimmung über das Gerät und die Inhalte der Ausbildung und des Trainings der Einsatzkräfte. Hier bieten sich z. B. die bilateralen Verträge über die gegenseitige Hilfe bei Katastrophen und schweren Unglücksfällen, die die Bundesrepublik Deutschland mit Dänemark, den Niederlanden, Belgien, Luxemburg, der Schweiz und Österreich abgeschlossen sowie mit der Sowjetunion und der Tschechoslowakei abgestimmt hat, als Basis für den Austausch von Lehrern und Auszubildenden an. Auf der Grundlage dieser Verträge haben z. B. im Jahre 1988 Belgien, die Niederlande und die Bundesrepublik Deutschland im Drei-Länder-Eck bei Aachen erstmals seit vielen, vielen Jahren – einige sagen erstmals seit der Zeit Karls des Großen – eine gemeinsame grenzüberschreitende Katastrophenschutz-Übung durchgeführt.

Die Folgen des Reaktor-Unfalls im russischen Tschernobyl haben gezeigt, daß sich Katastrophen und ihre Auswirkungen nicht durch Staatsgrenzen aufhalten lassen, sondern ohne Paß und Visum selbst in vom Entstehungsort weit entfernten Gebieten Schrecken verbreiten können. Alle staatlichen Stellen werden sich daher darauf einstellen müssen, daß Antworten auf technologische Risiken, aber auch auf Naturkatastrophen im Interesse des Schutzes unserer Bürger so ortsnah wie möglich, aber auch so effizient wie erforderlich, gegeben werden. Dabei darf künftig, insbesondere nach dem Abbau der Grenzen ab dem Jahre 1993, die europäische Dimension nicht vergessen werden. Für die Katastrophenschützer in den europäischen Staaten wird es viel zu tun geben.

Die Behauptung aber, die Abwehr von (Natur-)Katastrophen ließe sich nicht planen, sollte endgültig in das Reich der Märchen verbannt werden.

Eine verkannte Staatsaufgabe mit Zukunfts- und Akzeptanzproblemen

Wissenschaftler und Fachleute diskutierten die künftigen Aufgaben des Katastrophenschutzes – Bund und Länder bleiben weiterhin aufeinander angewiesen

Gleich zwei bedeutsame Anlässe führten Ende Juni 1991 hochrangige Fachleute aus dem Bereich Zivil- und Katastrophenschutz im niedersächsischen Bad Nenndorf zusammen: So wurde die dortige Katastrophenschutzschule nach umfassendem Umbau mit einem Festakt wiedereröffnet, und das Landesinnenministerium hatte zum „Ersten Niedersächsischen Katastrophenschutz-Symposium“ eingeladen. Letzteres sollte dem Ziel dienen, unter dem Leitwort „Katastrophenschutz in der Herausforderung der Zukunft“ die Gefahrenvorsorge auf der Basis neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse weiter zu verbessern.

Knapp siebzig Gäste aus vielen Teilen der Bundesrepublik Deutschland waren der Einladung des niedersächsischen Innenministers Gerhard Glogowski in das bekannte Staatsbad gefolgt, darunter führende Persönlichkeiten aus den zuständigen Bundes- und Landesverwaltungen, aus Kreisen und Kommunen wie von den Hilfsorganisationen. Staatssekretär Schapper, in Vertretung des Innenministers des Landes, Ministerialdirigent Antonischki, sein Kollege aus dem Bonner Innenministerium, Ministerialdirigent Beyer, der Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Dusch, die Direktoren von THW und BVS, Henkel und Schuch, sowie weitere leitende

Fachleute erlebten eingangs, wie der symbolische Schlüssel zur renovierten Katastrophenschutzschule durch mehrere Hände bis in den Besitz von Schulleiter Stanowski gelangte.

Schmucke Ausbildungsstätte

Die 1963 errichtete Schule wurde in anderthalbjähriger Umbauzeit mit einem Kostenaufwand von rund vier Millionen DM von Grund auf modernisiert: 20 Ein-Bett- und 26 Zwei-Bett-Zimmer, sämtlich mit Dusche und WC, stehen maximal 72 Lehrgangsteilnehmern zur Verfügung. In jährlich 125 bis 130 Lehrgängen – angeboten werden 55 verschiedene – durchlaufen etwa 2400 Teilnehmer die Ausbildung, und zwar in den fünf Fachbereichen ABC-Dienst, Bergungsdienst, Sanitäts-/Betreuungs-/Versorgungsdienst und Führung. Drei moderne Hörsäle, Planspielraum, Modellraum und Fernmeldezentrale HVB stehen ebenso wie Kantine, Lese-, Spiel- und Tischtennisraum zur Verfügung.

Aber der Bund tut noch ein übriges: Für ca. drei Millionen DM wird derzeit ein Übungsgelände, eine Ausbildungshalle und eine Atemschutz-Übungsstrecke gebaut. Kein Wunder, daß Ministerialdirigent Antonischki und Schulleiter Stanowski zufrieden waren, als sie von BZS-Präsident Dusch den vom zuständi-

gen Staatsbauamt präsentierten Schlüssel in „Staffette“ erhielten. Die Teilnehmer am Symposium hatten nota bene Gelegenheit, sich vom Komfort als erste Zimmergäste persönlich zu überzeugen.

„Höchstrangige Schutzaufgabe“

Staatssekretär Schapper führte anschließend in die Thematik des Symposiums ein, das interessanterweise stark wissenschaftsorientiert sein sollte. Nichteigentliche Fachleute, sondern drei Wissenschaftler – zwei Soziologen und ein Verwaltungswissenschaftler – referierten über Aspekte des künftigen Katastrophenschutzes. Schapper daher einleitend:

„Wir stellen uns der Aufgabe, es nicht mit der organisatorischen Bewältigung der Querschnittsaufgabe ‚Katastrophenschutz‘ sein Bewenden haben zu lassen. Katastrophenschutz ist wegen der Qualität und Quantität seiner Schutzgüter eine der höchstrangigen Schutzaufgaben des Staates. Deshalb müssen alle nur denkbaren Erkenntnisquellen erschlossen, Gestaltungsmöglichkeiten erkundet und Bündelungseffekte genutzt werden, um diesem Schutzanspruch unserer Bürger gerecht zu werden.“

Wir haben dieses erste nie-

dersächsische Katastrophenschutz-Symposium unter das Leitwort ‚Katastrophenschutz in der Herausforderung der Zukunft‘ gestellt. Dies führt logischerweise zu der Frage, ob sich denn ‚Zukunft‘ in einer Intensität gewandelt hat, die sie in einer Art ‚qualitativen Sprung‘ von normaler Fortentwicklung zur Herausforderung hat werden lassen. – Ich denke, ja.

Erhöhte Sensibilität

Wir erleben eine bisher nicht gekannte industrielle Verdichtung sowohl mechanisch als auch bei dem Gefährdungspotential der verarbeiteten Stoffe. Parallel dazu vollzieht sich ein natürlicher Ermüdungsprozeß bei älteren Anlagen – Stichwort: KKW Stade und Würgassen. Verborgene Schadensquellen – Stichwort: Altlasten – können virulent werden. Abnormitäten im Naturverlauf beginnen sich zu häufen und lassen die Prognose von Unwägbarkeiten auch in unseren geographischen Breiten zu. Niedersachsen hat nach seiner natürlichen Beschaffenheit und seiner industriellen Infrastruktur, z. B. mit vier eigenen und drei unmittelbar benachbarten Kernkraftwerken, an alledem überproportional Anteil.

Hierzu tritt eine deutlich erhöhte Sensibilität unserer Bevölkerung gegenüber Gefahrenpotentialen, eine Verschärfung unseres Gefahrenbewußtseins und unserer Beurteilungskriterien. Die Schwelle der Schutzanforderungen an den Staat wird dadurch deutlich abgesenkt. Dies alles erlaubt es gewiß, von einer Herausforderung an uns alle zu sprechen.

Nun ist es nicht so, daß wir uns dieser Herausforderung schutz- und reaktionslos ausgesetzt fühlen. Wir nehmen uns ihrer energisch und entschlossen und eben auch mit diesem Symposium an. Dabei gehen wir von dem Grundgedanken aus, daß Katastrophenschutz – anders als die meisten anderen Staatsaufgaben – Reaktion auf physikalische Ereignisse ist, deren Ursachen schon frühzeitig gelegt sind und zu denen bei Hinzutritt bestimmter Auslösebedingungen ein naturwissenschaftlich objektivierbarer Kausalverlauf führt. Wir brauchen also ‚nur‘ entweder die Ursachen zu erkennen und beseitigen oder den Kausalverlauf zu determinieren und unterbrechen, um zweierlei zu erreichen:



Die Katastrophenschutzschule in Bad Nenndorf wurde nach anderthalbjährigem Umbau wiedereröffnet.

- durch ein Präventivkonzept den Katastropheneintritt weitgehend verhindern bzw.
- den Katastrophenschutz punktgenau auf die verbleibenden Risiken zustrukturieren zu können.

Fragen an Wissenschaft und Forschung

Natürlich habe ich dieses ‚nur‘ in Anführungsstriche gesetzt. Denn gerade hierin liegen ja die Schwierigkeiten, mit denen wir alle ringen. Sie können nicht von der Verwaltung gelöst werden. Dies ist nicht ihre Aufgabe; dazu fehlen ihr die speziellen Fähigkeiten. Es sind Forschung und Wissenschaft, von denen wir die erforderlichen Hinweise erwarten, aber auch abfordern müssen.

Deshalb wird der Schwerpunkt dieses Symposiums von unseren Fragen an Forschung und Wissenschaft gebildet. Wir fragen nach der Determinierbarkeit von Katastrophursachen und von Kausalverläufen, an deren Ende Katastrophen stehen. Wir fragen nach den Möglichkeiten, eine in Gang gekommene Ereigniskette vor Eintritt des Katastrophen-Kollaps zu unterbrechen. Wir fragen danach, ob wir organisatorisch, aber auch in unserer Einstellung zu möglichen Katastrophen für die Herausforderungen der Zukunft gerüstet sind. Schließlich tasten wir uns zu der Frage vor, ob wir mit dem derzeitigen gesetzlichen Katastrophenschutz noch über das erforderliche

rechtliche Instrumentarium verfügen, um auf mögliche Großschadenslagen der Zukunft sachgerecht reagieren zu können. Bei alledem werden wir bemüht sein, die Legislative und die Exekutive in den gewonnenen Erkenntnissen zu verzahnen.

Ich kann an dieser Stelle nicht verhehlen, daß es uns aus unserer Fachkenntnis leichtgefallen ist, die erforderlichen Fragen zu stellen, umso schwerer aber, aus dem Wissenschaft- und Forschungsbereich Partner für authentische Antworten zu finden. Wir haben in der Vorbereitung dieses Symposiums die Erfahrungen bestätigt gefunden, die die meisten von Ihnen als Fachleute des Katastrophenschutzes ja auch schon gemacht haben: Katastrophen- oder Katastrophenschutzforschung findet in Deutschland in systematischer Form gar nicht oder nur bruchstückhaft und damit unzureichend statt. Besonders auffällig ist das Fehlen der naturwissenschaftlichen Komponente, auf die es in diesem Fachbereich ja besonders ankäme. Aus diesem Grunde fehlt auch jegliche interdisziplinäre Vernetzung von Wissenschaft und Forschung im Katastrophenbereich...

Anstöße zur Fortentwicklung

Angesichts dieser Sachlage wächst unserem Symposium die zusätzliche Aufgabe zu, auf diese Defizite im Katastrophenschutz auf-

merksam zu machen und damit – wie wir hoffen dürfen – anstoßgebend für eine Intensivierung von interdisziplinärer Katastrophenforschung im Bundesgebiet zu sorgen.

Vor diesem Hintergrund begrüßen wir es um so dankbarer, daß sich mit den Herren Professoren Clausen von der Universität Kiel und Lenk von der Universität Oldenburg sowie Herrn Dr. Dombrowski, gleichfalls aus Kiel, wichtige Repräsentanten der jeweiligen Bereiche der Katastrophenforschung zur Beantwortung unserer Fragen bereitgefunden haben. Aus unseren Vorbereitungen des Symposiums wissen wir, daß unsere Referenten bemüht sein werden, mit speziell auf unsere Fragen bezogenen Antworten uns in unserer Arbeit im Katastrophenschutz voranzuhelfen . . .

Sie alle sind zum Ersten Niedersächsischen Katastrophenschutz-Symposium erschienen. Die Bezeichnung weist aus, daß diese Veranstaltung auf Fortsetzung angelegt ist. Wir wollen uns im Zweijahresabstand und jeweils im Wechsel mit einer landesweiten Katastrophenschutzübung kontinuierlich mit aktuellen Problemen und Themen des Katastrophenschutzes auseinandersetzen und so auf längere Sicht zur Fortentwicklung des Katastrophenschutzes beitragen. Dabei sind wir uns bewußt, keine abgehobene Theoriediskussion betreiben zu dürfen. Es geht uns gemeinsam darum, das Schutzgeflecht für unsere Bevölkerung dichter und undurchdringlicher zu knüpfen.“

Angst vor Katastrophen

Professor Dr. Clausen, Soziologe an der Christian-Albrechts-Universität Kiel, die bekanntlich eine „Katastrophenforschungsstelle“ am Institut für Soziologie eingerichtet hat, ferner bekannt als Mitglied der Schutzkommission beim Bundesminister des Innern, beleuchtete sein Thema „Unsere Umwelt – auf dem Weg zu einer neuen Normalität von Katastrophen?“ So stellte er „einen großen Kontrast“ zwischen den Ansichten der beruflichen Katastrophenschützer und den Empfindungen der Bevölkerung, etwa am Beispiel Tschernobyl, fest. Katastrophen gehörten ferner nicht zu den „gängigen Risiken“, weil sie immer zu schnell und zu überraschend eintreten – das ist auch der Grund dafür,

daß die Bevölkerung Angst vor Katastrophen hat.

Richtig „katastrophal“ wird eine Lage jedoch erst dann, wenn bei den Bekämpfern Ratlosigkeit herrscht, keine Lösungen in Sicht sind. Dann ist Improvisation gefragt; Politik und Verwaltung wollen ein Scheitern der Bemühungen zur Bewältigung der Katastrophe natürlich verhindern, aber: Bei Katastrophen ist ein Scheitern möglich, dem müsse man ins Auge sehen und sich auch eingestehen. In diesem Zusammenhang wies Prof. Clausen auch darauf hin, daß der Katastrophenschutz und der Selbstschutz sich ergänzen müssen und zusammengeführt werden sollten.

Der Kieler Professor verlangte ferner, die Verantwortlichen sollten

Bevölkerung die latenten Gefahren klar aufgezeigt werden. Hinzu sollten Handlungsanweisungen treten, die möglichst bei jeder Familie „im Küchenschrank“ vorhanden sein müßten: „Es mangelt an verfügbarer und in sonst gewohnte Handlungsbezüge eingebundener Schutzinformation, die Warnungen adäquat zu verarbeiten erlauben könnte. Die zwischen Opfern und Helfern unabhingestimmte Schutzinformation hat organisatorische Folgen zu Lasten der Katastrophenlinderung: Zumal hat sich der organisatorische Katastrophenschutz nicht genügend professionalisiert, so daß dort tiefgreifende Motivationsschwächen auftreten, für die vorgehaltene oder geforderte Technik kein Ersatz sein kann. Auch im Bereich der Landkrei-



Blick in einen der völlig modernisierten Lehrsäle.

gerade in Sachen Katastrophen die Wahrheit sagen: Wenn schon eine Verhinderung nicht möglich sei, so müsse man die Linderung transparent und begreifbar machen. „Die allgemeine gesellschaftliche Schadensangst sitzt tief in der Bevölkerung“, stellte Clausen fest. Diese Angst sei zwar diffus, führe aber zu einer Akzeptanzproblematik des Katastrophenschutzes.

Technik kein Ersatz für Motivation

Was ist nach Prof. Clausen zu tun? Zunächst einmal müssen der

se und kreisfreien Städte ist der Katastrophenschutz zu sehr auf Improvisationen angewiesen, auf Länder- und Bundesebene eine Laufbahnsackgasse. Es mangelt an realistischen Übungen, die auch den Selbstschutz möglicher Betroffener einbeziehen müßte. So weitet sich immer noch die Kluft zwischen Schutzleuten und Schutzexperten.“ Und: „Von der Regierungs- bis zur Betroffenebene mangelt es an Organisationen zur Aufklärung und Gewichtung unterschiedlicher Risikopotentiale.“

Clausen kommt somit zu dem bedenklichen Schluß: „Mithin sind wir nicht auf dem Weg zu einer ‚Nor-

malität' von Katastrophen, sondern zu deren steigender Katastrophalität.“

„Insel der Glückseligen“

„Brauchen wir einen neuen Katastrophenbegriff?“ fragte anschließend Dr. Dombrowski, ebenfalls Soziologe der Kieler Universität. Katastrophenschutz sei eigentlich eine paradoxe Aufgabe, leitete Dombrowski ein, weil es nämlich die Vorbereitung auf etwas sei, das gar nicht eintreten soll. Im übrigen nannte er die Bundesrepublik Deutschland „eine Insel der Glückseligen“, weil Katastrophen der Ausmaße von Seveso, Bhopal oder Tschernobyl hier unbekannt seien. Unter diesem Aspekt untersuchte der Soziologe jene Fälle, die in der Vergangenheit als „Katastrophen“ bezeichnet wurden.

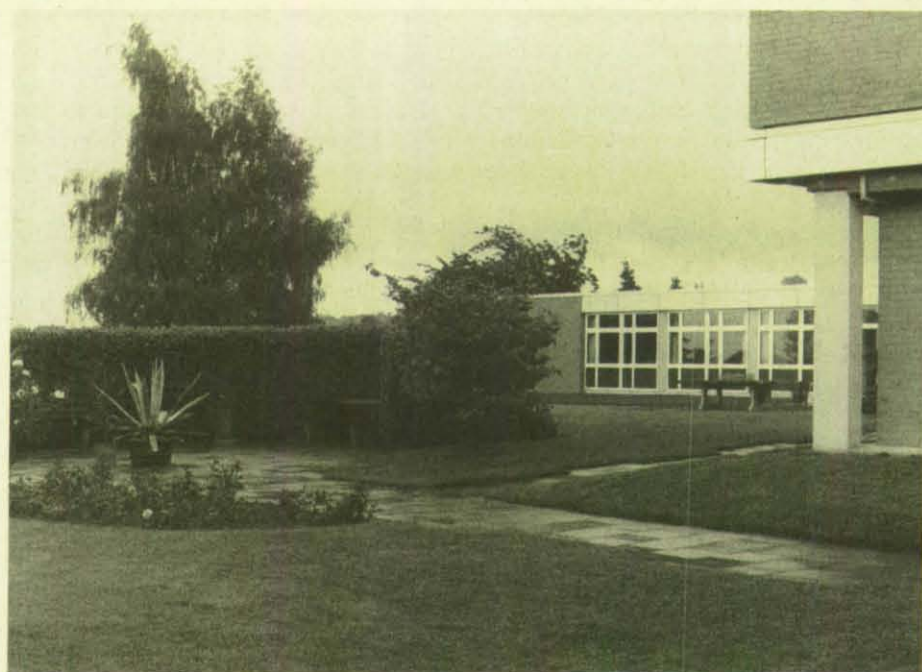
Die Schneekatastrophe in Schleswig-Holstein, besser als „Schnee-Notstand“ bezeichnet, hätten die Beteiligten als „Abenteuer“ erlebt. Es sei keine „massenhafte Bedrohung“ gewesen, man habe genügend Zeit gehabt, das Leben zu organisieren. Vielmehr erlebte man „lustvolle gemeinsame Aktionen“ – also keine Katastrophe.

Auch Tschernobyl sei im eigentlichen Sinne in Deutschland keine Katastrophe gewesen, jedoch habe der Bürger sie als solche empfunden. Der Mensch empfinde technische Risiken mehr und mehr als „Zumutung“ und Ereignisse dieser Art als quasi „gerechte Strafe“. Merke: Eine Katastrophe ist dann eine Katastrophe, „wenn alle sie dafür halten“.

Dritter Fall: Herborn. Auch hier handelte es sich um ein lokales Ereignis, keine großflächige Gefährdung vieler. Wissenschaftler haben jedoch die jungen Leute befragt, die in dem Eiscafé saßen, als der Tanklastzug verunglückte. Betroffene sehen sich „vor die eigene Vergänglichkeit gestellt“ und betrachten das Ereignis somit völlig anders.

Kluft zwischen Experten und Bürger

Dombrowski bemängelte, daß die Katastrophenschutzgesetze der Länder nicht die Katastrophe definieren, sondern nur „Auslöser“, die wiederum bestimmte Maßnahmen auslösen sollen. Katastrophe bedeu-



Ansprechende Gestaltung der Außenanlagen der Schule.



BZS-Präsident Dusch reichte den symbolischen Schlüssel weiter, rechts im Bild Ministerialdirigent Antonischki, Leiter der zuständigen Abteilung im niedersächsischen Innenministerium.

te bei uns „einigeln, abschotten und die Bevölkerung im Zaume zu halten“. Dagegen sei es besser, dem Bürger zu zeigen, wie er im Rahmen der Laienhilfe wirksam tätig werden kann. „Der Rettungsdienst ist technisch nicht weiter zu verbessern – aber die Laienhilfe kann optimiert werden“, meinte Dombrowski und wies zugleich auf die gefährliche Kluft zwischen Experten und Bürger hin.

Ein anderes „Katastrophenschutz-Rezept“ müsse entwickelt werden, beginnend mit einem „Verletzlichkeitskataster“, nach dem alle Risiken zu erfassen wären. Dombrowski sah auch sofort die Probleme – daten-

mäßig machbar, jedoch sei mit einer Vielzahl von Widerständen zu rechnen: „Keiner will es so genau wissen.“ Der Referent ging sogar noch viel weiter, indem er die „Krieg-oder-Frieden-Diskussion“ als minderes Problem betrachtete. Bereits im Frieden sei jede industrielle Gesellschaft ein „hochexplosives Gemisch“ mit synergetischen Effekten, mit quasi „binären chemischen und atomaren Waffen“. Bei denkbaren Katastrophen, die sich bei solchem Potential ergeben können, sei „die Bevölkerung der einzige effektive Katastrophenschutz“.

Der Soziologe forderte deshalb eine einheitliche Gefahrenab-

wehrrkonzeption inklusive einer Vorbeugung und einer Vorabbewertung von Risikopotentialen. Gleichzeitig warnte er vor einer Überbewertung der Technik im Katastrophenschutz („menschlich kommt vieles zu kurz“). Zur Bewältigung von Katastrophen brauche man ein dreigliedriges Personalkonzept: Spitzenleute (à la GSG 9), Experten vor Ort und auch ehrenamtliche Helfer, die z. B. über entsprechende Ausbildung bis in die „Profi-Liga“ aufsteigen könnten. Überhaupt sollte eine Berufslaufbahn im Katastrophenschutz mehr Professionalität bringen.

Hauptprobleme des Katastrophenschutzes

Dritter im Bunde der Referenten war Professor Lenk, Verwaltungswissenschaftler an der Universität Oldenburg, der die Frage stellte: „Sind wir gerüstet?“ Auch Lenk betrachtete die Risiken als sehr hoch: Mangelhafte Beherrschung der Technik oder gar deren mißbräuchliche Verwendung ergäben die „Bedrohung der Menschheit durch ihr eigenes Werk“. Hauptprobleme des Katastrophenschutzes seien derzeit:

- Für die Bekämpfung von Katastrophen sei ein „multiorganisatorisches Netzwerk“ und nicht eine einheitliche Organisation zuständig. Die Vielfalt der Organisationen müsse aber „hingenommen“ werden, es gebe kein Zurück.
- Der Katastrophenschutz sei eine „Teilzeitorganisation“ (im Gegensatz zum hauptberuflichen Militär).

Probleme ergäben sich auch in der Führung, weil der Hauptverwaltungsbeamte sich nur ab und an mit dem Katastrophenschutz beschäftige. Das Verwaltungshandeln im Katastrophenfall erfolge dann im „Schnellkochtopf“. Und: „Eine Übung im Jahr ist zu wenig, um routiniert handeln zu können.“

- „Situatives Katastrophenmanagement“ mit einer ausreichenden materiellen Basis für souveränes Handeln und einer guten „mentalen Infrastruktur“ ist erforderlich. Taktik und Improvisation zu lernen sei offensichtlich schwierig; weil bei Übungen keine Informationsgewinnung gespielt wird, sondern Vorgaben eingebracht werden, sind Ergebnisse verfälscht und führen zu falschem Sicherheitsgefühl. Die „Perfektion der Gesetze“ erschwere ebenfalls flexibles Handeln.
- „Informationsmanagement“ müsse den richtigen und sinnvollen Umgang mit Informationen steuern: woher, wie verarbeiten, wie weitergeben?
- Die „Bedeutung des Raumes“ müsse erkannt werden, gerade bei großflächigen Gefahrenlagen. So gebe es „Sprünge in den administrativen Ebenen“ (Ort, Kreis usw.) – und oftmals würde der HVB zu spät eingeschaltet.
- Den „menschlichen Ressourcen“ sei mehr Aufmerksamkeit zu schenken. So ist die Aus- und Fortbildung der Helfer gut, aber es fehle verschiedentlich die Motivation, besonders bei den vom Wehrdienst freigestellten Helfern. Die Verwaltungen hätten Proble-

me, „Werte“ zu vermitteln, weil oft die Technik im Vordergrund stehe.

Vorschläge für Lösungen

Prof. Lenk unterbreitete eine Reihe von Lösungsvorschlägen. So sollten möglichst viele Katastrophenverläufe und -übungen analysiert werden, um weitere theoretische Grundlagen für das erforderliche Management zu erhalten. Wissenschaft und Praxis sind besser zusammenzuführen.

Fünf Schlußfolgerungen zog der Verwaltungswissenschaftler:

1. Risiken sind offenzulegen.
2. An der Planung des Katastrophenschutzes sollen viele mitwirken und nicht nur „vorgesetzte Pläne“ umsetzen.
3. Die Identität der Helfer ist zu stärken, der Dienst ist als „nationaler Dienst“ attraktiver zu gestalten.
4. Für den Selbstschutz ist ein neues Verständnis notwendig.
5. Das Verhältnis Laie – Profi und die Rolle der Organisation sind zu überdenken.

Eine verkannte Aufgabe

Für das gastgebende niedersächsische Innenministerium faßte Staatssekretär Schapper seine Erfahrungen unter dem Zukunftsaspekt zusammen: „Bei den Vorbereitungen auf dieses Symposium habe ich an mir selbst erfahren, daß Katastrophenschutz wohl zu den am meisten verkannten staatlichen Aufgaben gehört. Mir ist bewußt geworden, daß die Leid- und Schadensdimension bei einer Katastrophe und die öffentliche Einschätzung des entsprechenden Aufgabenfeldes in einem auffallenden Mißverhältnis zueinander stehen.“

Gleichermaßen bezeichnend für diesen Aufgabenbereich ist es andererseits, daß die Situation in aller kürzester Zeit völlig umschlagen kann. Bei Eintritt einer Katastrophe nämlich wird von Öffentlichkeit und Publizistik – natürlich völlig zu recht! – ein optimales Vorbereitetsein staatlicher Stellen auf alle nur denkbaren Schadenseintritte verlangt. Wir sind daran in glücklicherweise sehr abgeschwächter Form zu Beginn der Golf-Krise erinnert worden, als unser Bürgertelefon die Flut der Anfragen kaum bewältigen konnte, wir unser internes Krisenmanagement auf seine Gangbarkeit überprü-



Der großzügige technische Bereich in Bad Nenndorf.

fen und schließlich sogar die Frage beantworten mußten, ob denn Bunker und Schutzräume in ausreichender Zahl für denkbare Gefahrenereignisse zur Verfügung stehen.

In einer solchen Situation macht es Sinn, wenn sich die politisch Verantwortlichen, aber auch die Politiker selber, zum Katastrophenschutz bekennen.

Auf zivile Großschadenslagen konzentrieren

Wie wir allen wissen, ist die Katastrophenschutzszenario in eine seit ihren Anfangszeiten nicht mehr bekannte intensive Bewegung gekommen. Auslöser hierfür war und ist bekanntlich der fast völlige Wegfall einer akuten militärischen Bedrohung und damit der Notwendigkeit, hierfür mit einem zivilen Schutzsystem präsent zu sein. Die Intensität des Wandlungsprozesses läßt es zwar durchaus zu, Standpunkte, also Statisches in der Bewegung, zu formulieren. Wichtiger aber erscheint mir, für sinnvoll erachtete Bewegungsrichtlinien zu definieren und auf entsprechende Entwicklungen hinzuwirken.

Ganz allgemein wird es darum gehen, die politisch so nachdrücklich gewünschte umfassende Reduzierungsmöglichkeit der V-Fall-orientierten Katastrophenschutzkomponenten als Chance für die verbleibenden Bereiche des Katastrophenschutzes zu begreifen. Wir sind dabei, die bisherige Dominanz des V-Fall-orientierten Katastrophenschutzes zu überwinden und uns fast ausschließlich auf zivilbedingte Großschadenslagen konzentrieren zu können.

Der bisherige Katastrophenschutz, in seinen Erweiterungsteilen V-Fall-bezogen aufgebaut, hatte sich zu einer Schadensbekämpfung bereitzuhalten, die

- möglichst für die ganze unübersehbare Vielfalt von Waffenwirkungen gerüstet war
- grundsätzlich an jedem Ort der Bundesrepublik Deutschland in voller Wirkungsbreite zur Verfügung zu stehen hatte
- zu jeder Zeit und raschestens verfügbar sein mußte.

Reduzierungen möglich

Dieser Anspruch an die Wirkungsbreite des bisherigen Katastrophenschutzes

schutzes mußte natürlich zu Lasten differenzierter Wirkungstiefe gehen. Er kann in seiner undifferenzierten Zeit-, Ort- und Qualitätskomponente nunmehr entfallen. An seine Stelle tritt ein Katastrophenschutz, der auf die wahrscheinlichsten der zu erwartenden Schadenssituationen zustrukturiert ist. Um es gleich klarzustellen: Hierzu gehören auch weiterhin Kriegsgefahren. Denn wir wissen nicht erst seit dem Golf-Krieg, daß Waffeneinwirkungen auf unser Land nicht ausgeschlossen werden können. Aber sie werden - in Umkehrung der bisherigen Logik - mit den Komponenten des Katastrophenschutzes bekämpfbar sein, die auf zivile Großschadenslagen entwickelt worden sind. Sie treten punktuell und grundsätzlich in den Erscheinungsformen auf, die von zivilbedingten Katastrophen her bekannt sind. Sie erlauben eine Reaktionszeit und bedürfen der organisatorischen wie einsatztaktischen Flexibilität - ich nenne hier das Stichwort „Modul-Technik“ -, die auch zur Bekämpfung zivilbedingter Katastrophen anzustreben ist.

Es wird spürbar Reduzierungen in der Quantität von Katastrophenschutzkräften geben. Hiergegen ist aus der Sicht eines Landes dann nichts einzuwenden, wenn der Schutzstandard durch zielorientiertes Umstrukturieren der verbleibenden Kräfte im ganzen gewährleistet bleibt. Dabei denke ich natürlich auch daran, daß freiwerdende finanzielle Ressourcen unseren neuen Bundesländern zugute kommen können.

Dies ist in dem einschlägigen IMK-Beschluß mit der abstrahierenden Formel „Katastrophenschutz auf länderspezifischem Niveau“ zu einer politischen Forderung erhoben worden. Und hier liegt für mich auch der Schwerpunkt einer Neukonzeption von Zivil- und Katastrophenschutz. Ich möchte in diesem Zusammenhang noch einmal hervorheben, daß ein derart länderspezifisch orientierter Katastrophenschutz auch immer in der Lage bleibt, die veränderten Gefahren kriegerischer Beeinflussung abzudecken.

Bewährte föderative Strukturen

Ich bin mir natürlich bewußt, daß in dieser Veranstaltung bisher fast ausschließlich von Leistungen des Bundes geredet worden ist. Dies ist,

da der Bund die Erweiterungsteile des Katastrophenschutzes unter dem Gesichtspunkt des Doppelnutzens auch für die Bekämpfung zivilbedingter Großschadenslagen zur Verfügung stellt, gewiß nicht illegitim. Dennoch müssen die Länder in diesem Bereich immer im Bewußtsein der Tatsache argumentieren, daß sie auf Verfahrensweisen des Bundes Einfluß zu nehmen versuchen. Dem von uns gemeinsam vertretenen Interesse des Katastrophenschutzes völlig abträglich wäre es, hieraus nun eine Frontstellung zwischen Bund und Ländern zu sehen. Ich meine vielmehr, daß unsere Mitwirkung Angebotscharakter hat. Wir möchten erreichen, daß sich der Bund die bewährten föderativen Strukturen zur Optimierung des Katastrophenschutzes und zur höchstmöglichen Annäherung an ein wirksames einheitliches Hilfspotential bedient. Ich kann nicht einsehen, warum der Grundgedanke des Föderalismus, wonach man in Hannover, Magdeburg und Düsseldorf präziser auf regionale Vorgaben reagieren kann als in Bonn und demnächst Berlin, nicht auch auf den Katastrophenschutz Anwendung finden sollte.

In diesem Zusammenhang beruft sich der Bund schon mal auf die inzwischen höchststrichlerlich bestimmten gesetzlichen Grenzen. Andererseits beweist er mit der neuerlichen Zweckbestimmung für das THW, daß diese rechtlichen Schranken nicht in allen Fällen zwingende Begrenzungstatbestände sein müssen. Denn er macht das rechtlich nur aus seiner V-Fall-Zuständigkeit existenzberechtigte THW ausdrücklich auch der Bekämpfung zivilbedingter Notfälle sogar unterhalb der Katastrophenschutzschwelle zugänglich. Ich meine, daß dieser Art gesamtstaatlicher Verantwortung den Grundmaßstab für die Beurteilung aller Bereiche bilden sollte.

Der Anteil der Länder

Gern will ich mich auch der berechtigten Frage nach der Eigenleistung der Länder für ihren originären Zuständigkeitsbereich, den zivilen Katastrophenschutz, stellen. Grundsätzlich möchte ich vorweg sagen, daß ich eine Änderung in der Leistungsanforderung an die Länder nicht erkennen kann. Die Notwendigkeit für eine Neukonzeption des Katastrophenschutzes kommt mit

dem weitgehenden Wegfall einer kriegsbedingten Bedrohungslage aus dem Bundesbereich. Dennoch möchte ich einige Länderleistungen hervorheben, die für den Katastrophenschutz insgesamt unerlässlich sind, aber in der gegenwärtigen Situation kaum Beachtung finden. Ich möchte dabei am wenigsten von Geld reden, obwohl ich meine, daß sich die Aufwendungen der Länder insgesamt in der Relation durch-

dige Koordinierungsrunde aller Katastrophenschutz- und Hilfsorganisationen einen Arbeitskreis unter Federführung des Bundesverbandes für den Selbstschutz gebildet, der Strategien und Konzepte zur Verbesserung der Helfersituation ausarbeitet. Konkret geplant ist eine attraktive Ausstellung, mit der im Niedersächsischen Landtag begonnen werden soll. Als originäre Landesleistung erwägen wird, unsere Schulen

uns dem Hinzutritt von Gedanken und Anliegen des Umweltschutzes öffnen. Wichtig sind auch Präventionskonzeptionen in möglichst zahlreichen Gefahrenbereichen. Schließlich gilt es, die gesellschaftliche Verantwortung von Betreibern gefährdeter Objekte stärker in die Überlegungen einzubeziehen. Insgesamt möchte ich den Gedanken der Selbstverantwortung unserer Bürger intensiviert sehen, vom möglichen Verursacher von Gefahren bis hin zum Betroffenen in Form des Selbstschutzes. Katastrophenschutz der Gegenwart ist von selten gekannter Dynamik gekennzeichnet. Auch deshalb können Einschätzungen einzelner noch nicht zu abschließenden Lösungsvorstellungen führen."



Die Abteilungsleiter Beyer, Bundesministerium des Innern (links im Bild), und Antonischki (IM Hannover) bei der abschließenden Diskussion. (Fotos: Weidner)

aus sehen lassen können, wenn man bedenkt, daß sie lediglich der punktuellen Unterstützung katastrophenschutzbereiter Hilfsorganisationen mit einem freiwilligen und von daher kostengünstigen Helferpotential zu dienen haben.

Wesentlich wichtiger erscheinen mir die Anteile der Länder an dem, was ich einmal „Basisgestaltung des Katastrophenschutzes“ nennen möchte. Die Länder sind diejenigen Körperschaften, die unmittelbar und am intensivsten Einfluß auf den Bürger ausüben, auf seine Stimmungen, Einschätzungen und Verhaltensweisen. Sie sind also diejenigen, die für ihren Bereich das sozusagen psychologische Fundament für die Existenz, Akzeptanz und Intensität des Katastrophenschutzes legen. Dies gilt natürlich besonders in einem System, das auf der Freiwilligkeit des Helfertums aufbaut.

Nun gehört es zu den Herausforderungen der Zukunft an unseren Katastrophenschutz, daß eben dieses freiwillige Helfertum in Turbulenzen gerät. Das ist dann genau der Punkt, an dem wir uns zum Handeln aufgefordert fühlen. Deshalb hat eine in Niedersachsen gegründete stän-

in die Hinweise auf die besonders moralische Wertigkeit freiwilliger Helferschaft im Katastrophenschutz einzubeziehen.

Selbstschutz weiterhin wertvoll

In diesem Zusammenhang müssen wir es als eher kontraproduktiv empfinden, wenn einem Gedanken eine Absage erteilt wird, der gleichfalls an die freiwillige Selbstverantwortung der Bürger appelliert, jenem des Selbstschutzes. Wir meinen, daß in einer Zeit sinnvoller Rückführung staatlicher Schutzfunktionen um so mehr auf die Eigenverantwortlichkeit abgestellt werden sollte. Ein Bundesverband für den Selbstschutz, der eben dies zum Inhalt einer behutsamen und neuorientierten pädagogischen Tätigkeit machen sollte, erscheint uns weiterhin wertvoll.

Wenn ich abschließend Katastrophenschutz in der Herausforderung der Zukunft politisch beurteile, erscheint die Betrachtung unter den herkömmlichen technologisch-organisatorischen Gesichtspunkten nicht mehr ganz ausreichend. Wir sollten

Bund und Länder aufeinander angewiesen

Die das Symposium abschließende Diskussion, geleitet von den Abteilungsleitern Antonischki (Hannover) und Beyer (Bonn), drehte sich schwerpunktmäßig um die aktuellen, sozusagen „handfesten“ Probleme der Praktiker. So wies Ministerialdirigent Beyer darauf hin, daß durch verringerte Bundeswehr, veränderten Bundesgrenzschutz und den beginnenden Abzug alliierter Einheiten das Gefahrenbekämpfungspotential sich reduziert. Mit Blickrichtung auf den Selbstschutz der Bevölkerung meinte Beyer: „Wer bereitet den Bürger auf Gefahren vor, wenn der Bundesverband für den Selbstschutz auf der Ortsebene aus dem Verkehr gezogen wird?“ In jedem Falle werde der Bund sich in den nächsten Jahren darauf konzentrieren, Vorschriften zu „entrümpeln und vereinfachen“.

Ministerialdirigent Antonischki stellte fest, daß die Länder weiterhin dankbar für die Bereitstellung des Instrumentariums des Bundes zur Gefahrenbekämpfung sind. Das Land Niedersachsen – so der Abteilungsleiter – müßte sonst jährlich zweistellige Millionenbeträge zusätzlich aufwenden. Damit wurde wieder einmal allen Fachleuten deutlich, wie sehr Bund und Länder bei Bewältigung von Gefahren letztlich aufeinander angewiesen sind – auch wenn es in letzter Zeit oftmals den Anschein hatte, als ob der eine, nämlich die Länder, ohne den anderen, den Bund, auskommen könnte oder zumindest möchte.

– uwe –

In der Gluthitze des Iran

Im Auftrag der Vereinten Nationen: Einsatz von THW-Spezialisten in kurdischen Flüchtlingslagern

Am 4. Juli 1991, exakt um 22.00 Uhr MEZ, hebt die Linienmaschine einer arabischen Fluggesellschaft in Frankfurt/Main ab. Ihr Flugziel ist die Hauptstadt des Emirats Dubai. Unter den Fluggästen befinden sich 42 Spezialisten der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW), die im Auftrag des Hohen UN-Flüchtlingskommissars

zu einem Einsatz in den Iran starten. Während des rund sechsstündigen Fluges zu ihrer ersten Zwischenstation in Dubai spielen sie in Gedanken nochmals ihren bevorstehenden Einsatz durch. Vier kurdische Flüchtlingslager im Norden des Irans sollen mit Trinkwasser versorgt werden. Doch was so einfach für die gut vorbe-

reiteten THW-Spezialisten klingt, soll sich in den folgenden vier Wochen angesichts sengender Hitze, unwegsamen Geländes und menschlicher Spannungen noch zu einem strapaziösen Abenteuer entwickeln, welches ihnen alles abfordert.

Donnerstag, 4. Juli: Abschied von den Familien und Fahrt nach Hannover, einchecken am Flughafen, um 14.30 Uhr Flug nach Frankfurt. Im nahen Ortsverband Rüsselsheim letzte Unterweisung und um 22.00 Uhr Weiterflug nach Dubai. Nach sechsstündigem Flug treffen die THW-Spezialisten am frühen Freitag morgen in dem arabischen Emirat ein. Obwohl sie bereits nahezu einen Tag gereist sind, trennen sie noch immer mehrere tausend Kilometer Wüste von ihrem Einsatzziel.

Samstag, 6. Juli: Um 15.00 Uhr Ortszeit sitzen die THW-Männer wieder im Flugzeug, welches sie in die iranische Hauptstadt Teheran bringt. Dort angekommen, machen die deutschen Katastrophenschützer erstmals nähere Bekanntschaft mit nahöstlicher Mentalität. Vor dem Abflug in Dubai beschlagnahmten die Sicherheitskräfte des Flughafens das Taschenmesser des Norheimers Detlef Engelhardt, welches zur Standardausrüstung des THW gehört.

Noch wesentlich ärgerlicher und mit Folgen für den kommenden Einsatz ist der Verlust einer kompletten Ausrüstung. Der iranische Zoll wei-

gert sich, eine mitgeführte Lieferung von Proviant und Ersatzteilen auszuhandigen. Auch langwierige Bemühungen der THW-Helfer sind vergebens. Erschöpft und nicht gerade wohlgelaunt, besteigen die THW-Männer am Samstag abend zwei einheimische Busse, die sie zu ihrem Basislager nach Gilan Gharb bringen. Die ganze Nacht durch suchen

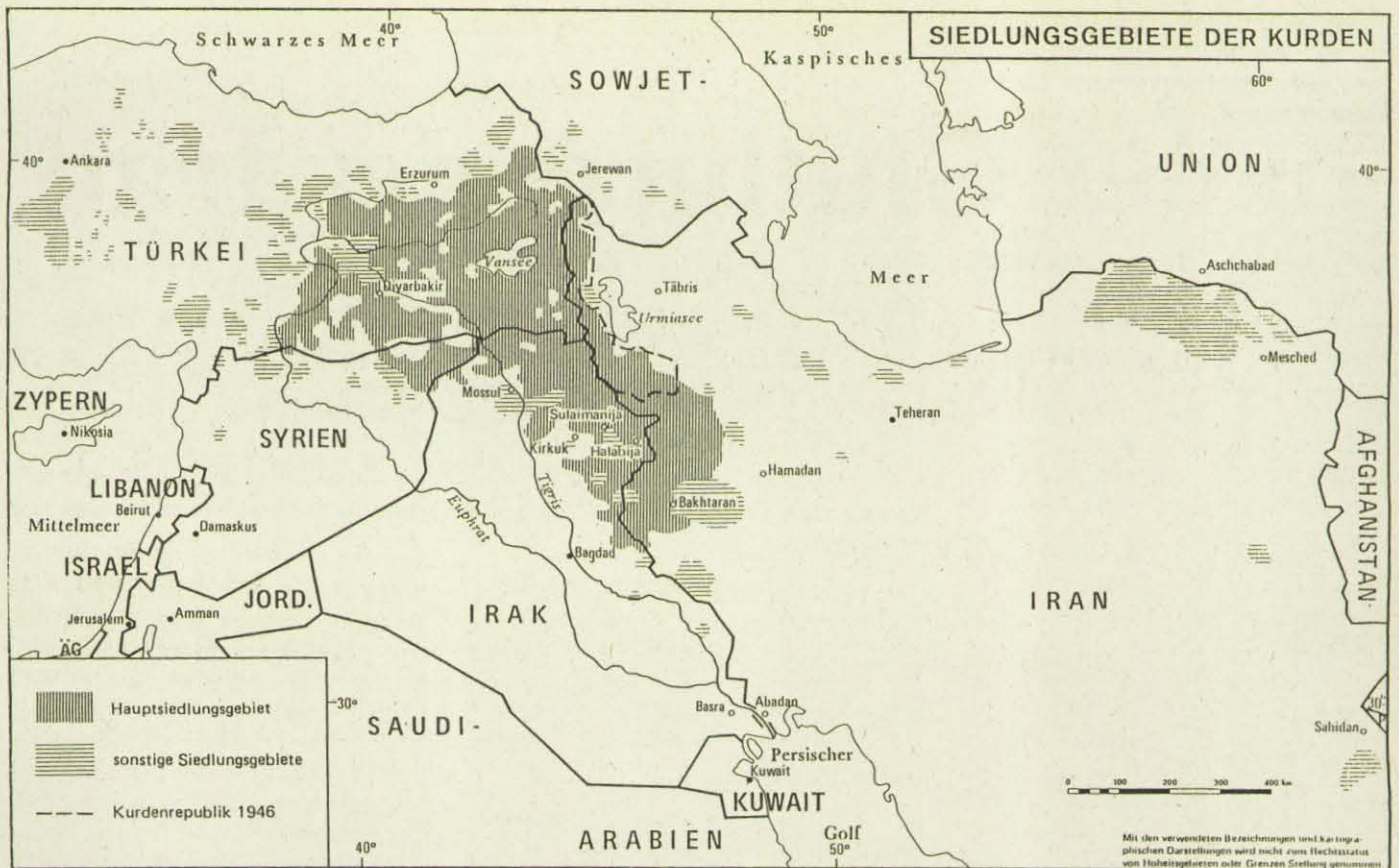
sich die klapprigen Busse durch nahezu unbewohntes Wüstenland ihren Weg. Langsam, sehr langsam, nähern sich die THW-Männer, zusammengepfertcht zwischen den engen Sitzreihen, ihrem Hauptlager. Trotz der Erschöpfung ist an Schlaf kaum zu denken. Am Sonntag mittag, um 12.30 Uhr, ist das Basislager in Gilan Gharb endlich erreicht. Für



Blick auf eines der Kurdenlager in der Wüste des West-Iran.

(Foto: Kubiak)

*) Erlebnisbericht von Michael Aue nach Aufzeichnungen von Detlef Engelhardt, Karl-Heinz Dell und Michael Dell (THW-Landesverband Niedersachsen).



die nächsten Wochen wird das Zeltlager inmitten einer ausgedörrten, karstigen Bergregion für die Helfer Arbeitsplatz, Unterkunft – und ein Stück Zuhause – sein.

Ungewohnter Arbeitsrhythmus

Die ersten Tage sind Routine: Einzug in das Lager, Latrinenbau, Einweisung, Sichtung und Vorbereitung des Materials. Doch bereits jetzt werden den THW-Helfern zwei Eigenschaften abverlangt, die während des gesamten Einsatzes ihre Arbeit bestimmen werden: physische Durchhaltekraft und Improvisationsvermögen.

Tagsüber sind Temperaturen zwischen 38 und 50 Grad im Schatten normal. In der Sonne steigt die Quecksilbersäule bis auf 71 Grad. Sind diese Temperaturen für Mitteleuropäer bereits im Ruhezustand eine Qual, so wird die Arbeit in den Mittagsstunden gar unmöglich. So verlegen die THW-Helfer ihre acht- bis neunstündige Arbeitszeit auf den frühen Morgen und die Abendstunden, wenn die Temperaturen auf angenehme 25 Grad sinken. Mittags, wenn die Sonne am heißesten auf das Camp brennt, ziehen sich die THW-Helfer in den spärlichen Schat-

ten eines Tarnnetzes zurück, glücklich über jeden Luftzug, unfähig zu irgendwelchen Aktivitäten.

Wer diesen Rhythmus nicht einhält – oder einhalten kann – der bezahlt dies meist teuer mit seiner Gesundheit. Im Laufe der vier Einsatzwochen leiden viele Helfer an Durchfall, Fieber, Schüttelfrost und Kreislaufkollapsen. Der Arzt und ein Krankenpfleger des Teams, beide ebenfalls THW-Angehörige, haben alle Hände voll zu tun, um schlimmere Folgen zu verhindern.

Daß das Improvisationsvermögen

ebenso viel zählt wie fachliches Können, müssen die THW-Spezialisten ebenfalls bald erfahren. Zu ihren Aufgaben zählt es, Brunnen zu bauen, Pumpen zu setzen, Kunststoffleitungen und Anschlüsse zu legen und Wasserbehälter aufzubauen – unter normalen Bedingungen reine Routine für die erfahrenen Katastrophenschützer. Doch die in Teheran verlorengegangene Ausrüstung, die extreme Hitze und der Sand stellen die THW-Männer immer wieder vor neue, unerwartete Herausforderungen.



Einzug mit zwei auf Anhängern montierten Trinkwasseraufbereitungsanlagen ins THW-Camp.

Von ihrem Basislager aus betreuen sie vier Flüchtlingscamps, die zum Teil viele Fahrtstunden voneinander entfernt liegen. Am Mittwoch, 10. Juli, setzen sie in einem dieser Lager ihre erste Pumpe in einer Tiefe von 35 Meter. Den Brunnendeckel und den Dreibock, der zum Ablassen der Pumpe notwendig ist, haben sich die Männer selbst aus Metallteilen zusammenschweißen müssen, denn Holz ist in diesem unwirtlichen Land Mangelware. Wer Holz kaufen will, benötigt eine behördliche Genehmigung. Auch das THW muß sich an diese „Spielregeln“ halten, doch die Anfragen der Katastrophenschutzorganisation an mehreren Stellen werden ohne Begründung abgewiesen. So muß man sich auch selbst mit den Teilen einer Palette und Blechtafeln behelfen, als die Ladefläche eines THW-Lkws ausgebessert werden muß.

Am Nachmittag fahren die THW-Helfer zum „Einkauf“ in die nahegelegene Stadt Bakhtaran, wo das THW auch seine Logistikstation unter Leitung von Ralph Dunger (THW-Landesverband Niedersachsen) unterhält – einem „Einsatzveteranen“, der unter anderem auch den Erdbebeneinsatz des niedersächsischen THW in Armenien leitete. Was hier an Ersatzteilen nicht vorhanden ist, das muß in der Stadt beschafft werden – eine teilweise entnervende und zeitraubende Prozedur. Es gibt zwar fast alles, selbst Ersatzteile für die Mercedes-Einsatzfahrzeuge des THW, doch nur ein Insider weiß, wo und wie es diese Teile zu kaufen gibt. So hat das THW einen einheimischen Dolmetscher beauftragt, der teils selbständig, teils in Begleitung von THW-Angehörigen die notwendigen Teile beschafft. Nicht selten finden sich diese in dem unübersehbaren Sortiment eines Krämerladens oder werden von einheimischen Betrieben erst nach Bedarf produziert.

Heute wie an noch vielen anderen Abenden treten die THW-Männer spät die „Heimreise“ in ihr Lager an. Selbst diese nächtlichen Fahrten werden auf den kurvigen, schmalen und ungesicherten Bergstraßen mit den Einsatzfahrzeugen zu einem risikoreichen Unterfangen. Erkennbare Verkehrsregeln gibt es offensichtlich nicht unter den Einheimischen, und in der Dunkelheit muß man immer auf überraschende Begegnungen gefaßt sein. Fahrzeuge ohne Beleuchtung oder klapprige Pkw,



In Zelten sind die THW-Helfer in den Camps untergebracht. Hier das Verwaltungszelt in einem der THW-Camps.

deren Besitzer die Frontscheinwerfer rot oder in anderen Farben angestrichen haben. Um 1.00 Uhr nachts treffen sie wieder im Basislager ein, welches von drei iranischen Soldaten scharf gegen einheimische Diebe bewacht wird.

Körperliche Strapazen

Am 11. Juli, einem Donnerstag, kommt es zu den ersten Ausfällen, als vier THW-Männer unter der extremen Hitze zusammenbrechen und vom Arzt des Teams medizinisch versorgt werden müssen. Mit Planen und Tarnnetz, in deren Schatten sich die Kranken erholen können, schafft man eine provisorische Krankenstation. Die übrigen Einsatzkräfte ziehen eine kilometerlange Hauptleitung aus einem ausgetrock-

neten Flußbett und verlegen sie teilweise neu, um sie gegen Schäden bei plötzlich eintretenden Regenfällen und dem Hochwasser im Frühjahr zu sichern. Um 12.00 Uhr wird auch für diese Helfer die Hitze mit 45 Grad im Schatten unerträglich, und bis 18.00 Uhr muß der Einsatz unterbrochen werden.

Am folgenden Tag muß ein nicht mehr benötigter Tank im nördlich gelegenen Flüchtlingslager Jigran demontiert und abtransportiert werden. Der Weg führt die Spezialisten zunächst in das Flüchtlingslager Sar Pol E Zahab, welches unter den THW-Männern den Spitznamen „Mücken-Camp“ trägt. Hier unterhält das THW mehrere Trinkwasser-Aufbereitungsanlagen in der Nähe eines kleinen Sees. Zur Hitze kommen hier noch die Legionen von Stechmücken, die Nacht für Nacht



Gerätschaften und die meisten Ersatzteile werden aus Deutschland mitgebracht, wie zum Beispiel die schwergewichtigen Elektropumpen.

über die kurdischen Flüchtlinge und die THW-Helfer herfallen und sie zum Teil übel zureichten.

Mit mehreren Lkw starten die THW-Helfer nach Sar Pol E Zahab. Sie haben es sich auf der offenen Ladefläche des THW-Lkw mit Matratzen bequem gemacht, und der Fahrtwind macht die Hitze noch erträglich. Doch mit jedem Kilometer gen Norden wird diese Hitze schlimmer, und ihre THW-Kameraden, die das Lager betreuen, berichten, daß hier auch Temperaturen von 60 Grad im Schatten keine Seltenheit seien. Nach einem kurzen Zwischenstopp setzen sie ihre Fahrt nach Jigran fort, wo sie den großen Trinkwasserbehälter des THW demontieren und verladen. Um 23.30 Uhr kehren sie mit dem Tank in das Lager zurück, wo er in den nächsten Tagen gereinigt, gewartet und an anderer Stelle wieder aufgebaut wird.

Die folgenden Tage führen die THW-Helfer des Basislagers noch mehrere Male in das berüchtigte „Mücken-Camp“, wo Trinkwasserbehälter aufgebaut, Leitungen und Anschlüsse verlegt werden. Jeden Tag gibt es Ausfälle. Diesmal bleibt selbst der Lagerleiter des Basiscamps nicht verschont und wird vom Arzt für mehrere Tage nach Bakhtaran überwiesen, um sich zu erholen.

Freundschaftliche Atmosphäre

Um der unmenschlichen Hitze nicht ausgesetzt zu sein, wird morgens bereits um 4.00 Uhr gefrühstückt und mit der Arbeit in den Flüchtlingslagern begonnen. Der Anblick, der sich den Einsatzkräften des THW hier bietet, ist typisch für alle kurdischen Flüchtlingslager im Iran. In einer Zeltstadt wohnen mehrere Tausende von Flüchtlingen in kleinen Zelten. So ärmlich diese politisch Verfolgten auch leben müssen, so sehr werden doch die überlieferten Strukturen aufrechterhalten. In den Zelten haben sich nach den unvorstellbaren Gefahren und Strapazen einer Wochen dauernden Flucht die Familien wieder zusammengefunden. In einem von Einheimischen geführten Basar werden die notwendigsten Lebensmittel – Früchte und Mehl – erstanden. Auf selbstgebauten Öfen backen die Frauen ihr Fladenbrot, die Männer sitzen in Gruppen zusammen und beraten über das weitere Schicksal

ihrer Familien. Die größtenteils unterernährten Kinder haben sich schnell den Helfern aus Europa angeschlossen, die Trockenkekse und andere Lebensmittel aus ihren Beständen an sie verteilen. Sie werden zu ständigen Begleitern der THW-Helfer. Ihr bittendes „Mister . . . Mister“ schallt den THW-Helfern bereits bei der Ankunft in den Lagern entgegen.

Hier ist die Atmosphäre trotz der Sprachschwierigkeiten entspannt und freundschaftlich. Nur ein Zeichen der Helfer aus der Bundesrepublik reicht, und die kurdischen Männer stehen den THW-Spezialisten hilfreich zur Seite. Im Nu packen zahlreiche Hände zu, um die Lkw des THW zu entladen und Material zu transportieren.

Schwierig gestaltet sich hingegen zeitweise der Kontakt zu den iranischen Einwohnern. Besonders die Bevölkerung in der Nähe von Flüchtlingslagern betrachtet die kurdischen Flüchtlinge – und die ihnen zur Hilfe gekommenen THW-Helfer – als Rivalen. Wasser, dieses lebensnotwendige Element, ist hier Mangelware, und jede Wasserquelle, die die Spezialisten des THW zur Wasserversorgung eines Camps anzapfen, wird wie persönliches Eigentum verteidigt. Ein Trupp berichtet sogar, daß iranische Einwohner die THW-Helfer mit Steinen beworfen haben, um „ihre“ Quelle zu verteidigen. Auch die fachliche Zusammenarbeit

mit iranischen Baufirmen, die die THW-Einsatzkräfte mit Baggern und Planierdrauen unterstützen sollen, klappt nur zum Teil. Religiöse Feiertage und vermeintlich defektes Gerät der Iraner behindern die Arbeit der deutschen Katastrophenschützer immer wieder.

Dienstag, 16. Juli. Wieder ein Morgen mit unerträglicher Hitze. Detlef Engelhardt aus Northeim versucht aufzustehen, doch alles dreht sich. Am Tag zuvor hat er eine Pumpenstation gebaut mit zwei Pumpen und einer Schaltstation. In seine Arbeit vertieft, hat er nicht auf die Mittags-sonne geachtet, die erbarmungslos auf ihn niederbrannte – ein Versäumnis, das sich heute bitter rächt. Auch den Northeimer THW-Helfer hat es jetzt „erwischt“. Kreislaufstörungen, Durchfall. Dennoch arbeitet er ganz langsam weiter an der Pumpenstation, die ein Lager mit Trinkwasser versorgen soll. Gegen 19.00 Uhr geht nichts mehr. Nach einem flüchtigen Abendessen kriecht er in seinen Schlafsack, denn am nächsten Tag will er die Pumpen anschließen.

Kräftezehrender Einsatz

Donnerstag, 18. Juli. Nachdem am vorangegangenen Tag die Pumpen angeschlossen wurden und Karl-Heinz Dell im berüchtigten „Mücken-Camp“ Anschlüsse in-



Die Einrichtung von Trinkwassertanks im eigenen Camp ermöglicht eine gewisse Bevorratung.



Bei Bauarbeiten im Lager, hier wird eine Zapfstelle angebracht, können sich die THW-Helfer nicht nur des regen Interesses, sondern auch der Mithilfe der Flüchtlinge sicher sein.

standgesetzt hat, haben sich die Helfer heute einen freien Tag genehmigt. Viele von ihnen dösen einfach im Camp, andere haben sich einen Wagen genommen, um über die umliegenden Dörfer zu fahren. Doch das Bild, das sich ihnen bietet, ist trostlos. Die Dörfer bestehen nur aus einer Ansammlung einfacher Hütten. Der Müll wird achtlos in die hohen Rinnsteine vor den Behausungen geschüttet und irgendwann einmal verbrannt. Schafe und Ziegen streunen umher und besteigen die niedrigen Häuser, in denen die Iraner leben. Hier und da wird auf offener

Straße ein Tier geschlachtet, ausgeweidet und der brennenden Sonne ausgesetzt.

Die restlichen Tage vergehen wie im Flug. In den vier Lagern werden Pumpen eingesetzt, Leitungen teils über mehrere Kilometer verlegt, Anschlüsse verschweißt, Sammelbehälter montiert, Zapfstellen gebaut. Immer wieder haben die THW-Männer gegen die Witterung und die anderen gewohnten Probleme zu kämpfen, und immer wieder haben sie ihre Aufgabe gemeistert. Am Ende jedes Einsatzes sprudelt das lebensnotwendige Element aus

den Hähnen, spendet und erhält das Leben der kurdischen Flüchtlinge solange, bis sie eines Tages in ihre Heimat zurückkehren können.

Am 27. Juli schließlich beginnt der Höhepunkt und Abschluß für die THW-Helfer. Früh am Morgen verladen acht Mann ihre persönliche Ausrüstung und treten den Weg nach Bakhtaran an. Nach einem Zwischenstopp in der Logistikstation und einem Hotel fahren sie weiter in das Musterlager der Bundeswehr in Sefid Chegha, wo sie Rohrleitungen ziehen. Am Abend kehren sie zurück in ihr Hotel, wo sie am folgenden Sonntag morgen ihre Ablösung vom THW Bayern treffen.

Doch ist mit der Ablösung der Einsatz noch nicht beendet. Während einige THW-Kameraden die Ablösung einweisen, müssen andere am Sonntag noch einmal in das Lager Sefid Chegha zurückkehren, um dort eine Pumpe in 70 Meter Tiefe zu setzen. Noch einmal wird ihr Improvisationstalent gefordert, als sie mit Hilfe von zwei THW-Lkw die Pumpe in einem wahren Drahtseilakt in das felsige Erdreich ablassen und dort verankern.

Am Montag werden die THW-Helfer offiziell durch das THW Bayern abgelöst und können die Heimreise auf den beschwerlichen Wegen zu Land und in der Luft antreten. Nach vier Tagen treffen die THW-Spezialisten schließlich unter großer Anteilnahme der Medien auf dem Hannoverischen Flughafen ein.



Beladen eines der iranischen Tankwagen, die im Pendelverkehr aufbereitetes Trinkwasser in die Flüchtlingslager bringen. (Fotos: A. Glass)

ZV und AKzV vor neuen Herausforderungen

Gedanken zum 25. Geburtstag der Akademie für zivile Verteidigung

Die Akademie für zivile Verteidigung (AKzV) wurde 1966 als unselbständige Anstalt im Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern in einer Zeit gegründet, als die äußere Bedrohung durch den Warschauer Pakt für jedermann in der Bundesrepublik Deutschland an der Nahtstelle der beiden Machtblöcke ganz unmittelbar spürbar war. Alle Anstrengungen der militärischen und zivilen Verteidigung konzentrierten sich damals auf die Abwehr eben dieser Gefahr. Auch die AKzV hatte ihren Auftrag, die Funktions-

fähigkeit der zivilen Verteidigung durch Ausbildungsprogramme, Übungen und Studien zu fördern, naturgemäß auf dieses Szenario ausgerichtet. Sie hat in dem vergangenen Vierteljahrhundert weit mehr als 20 000 Führungskräfte der zivilen Verteidigung sowie der deutschen und verbündeten Streitkräfte aus- und fortgebildet.

Heute, nach 25 Jahren, hat sich die globale sicherheitspolitische Situation grundlegend verändert. Die militärische und zivile Verteidigung müssen und werden dieser

Entwicklung durch neue Konzeptionen so schnell wie möglich Rechnung tragen. Die daraus abzuleitenden Ausbildungsbedürfnisse muß die AKzV dann unverzüglich in eine grundlegende Aktualisierung ihrer Ausbildungsprogramme umsetzen. Welche Herausforderungen in diesem Zusammenhang auf die militärische und zivile Verteidigung und damit auch auf die AKzV zukommen, sollen die nachfolgenden Anmerkungen zu den wesentlichen Aspekten der sicherheitspolitischen Lage verdeutlichen.

An dem sicherheitspolitischen und geostrategischen Wandel haben zahlreiche Faktoren mitgewirkt. Das macht es notwendig, den Versuch zu unternehmen, diese Faktoren in eine **Rangordnung** zu bringen, denn von ihrer Bedeutung und Gewichtigkeit hängen auch die Konsequenzen ab, die daraus zu ziehen sind. Außerdem ist es für die konzeptionelle Fortschreibung der Sicherheitspolitik notwendig, die Wechselbeziehungen und Abhängigkeiten dieser Veränderungsfaktoren deutlich zu machen. Man kann die Faktoren grob in drei Kategorien einteilen.

Veränderungsfaktoren **erster Ordnung** sind:

1. Die Wiedervereinigung Deutschlands und

2. die Auflösung des Warschauer Paktes.

Diese beiden Ereignisse haben den größten Einfluß auf die Lageveränderung gehabt. Sie haben die vorher bestehende Ausgewogenheit der beiden Machtblöcke des Warschauer Paktes und der NATO, geführt von den Supermächten Sowjetunion und USA, die für ein hohes Maß an Stabilität gesorgt hatten, beseitigt. **Das Gleichgewicht auf Konfrontationsbasis** ist einem Zustand der Instabilität gewichen. Ein neues System der Ausbalancierung der Machtpotentiale muß noch gefunden werden. Es wird zur Zeit im politischen Kräftefeld der NATO, der KSZE und auch der EG gesucht.

Veränderungsfaktoren **zweiter Ordnung** sind:

1. Die neue Rolle der Vereinten Nationen im Golf-Krieg und
2. der von den beiden Supermächten eingeleitete und im Rahmen der KSZE fortgeführte Abrüstungsprozeß.

Die Überwindung der Konfrontation zwischen den beiden Machtblöcken und Supermächten und ihre auf Vertrauen aufgebaute Kooperationsbereitschaft hat die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die UNO bei der Sicherung des Weltfriedens eine einflußreichere Rolle spielen kann, denn die Sowjetunion und die USA sind gleichzeitig auch die wichtigsten Mitglieder des Sicher-

heitsrats der Vereinten Nationen. Da es zwischen beiden keine bzw. kaum noch ideologische Barrieren gibt, die eine Kommunikation, vor allem eine wirksame Zusammenarbeit verhindern, sind sie nunmehr in der Lage, regionale Konfliktfelder in anderen Teilen der Welt gemeinsam zu analysieren, zu bewerten, **Konfliktlösungspotential zu bilden und Konfliktlösungsstrategien zu entwickeln.**

Die Ansätze hierzu haben sich im Golf-Krieg gezeigt und bewährt. Dadurch ist das Vertrauen weiter gewachsen, das schließlich zu einer Sicherheitspartnerschaft zwischen den USA und der Sowjetunion führen kann, wenn sich die Verhältnisse in der UdSSR stabilisiert haben. Selbst in dem Falle, in dem die zentrifugalen Kräfte zu einer völligen Verselbständigung der 15 Unionsrepubliken führen sollte, was in dieser extremen Form nicht zu erwarten ist, könnten die USA mit der weitaus größten Sowjetrepublik Rußland unter Boris Jelzin partnerschaftlich effizient zusammenarbeiten.

Handlungszwang zum gemeinsamen Vorgehen

Zusammenarbeit setzt zwangsläufig das Vorhandensein **gemeinsamer Interessen** voraus. Das ist der Fall, denn durch die massiven Abrüstungsmaßnahmen der im KSZE-Prozeß zusammenarbeitenden Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes und der NATO wird in der nördlichen Hemisphäre militärisches Potential in großem Umfang abgebaut. Dies bedeutet eine verhältnismäßig sehr starke Schwächung der europäischen und nordamerikanischen KSZE-Staaten gegenüber den Staaten der Dritten Welt. Diese rüsten weiter auf, insbesondere auch mit chemischen Waffen. Einige von ihnen besitzen bereits nukleare Waffen oder haben die Fähigkeit, diese herzustellen.

Diese gemeinsame Position der KSZE-Staaten, insbesondere der USA und der Sowjetunion, die am stärksten abrüsten, führt zu einem Einigungs- und Handlungszwang in bezug auf ein gemeinsames Vorgehen gegen Risiken, die aus dieser sich entwickelnden und verstärkenden Disparität zwischen den militäri-

schen Potentialen der nördlichen Hemisphäre und der Dritten Welt erwachsen.

Veränderungsfaktoren **dritter Ordnung** sind:

1. Nationalitätenkonflikte in Europa,
2. wirtschaftliche Probleme in Europa,
3. Demokratisierungsprobleme in Europa,
4. der Europäisierungsprozeß durch
 - die Entwicklung der EG zur politischen Union,
 - die Erweiterung der EG nach Osten und
 - die Entstehung einer europäischen Sicherheitspolitik auf EG-Ebene bzw. auf der Ebene der WEU.

Nationalitätenkonflikte und wirtschaftliche Probleme in KSZE-Staaten fördern die Instabilität und sind daher Risikofaktoren. Auch die Umstellung von Einparteiensystem bzw. der Vorherrschaft der kommunistischen Parteien zu einem **demokratischen Mehrparteiensystem** kann naturgemäß nicht reibungslos verlaufen, da es auch hierbei um den Abbau von Machtpositionen und um die Neuverteilung von Macht geht. Das muß zwangsläufig Widerstände bei den beherrschenden Kräften des alten Regimes hervorrufen. All dies wirkt stabilitätsbeeinträchtigend.

Der Europäisierungsprozeß hat zum einen ganz erhebliche nationale Interessen bzw. Egoismen zu überwinden, die noch vor dem angestrebten Ziel der politischen Union stehen. Auch die beabsichtigte Stärkung der sicherheitspolitischen Komponente der EG bzw. der WEU hat zur Folge, daß das Verhältnis Europa/Nordamerika neu überdacht und geordnet werden muß. Das hat natürlich eine gewisse Verunsicherung zur Folge, insbesondere auf Seiten der USA. Diese muß und kann auch sehr schnell überwunden werden, weil nicht nur die **Vertrauensbasis** zwischen allen Staaten des NATO-Bündnisses sehr solide ist, sondern weil auch die **Denkweise** und das **vorhandene Instrumentarium der Kooperation**, das in der Vergangenheit in der NATO geschaffen und erprobt worden ist, in bezug auf ein angestrebtes **neues** Verhältnis ebenfalls stabilisierende Funktionen ausüben kann.

Schließlich muß bei einer **Erweiterung der EG nach Osten** hin das

ganz erhebliche Gefälle im wirtschaftlichen Niveau, im Know-how und im Demokratiebewußtsein in Betracht gezogen werden. Nur durch enorme Anstrengungen, die nicht reibungslos verlaufen können, sind auch hier stabile Verhältnisse erreichbar.

Veränderte geostrategische Situation

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die Faktoren erster Ordnung deswegen herausgehobene Bedeutung haben, weil sie ein bis dahin stabiles System des Kräftegleichgewichts, das in der Vergangenheit aufgrund gegenseitigen Mißtrauens auf einem ständig höheren Rüstungsniveau herbeigeführt worden ist, zerstört haben. Das war möglich, nachdem aus Mißtrauen infolge und im Verlauf des Helsinki-Prozesses Vertrauen geworden war. Nur durch **Vertrauen** sind **Vorleistungen** möglich, die zu einem Gleichgewicht auf ständig niedrigerem Niveau führen können. Zwar bestanden auch schon vor der ersten KSZE-Konferenz 1973 in Helsinki Kontakte zwischen den beiden Machtblöcken und den Supermächten, die sie anführten. Sie beschränkten sich aber im wesentlichen auf Informationen zur Verhinderung von sich anbahnenden oder zur Bewältigung von entstandenen Krisensituationen, um die Gefahr eines Heißen Krieges abzubauen, d. h. die darauf hinauslaufenden militärischen Maßnahmen zu deeskalieren. Ein typisches Beispiel hierfür war die Kuba-Krise 1962. Danach wurde zwischen dem Weißen Haus und dem Kreml ein Rotes Telefon für diesen Zweck, und nur dafür, jedoch nicht zum Abbau der Grundstrukturen der Konfrontation, eingerichtet. Friedliche Koexistenz im Sinne der damaligen sowjetischen Machthaber bedeutete eben nicht die Akzeptanz des kapitalistischen Systems durch den Sowjetkommunismus. Sein Ziel blieb vielmehr die Überwindung des Kapitalismus mit allen Mitteln unterhalb der Schwelle des Heißen Krieges, ausgehend von der Überzeugung, daß der Kommunismus sich auf Dauer als die überlegene Gesellschaftsordnung mit einer historischen Zwangsläufigkeit durchsetzen würde.

Infolge der dramatischen Entwicklung der geostrategischen Situation haben sich dann aber durch den

Prozeß der KSZE in kürzester Zeit die Voraussetzungen für die Umwandlung der Konfrontation in sicherheitspartnerschaftliche Strukturen gebildet. Wie soll man da der Bevölkerung, den Medien und der Politik noch klarmachen, daß trotzdem die Verteidigungsbereitschaft aufrechterhalten werden muß und daß dafür nicht nur materielle Opfer erforderlich sind, sondern auch die Fähigkeit und der Wille, unsere demokratische Grundordnung zu verteidigen? Aber gegen wen verteidigen? 40 Jahre lang waren Bevölkerung, Medien und Politik daran gewöhnt, die **Verteidigungsbereitschaft** an der **konkreten äußeren Gefahr durch den Warschauer Pakt** auszurichten. Der Gegner war also identifizierbar, seine Ziele waren bekannt. Die Abneigung gegen die kommunistische Gesellschaftsordnung war in allen demokratischen Staaten der NATO, insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland, ganz evident.

„Wehrhafte Demokratie“

In dieser Situation ist es wichtig zu hinterfragen, ob die Verteidigungsbereitschaft ständig mit einer konkreten äußeren Bedrohung verbunden sein muß oder sich daran zu orientieren hat. Man wird sehr schnell verdeutlichen können, daß dies nicht der Fall ist. Das Vorhalten von **Streitkräften** ist ein **Wesensmerkmal der Souveränität** eines Staates, der damit nach außen und nach innen zum Ausdruck bringt, daß er die Interessen seiner verfassungsmäßigen Gesellschaftsordnung wahren und diese nicht fremden Einflüssen unterwerfen bzw. ausliefern will.¹⁾ Unser Grundgesetz hat die „**Wehrhafte Demokratie**“ ausdrücklich und klar umschrieben in Art. 20 des Grundgesetzes in Verbindung mit Art. 87a GG. Zur Verteidigung unseres demokratischen sozialen Rechts- und Bundesstaates werden Streitkräfte aufgestellt und unterhalten. Die Verfassung sagt aber nicht, gegen wen unsere Gesellschaftsordnung zu verteidigen ist. Das ergibt sich natürlicherweise aus den sich im Laufe der Zeit verändernden geopolitischen Kräfteverhältnissen.

Unser Grundgesetz geht auch davon aus, daß die Bundesrepublik Deutschland zur Verteidigung ihrer Gesellschaftsordnung Bündnis-

stemen angehören kann. Das impliziert auch die Notwendigkeit, die Verpflichtungen gegenüber diesen Bündnisystemen und -partnern im Rahmen und auf der Grundlage kollektiver Verteidigungsanstrengungen zu erfüllen. Es liegt auf der Hand, daß die Beseitigung der Ost-West-Konfrontation diese verfassungsmäßigen Grundaussagen nicht in Frage stellen kann. Die deutsche Sicherheitspolitik muß daher auch künftig vor allem die Sicherheitsinteressen der USA, Großbritanniens und Frankreichs mit berücksichtigen, denn sie sind die stärksten Bündnispartner in der NATO. Die Zugehörigkeit zum Bündnis setzt der deutschen Politik insofern Grenzen, als sie zur Bündnistreue verpflichtet ist.

Aber diese mehr **verfassungspolitische** Betrachtung kann nicht ausschließen, daß **realpolitisch** aus der Veränderung der Lage Konsequenzen gezogen werden, die diese Verfassungsprinzipien beeinträchtigen können. Der Staat hat nämlich außer der Aufrechterhaltung der Wehrfähigkeit zahlreiche andere sehr wichtige Aufgaben zu erfüllen, die finanziert werden müssen. Denken wir nur an den Umweltschutz, den Aufbau im Beitrittsgebiet, die Hilfeleistungen für die Reformstaaten im Osten und für die Sowjetunion, die Entwicklungshilfe usw. Die dadurch entstehenden politischen Zwänge müssen natürlich sehr schnell auch die Begehrlichkeit auf den Verteidigungshaushalt wecken. Das ist in gewisser Weise verständlich, wenn man bedenkt, daß das militärische Potential nur aufgebaut und speziell strukturiert worden ist zur Abwehr der Gefahr aus dem Osten. Daher werden die **Militärs** und auch die Verantwortlichen der **zivilen Verteidigung** in Zukunft besonders aufmerksam und vor allem auch mit Augenmaß die **Aufklärungsaufgabe** wahrzunehmen haben, die darin besteht, der Bevölkerung, den Medien und der Politik verständlich zu machen, daß Abrüstungsmaßnahmen sinnvoll und notwendig sind, aber nur bis zu der Grenze, bei deren Überschreiten die Streitkräfte und die zivile Verteidigung ihre Abschreckungsfunktion verlieren und damit sinnlos werden würden.

Diese Grenze kann man – wie gesagt – nicht in erster Linie mit Hilfe der vorstehenden theoretischen Ausführungen über die von der Verfassung gewollte Verteidigungs-

fähigkeit unseres Staates im Sinne einer „Wehrhaften Demokratie“ darstellen. Sie muß durch Fakten und Annahmen zu der realen geostrategischen Risikolage plausibel aufgezeigt werden. Die **Sinnhaftigkeitsdebatte** innerhalb der militärischen und zivilen Verteidigung und außerhalb derselben muß mit rechtlichen **und tatsächlichen** Argumenten geführt werden. Künftig muß man sehr viel wirksamere Strategien der Öffentlichkeitsarbeit entwickeln, denn es ist offensichtlich, daß aus den verschiedensten Gründen in unserer politischen Landschaft viele Stimmen für eine drastische Reduzierung der Kapazitäten der militärischen und zivilen Verteidigung eintreten.

Wenn aber erst einmal die militärische und die zivile Verteidigung dadurch ihren Abschreckungscharakter verloren haben, dann kann unsere demokratische Grundordnung auf Dauer keinen Bestand haben. Durch eine permanente glaubwürdige und verständliche – d. h. nicht durch die militärische Kommandosprache oder Anglizismen erschwerte – Aufklärung müssen die Bürgerinnen und Bürger unseres Staates davon überzeugt werden, daß die Erhaltung und die Weiterentwicklung unserer Gesellschaftsordnung nur durch eine **aktive Verteidigung**, d. h. durch eine permanente **Verteidigungsbereitschaft** und durch einen **ständigen Verteidigungswillen** gesichert werden kann. Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat gerade in letzter Zeit hierauf in verschiedenen Ansprachen mehrfach hingewiesen. In diesem Sinne hat auch die Unabhängige Kommission für die künftigen Aufgaben der Bundeswehr, der Vertreter der wichtigsten gesellschaftspolitischen Gruppierungen angehörten, in ihrem Bericht vom 24. September 1991, Seite 17, den Auftrag der deutschen Streitkräfte wie folgt umrissen: „Alle Planungen für die Bundeswehr der Zukunft müssen von den Aufgaben und den darauf beruhenden politischen Aufträgen ausgehen, d. h. von – der Bewahrung politischer Handlungsfreiheit sowie Bündnis- und Integrationsfähigkeit, – der Bereitschaft und Fähigkeit zur kollektiven Verteidigung, um Staatsgebiet, Bevölkerung, frei-

¹⁾ Andrews, Bevölkerungsschutzpolitik – Risikobeherrschung durch Krisenmanagement, S. 155 ff, Carl Heymanns Verlag, Köln, 1989.

heitliche Grundordnung und Verbündete zu schützen sowie die Bündnisverpflichtungen zu erfüllen,

- einem Beitrag zur Sicherung der militärischen Stabilität in Europa durch Präsenz und militärische Reaktionsfähigkeit,
- einem Beitrag zum Vollzug von Vereinbarungen zur Rüstungskontrolle und Abrüstung durch Überwachung und Einhaltung der Verifikationsbestimmungen,
- Aufgaben, an der internationalen Friedenssicherung und Konfliktbeilegung mitzuwirken.“

Risikoherde dichter an Europa

Es ist verständlich, daß in der Vergangenheit die Aufmerksamkeit der Bevölkerung, der Medien und der Politik gerade in der Bundesrepublik Deutschland in hohem Maße auf den Ost-West-Konflikt gerichtet war, denn wir lebten an der konfliktträchtigen Nahtstelle der beiden Machtblöcke. Das Faktum, daß nach dem Zweiten Weltkrieg in anderen Teilen der Welt weit über 100 Kriege stattgefunden haben, wurde zwar registriert, aber nicht mit der gebotenen Sorgfalt analysiert und bewertet. Das war sicher in den 50er und 60er Jahren auch noch nicht erforderlich, da jene Kriege in der Dritten Welt mit herkömmlichen Waffen und konservativen Waffensystemen geführt worden sind. In den 70er und 80er Jahren haben aber in der Dritten Welt Kriege stattgefunden, in denen mit Hilfe der Waffenlieferungen vor allem der fünf ständigen Mitglieder des Weltsicherheitsrates hochkomplexe Waffentechnologien mit intelligenten Waffen und leider auch chemischen Waffen zum Einsatz gekommen sind. Inzwischen haben auch Länder der Dritten Welt Nuklearwaffen und Trägersysteme entwickelt bzw. besitzen das Know-how dazu. Dadurch sind früher **europäferne Risikoherde** in anderen Teilen der Welt plötzlich viel **dichter an Europa** herangerückt.

Abgesehen von dem Waffenpotential, das für sich schon einen Risikofaktor darstellt, gibt es in den Entwicklungsländern viel reales und potentiell Konfliktpotential aufgrund von Glaubenskriegen, ideologischen Auseinandersetzungen, Minderhei-

tenverfolgungen, Kämpfen um knappe Ressourcen und um persönliche Macht sowie Rassenkonflikten. Diese Auseinandersetzungen enthalten alle die denkbare Option der Konfliktparteien zur **Globalisierung** ihrer Gewaltanwendung. Es ist durchaus vorstellbar, daß islamische Fundamentalisten die Ausbreitung des Islams anstreben und dafür einen weltweiten Glaubenskrieg in Kauf nehmen. Der Irak würde mit der Eroberung von Kuwait und der möglichen Okkupation von Saudi-Arabien und anderen ölfördernden Golf-Staaten nicht nur seine regionale Hegemonie stärken, sondern auch einen globalen Machtzuwachs erhalten. In Südafrika könnte sich der Kampf zwischen Weiß und Schwarz um die Überwindung der Apartheid zu einem weltweiten Rassenkonflikt ausdehnen. Auch der Kampf um knappe Ressourcen nicht nur in dem Bereich Energie, sondern auch auf dem Nahrungsmittelsektor und bei anderen Naturprodukten könnte sich weltweit ausdehnen, zumindest globale Wanderungsbewegungen auslösen, deren Zielrichtung vor allem die wohlhabenden Industriestaaten der nördlichen Hemisphäre wären.

Regionalkonflikte in anderen Teilen der Welt haben also die Fähigkeit und die Möglichkeit, sich zu globalisieren. Sie können sich auch sehr schnell auf Nordamerika und Europa ausdehnen, zumal dann, wenn diese Industriestaaten eine negative Position gegenüber einem der potentiellen Regionalkonfliktkontrahenten einnehmen. Dieser könnte dann unter Umständen das bei ihm vorhandene intelligente Waffenarsenal auch gegen Nordamerika oder Europa entweder direkt einsetzen oder durch kooperationsbereite Terrororganisationen im europäischen/nordamerikanischen Raum zum Einsatz bringen lassen. Man kann also sagen, daß mit Beginn des Abrüstungsprozesses im KSZE-Bereich die **Aufrüstung in der Dritten Welt** eine **Qualität** und **Dimension** gewonnen hat, die es künftig bei der Verteidigung von Deutschland, Europa, der NATO und dem KSZE-Bereich zu beachten gilt.

Auf diese sich abzeichnende Entwicklung müssen sich die KSZE-Staaten einstellen. Sie müssen damit rechnen, daß diejenigen Länder der Dritten Welt, die globale Ziele verfolgen, in der Lage und bereit sind, das gesamte moderne Waffenarsenal auch einzusetzen, wie dies in Kuwait

geschehen ist. Diese Entwicklungsländer werden voraussichtlich auch neuartige „Waffen“ und **alternative Kampfformen** einsetzen, das können sein: Drogen, subversive Aktivitäten, Geiselnahmen, Terrorismus, Sabotage, B-Kampfstoffe usw. Die KSZE-Staaten müssen ferner damit rechnen, daß fremde Mentalitäten, die Bereitschaft, für ihre Ideologie und ihren Glauben ihr Leben einzusetzen, und andere Denkweisen in den Entwicklungsländern dazu führen, daß ihre Absichten und Handlungen für uns zunächst unalkulierbar sind. Dort scheint auch die Emotionalisierung sehr viel ausgeprägter zu sein. Nur Israel hat mit derartigen Denkstrukturen und Mentalitäten Erfahrungen, jedoch kein KSZE-Staat. Es ist also notwendig, Informationen über die Verhaltensweisen von Ländern der Dritten Welt, die globale Ziele verfolgen, zu beschaffen und diese für den Aufbau militärischer und ziviler Verteidigungsstrukturen zu verwenden. Gleichzeitig und parallel müssen auf diese völlig neue Art von Gefahren auch Bevölkerung, Medien und Politik aufmerksam und problembewußt gemacht werden.

Starkes Solidarisierungspotential

Ebenso muß ins Kalkül gezogen werden, daß die Länder der Dritten Welt über ein sehr starkes Solidarisierungspotential verfügen, denn sie waren zum großen Teil frühere Kolonien und sind aufgrund gemeinsamer kolonialer Vergangenheit in bezug auf ihre einstigen Kolonialherren in starkem Maße emotionalisierbar. Der Emotionalisierungsgrad könnte noch durch das Wohlstandsgefälle, das offensichtlich ist, erhöht werden, wenn die Massen aus den ärmeren Staaten aufgefordert werden, sich das, was sie zur Verbesserung ihres Lebensunterhalts benötigen, bei denen zu holen, die es ihnen in der Vergangenheit einmal vorenthalten haben, nämlich bei den früheren Kolonialherren. Daraus könnte eine uner-schöpfliche, auf die Bedrohung des KSZE-Bereichs ausgerichtete Antriebskraft für die Menschen in den Entwicklungsländern werden.

Dringend erforderlich ist daher der Aufbau eines Instrumentariums zur

- **Krisenbeobachtung**,
- **Krisenverhinderung**,
- **Krisenbewältigung** und

– notfalls zur **Beendigung** einer äußeren gegen Europa oder Nordamerika gerichteten Bedrohung **mit militärischen Mitteln**.

Neben der Konzeption von militärischen und zivilen Abwehrstrukturen gegen mögliche Bedrohungen durch Risikoherde in anderen Teilen der Welt muß auch eine **Strategie zur Ausdehnung der Abrüstung auf die Dritte Welt** entwickelt werden. Diese Strategie muß auch den Ein-

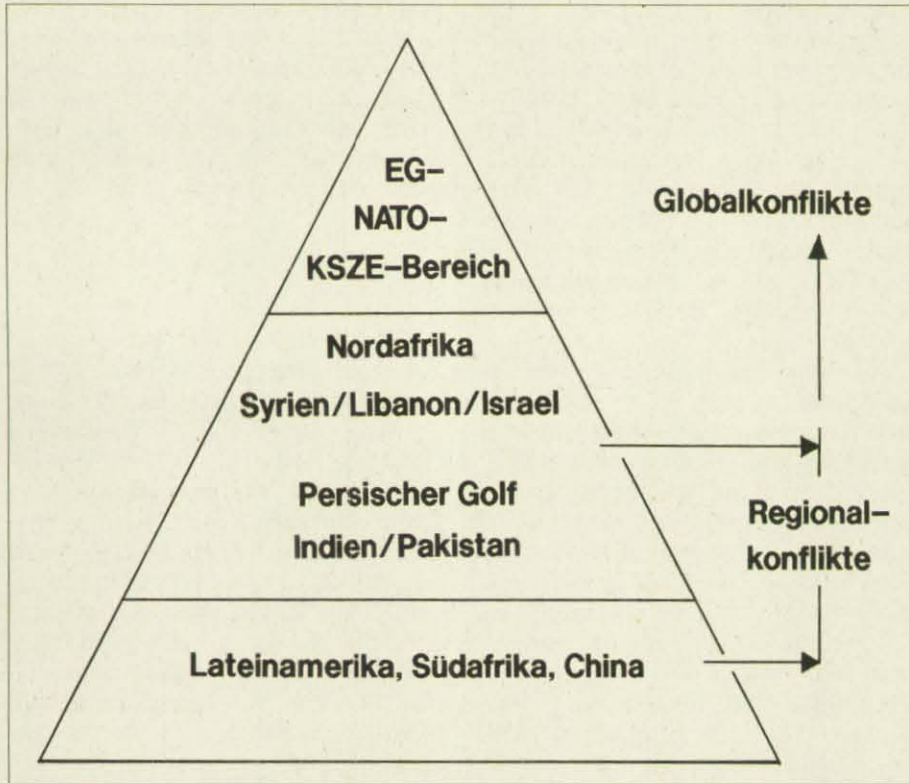
haben, die in bezug auf ihre Zerstörungskraft im Laufe der Jahre in eine völlig andere Qualität und Dimension hineingewachsen sind. Sie können bei entsprechender Optionierung durch die regionalen Machthaber heutzutage auch Europa oder Nordamerika in hohem Maße gefährden. Die neue Risikolage kann durch eine graphische Darstellung in Form eines Dreiecks mit zwei parallel zur Grundlinie verlaufenden Trennlinien

der Verlässlichkeit auf verlängerte Vorwarnzeiten skeptisch geäußert.

Strukturen der Gefahrenabwehr

Ebenso **anschaulich** und verständlich müssen die **Gefahrenabwehrstrukturen** skizziert werden, die gegen derartige Risiken errichtet werden sollen. Die militärische Konzeption der NATO wird zur Zeit erarbeitet und im November dieses Jahres politisch abgestimmt und verabschiedet. Das militärische Potential wird danach in **drei** Kategorien eingeteilt. Die **erste** umfaßt multinational zusammengesetzte kleinere Eingreifverbände mit hohem Bereitschaftsgrad (reaction forces), die schnell und standortfern mit hoher Flexibilität und Mobilität einsetzbar sind. Die **zweite** Kategorie umfaßt die Hauptstreitkräfte (maine forces). Sie erfüllen schon durch ihr Volumen eine Abschreckungsfunktion. Da sie im wesentlichen gekadert oder teilgekadert sind, können sie nicht so schnell aufwachsen wie die Eingreifstreitkräfte. Allerdings wird der Umfang der Hauptstreitkräfte künftig geringer sein als bisher, so daß die Versorgungs- und Unterstützungsleistungen von der zivilen Seite konzentrierter und intensiver vorgeplant werden können, was im Endeffekt doch zu einer erheblichen Zeiterparnis führen dürfte. In der **dritten** Kategorie befinden sich die Verstärkungskräfte (reinforcement forces), die erforderlichenfalls bei Gefahr für einen der Bündnisstaaten (NATO/KSZE) schnell herangeführt werden können. Im Prinzip bleibt auch für die Haupt- und Verstärkungstreitkräfte die Notwendigkeit zum schnellen Aufwuchs wegen des damit verbundenen Abschreckungszwecks bestehen. Denn: Nur eine Drohung mit unverzüglich einsetzbarer militärischer Macht, nicht nur der Eingreiftruppen, sondern auch der anderen beiden Streitkräftekategorien, vermag einen überzeugenden Abschreckungseffekt zu bewirken.

Die neue Konzeption zur Abwehr künftiger Risiken durch adäquate militärische und zivile Vorkehrungen muß **einerseits** die zwingende Logik militärischen Denkens und Handelns besitzen, **andererseits** für die Bevölkerung, die Medien und die Politik aber leicht nachvollziehbar, verständlich und damit akzeptanzfähig



Globalisierung von Konflikten.

(Grafik: HGB)

satz von militärischen Mitteln als vorbeugende Maßnahme mit einbeziehen. Wenn die 34 KSZE-Staaten oder die NATO sich hierüber nicht einigen können und wenn sie keine angemessene Reaktion auf derartige Herausforderungen zustande bringen, dann werden sie entweder im konkreten Bedrohungsfalle ad hoc **reagieren** müssen, statt zu agieren, oder in Kauf zu nehmen haben, daß die USA und die UdSSR bzw. Rußland die dann von ihnen in **ihrem** Interesse für erforderlich gehaltenen Maßnahmen ohne die anderen KSZE-Staaten durchführen.

Wichtig ist also, daß man der Bevölkerung, den Medien und der Politik in plausibler und nachvollziehbarer Form auch verdeutlicht, daß die in anderen Teilen der Welt vorhandenen und entstandenen Risikoherde Bedrohungspotentiale entwickelt

veranschaulicht werden, wobei die Spitze des Dreiecks den europäischen Raum symbolisiert, das darunterliegende Mittelfeld Nordafrika, den Nahen Osten, Indien und Pakistan und das untere Feld Lateinamerika, Südafrika und China (siehe Schaubild).

Klar ist, daß auf derartige, aus den oben genannten Gründen unkalkulierbare Risiken in Regionen der Dritten Welt schnell reagiert werden muß. Man kann dabei nicht unbedingt von einer auf Monate verlängerten Vorwarnzeit ausgehen. Dies gilt mit hinreichender Sicherheit lediglich für die bisherige äußere Bedrohung aus dem Osten. Auch der Oberkommandierende der NATO-Streitkräfte, General Galvin, hat sich bei einer Anhörung vor einem Unterausschuß für auswärtige Angelegenheiten des US-Senats hinsichtlich

sein. Das wird in Zukunft eine noch größere Rolle spielen als in der Vergangenheit, in der jedermann sozusagen „den Feind vor Augen sah“. Vor allem muß die **zivile Verteidigung** deutlich machen, daß sie auch **in Zukunft unentbehrlich** ist. Das liegt auf der Hand, soweit die Streitkräfte der Unterstützung und der Versorgung durch die zivile Seite bedürfen. Auch hier muß man klarmachen, daß das Schwergewicht der Versorgung in erster Linie bei der Ernährungssicherstellung und bei der Bereitstellung von Transportmitteln, also im Verkehrssicherungsbereich, liegen wird, etwas weniger vielleicht bei gewerblichen Leistungen im Rahmen der Wirtschaftssicherstellung und noch weniger auf dem Gebiet der Arbeitssicherstellung.

NATO weiterhin unentbehrlich

Und man muß der Öffentlichkeit schließlich noch eines vor Augen führen, nämlich daß man ein **vorhandenes Sicherheitsnetz** erst dann **aufgeben** soll, **wenn das neue fertig** und voll einsatzbereit ist. General Galvin hat dies einmal als **Wing walker rule** bezeichnet: *Dont't let go off one support until you have a firm grasp on another.* Er verglich also die Situation mit Akrobaten, die auf den Tragflächen fliegender Flugzeuge ihre Kunststücke vollführen und deren Leben davon abhängt, daß sie einen Haltegriff erst dann lösen, wenn sie einen anderen sicheren Halt gefunden haben. Diese **einfache Regel** zu vermitteln, ist die **schwere Aufklärungsaufgabe** der militärischen und zivilen Verteidiger dieser Republik. Es muß jedermann in Deutschland klar sein, daß die NATO auch weiterhin unentbehrlich ist. Sie ist und bleibt ein bewährtes und funktionierendes Bündnis. Sie ist als Motor des KSZE-Prozesses unverzichtbar, denn die KSZE ihrerseits ist mit 34 Staaten, in denen unterschiedliche wirtschaftliche und politische Verhältnisse herrschen, nicht in der Lage, im Sinne eines wirksamen Entscheidungsgremiums zu funktionieren.

Letztendlich muß eine auf realistische Lagebeurteilung beruhende Verteidigungskonzeption auch durch geeignete Aufklärungsmaßnahmen das nötige Problembewußtsein dafür schaffen, daß heute und in Zukunft

die **Reaktion auf eine äußere Bedrohung** stärker als früher durch **mögliche Instabilitäten im Inneren beeinträchtigt** werden kann. Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung wird zunehmend belastet durch den praktisch ungehemmten Zustrom von Wirtschaftsflichtlingen, die die Verwaltungskraft und insbesondere die für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zuständigen Organe in Anspruch nehmen. Auch die Verwaltungsgerichte sind großenteils blockiert durch Asylverfahren. Wenn diese Entwicklung so weitergeht wie bisher oder sich gar noch beschleunigt, dann ist der Zeitpunkt nicht mehr fern, in dem die zivile Seite Probleme haben könnte, den Streitkräften bei einer äußeren Gefahr die notwendige Unterstützung zu gewähren mit der Folge, daß dann die Funktionsfähigkeit der Streitkräfte Schaden nehmen würde.

Auf diese Zusammenhänge hinzuweisen ist wichtig, denn durch bestimmte irreführende Aussagen wird die Bevölkerung erheblich verunsichert. So ist es leichtfertig, wenn man im Zusammenhang mit dem unregelmäßig, ungehemmt und völlig dem Zufall überlassenen, durch kriminelle Schlepperorganisationen noch forcierten Zustrom von Ausländern den Begriff der Bildung einer „multikulturellen Gesellschaft“ verwendet. Hier wird mit einem harmlos klingenden Etikett ein Sachverhalt kaschiert, der politisch nicht beherrscht wird und schlimme Folgen im Sinne einer multikriminellen Gesellschaft zeitigen könnte. Die Ausschreitungen gegen Ausländer in Hoyerswerda und vielen anderen Orten der Bundesrepublik Deutschland sind ein ernstes Signal, das sich nicht nur gegen die Anwesenheit von Ausländern richtet, sondern auch dagegen, daß die Politik dieses Problem nicht in den Griff bekommt.

Dafür spricht auch die Tatsache, daß Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre der starke Zustrom von Gastarbeitern aus Süd- und Süd-Ost-Europa sowie aus der Türkei keine vergleichbaren Reaktionen bei der deutschen Bevölkerung hervorrief, weil er politisch beherrscht, administrativ geregelt und für jedermann transparent und nachvollziehbar war. Es besteht heute die große Gefahr, daß der ungebremste Zustrom von Ausländern aus aller Welt hier ein **Unzufriedenheitspotential** schafft, das sich in rechtsextremen radikalen

Parteien **organisiert** und den demokratischen Staat gefährdet. Die andere Gefahr besteht darin, daß die hier lebenden Gruppen aus anderen Staaten ihre heimatlichen Konflikte auf deutschem Boden fortsetzen. Die Auseinandersetzungen zwischen Kurden und Türken oder zwischen verfeindeten arabischen Gruppen sind warnende Beispiele dafür. Zum dritten kann das sich hier angesammelte Potential nichtintegrierter Ausländer gezielt nutzbar gemacht werden von Konfliktparteien regionaler Auseinandersetzungen, um in Europa oder in Nordamerika terroristische Aktivitäten entfalten zu lassen. Diese Vorstellungen dürfen von der Politik, die die Interessen der deutschen Bevölkerung zu vertreten hat, nicht verdrängt werden.²⁾

Die vorstehenden Anmerkungen zur Veränderung der sicherheitspolitischen und geostrategischen Lage dürften hinreichend verdeutlichen, daß das vorhandene Gefahrenabwehrpotential der militärischen und zivilen Verteidigung in sehr starkem Maße umstrukturiert werden muß, um zeitnah und ereignisadäquat auf die völlig andersartigen Risiken, denen sich die Bundesrepublik Deutschland, die NATO und die KSZE-Staaten gegenübersehen, reagieren zu können. Die verantwortlichen Funktionsträger im Bereich der zivilen Verteidigung müssen mit dieser neuen Situation vertraut gemacht und auf die Aufgaben vorbereitet werden, die daraus entstehen. Für die **Akademie für zivile Verteidigung** bedeutet dies, daß sie die hieraus ableitbaren **Ausbildungsbedürfnisse** möglichst rasch in **Lehrprogramme umsetzt** und so einen wesentlichen Beitrag zum reibungslosen Funktionieren der Zusammenarbeit zwischen der militärischen und zivilen Verteidigung auch in Zukunft zu leisten. **In der derzeitigen Umbruchphase ist der Ausbildungsauftrag der AKzV eher noch wichtiger für die Erhaltung der „Wehrhaften Demokratie“ in der Bundesrepublik Deutschland als in der Vergangenheit.**

2) Andrews, Bevölkerungsschutzpolitik im Nord-Süd-Dialog; IDNDR 1990-2000, S. 126 ff (133); herausgegeben und kostenlos beziehbar vom Bundesverband für den Selbstschutz, P. F. 200161, 5300 Bonn 2.

Ein neues Modell

Bundesweit erste kombinierte Ausbildungsstätte für Feuerwehrangehörige und Helfer des erweiterten Katastrophenschutzes

Am 16. Oktober 1991 wurde die Brandschutz- und Katastrophenschutzschule Heyrothsberge bei Magdeburg durch den Innenminister des Landes Sachsen-Anhalt, Hartmut Perschau, in Anwesenheit zahlreicher Gäste und Mitarbeiter der Schule feierlich eröffnet. In seiner Ansprache führte Perschau u. a. aus:

„Wir alle hören oder lesen fast täglich Meldungen über Brände, Explosionen, schwere Verkehrsunfälle – das schwere Eisenbahnunglück in Oebisfelde ist sicher noch jedem gegenwärtig – oder andere Schadensereignisse, die große Gefahren für das Leben und die Gesundheit von Menschen, für den Erhalt von Sachwerten und auch der Umwelt mit sich bringen. Immer mehr Menschen suchen heute eine möglichst umfassende, möglichst vollkommene Sicherheit und müssen doch erkennen, daß sich Risiken nicht aus dem Leben verbannen lassen. Durch Sicherheitsvorkehrungen, durch den Einsatz moderner Technologien und nicht zuletzt durch eine vorausschauende Gesetzgebung lassen sich Gefahren natürlich reduzieren, abschaffen lassen sie sich nicht, auch wenn manche dies irrtümlich meinen.

Der Mensch wird stets damit rechnen müssen, daß das Unvorhergesehene – auch das Bedrohliche und Gefahrvolle – in ein noch so gut behütetes Leben einbrechen kann. Jeder von uns kann unverhofft in Notsituationen kommen, kann verletzt werden oder in Lebensgefahr geraten und bedarf der schnellen Hilfe anderer. Deshalb erwartet auch jeder Bürger mit Recht, daß ihm in solchen Notlagen Schutz und Beistand gewährt wird. Dieses haben wir dem Bürger z. B. auch im ‚Gesetz zur vorläufigen Regelung des Brandschutzes und der Hilfeleistung der



Zahlreiche Gäste haben sich zur Festveranstaltung eingefunden, unter ihnen Ministerialrat Hermann Ahrens, BMI, und BZS-Präsident Hans-Georg Dusch.



Ein Blick auf die Festversammlung.

Feuerwehren des Landes Sachsen-Anhalt' zugesagt.

Gemeinnützige Arbeit

Doch über eines müssen wir uns im klaren sein, dieses Versprechen läßt sich in unserem Land nur erfüllen, wenn es uns gemeinsam gelingt – neben Fahrzeugen und Geräten zur Brandbekämpfung und Hilfeleistung – auch die Feuerwehrleute und freiwilligen Helfer weiter für diese gemeinnützige Arbeit zu gewinnen.

Ein erfolgreicher Brand-, Katastrophen- und Zivilschutz ist ohne moderne Technik nicht denkbar. Noch wichtiger aber ist der Mensch. Wenn niemand dazu bereit wäre, unter Einsatz der Gesundheit und oft sogar des Lebens, für die Nächsten da zu sein, wäre jede noch so perfekte materielle Vorsorge umsonst.

Auch in unserem Land gibt es viele Männer, Frauen und Jugendliche, die unter Verzicht auf ihre Freizeit, sich in den Dienst des Gemeinwohles stellen. Unsere Feuerwehren sind bei jeder Gefahr zur Stelle. Sie helfen, wann immer Menschen in Not sind. Seite an Seite mit den privaten Hilfsorganisationen und dem Technischen Hilfswerk bekämpfen sie die Folgen großer Katastrophen. Sie tragen zum Schutz der Zivilbevölkerung die Last des ABC-Dienstes und anderer Fachdienste des erweiterten Katastrophenschutzes.

Der 26. Deutsche Feuerwehrtag 1990 in Friedrichshafen stand unter dem Motto 'Feuerwehr = Mensch und Technik'. Diese Veranstaltung machte mit Nachdruck darauf aufmerksam, daß trotz modernster Fahrzeuge und Geräte nach wie vor der Feuerwehrangehörige, der freiwillige Helfer – oftmals unter Einsatz seines Lebens – erst den Erfolg eines Einsatzes garantiert.

Gerade die neuen und vielseitigen Aufgaben bei der Technischen Hilfeleistung, bei Umwelteinsätzen u. a. erfordern ein hohes Maß an Verantwortungsbewußtsein, fachliches Können und den zweck- und zielgerichteten Einsatz der technischen Ausrüstung.

Es muß deshalb immer unser aller Anliegen sein, die Feuerwehrangehörigen und alle anderen Helfer fachgerecht für die jeweils zu übernehmenden Aufgaben aus- und fortzubilden und parallel dazu mit der notwendigen Einsatz- und Schutzausrüstung, insbesondere auch unter dem

Innenminister Hartmut Perschau gratuliert Dr.-Ing. Peter Ladewig zur Ernennung zum Direktor der Schule.



Gesichtspunkt der Fürsorgepflicht, auszustatten.

Nur der gut ausgebildete und motivierte Feuerwehrangehörige und Helfer wird auch künftig in der Lage sein, die ihm übertragenen Aufgaben bestens zu erfüllen.

Traditionsreiche Ausbildungsstätte

Wir im Land Sachsen-Anhalt sind sehr froh darüber, daß wir über eine traditionsreiche Ausbildungsstätte für Angehörige der Feuerwehren verfügen, die über die Grenze Sachsen-Anhalts, ja über die Grenzen Deutschlands hinaus, einen guten Ruf hat.

Seit ihrer Eröffnung am 22. Mai 1938 wurde sie bis zum heutigen Zeitpunkt immer wieder erweitert und modernisiert und bietet mit ihrer Lehrbasis und einem gut ausgebildeten und erfahrenen Lehrpersonal beste Voraussetzungen für eine zeitgemäße, anforderungsgerechte Aus- und Fortbildung im Brand-, Katastrophen- und Umweltschutz.

Mit der heutigen Eröffnung der Brandschutz- und Katastrophenschutzschule Heyrothsberge führen wir die guten Traditionen dieser Einrichtung fort und legen gleichzeitig den Grundstein für die künftige Aus- und Fortbildung im erweiterten Katastrophenschutz für die neuen Bundesländer.

Mit dieser kombinierten Ausbildungsstätte für Brand- und Katastrophenschutz wird aber auch gleichzeitig ein im Vergleich zu den alten Bundesländern neues Modell ins Leben gerufen. In dieser Schule werden Angehörige der Feuerwehren und Hilfsorganisationen gemeinsam ausgebildet und auf ihre gemeinsame Aufgabenerfüllung vorbereitet.

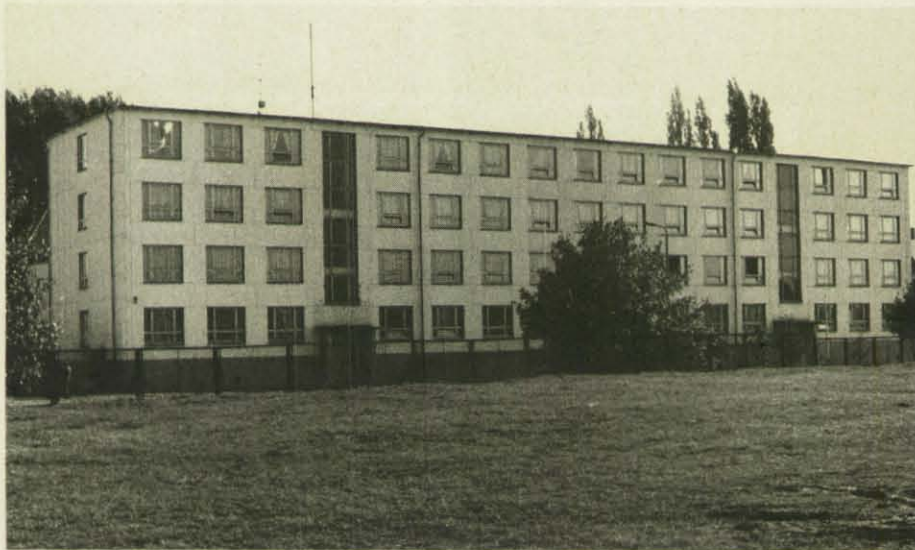
Natürlich wollen wir auch weiterhin die spezifischen Bildungsangebote dieser Schule den Feuerwehren aller anderen Bundesländer anbieten und die gute Zusammenarbeit – zum Beispiel mit den Feuerwehren Bayerns, Niedersachsens unter anderem fortsetzen. Nicht zuletzt wird diese Schule, die ja gleichzeitig auch Sitz des Instituts der Feuerwehr Sach-

Gemeinsam präsentieren Innenminister Hartmut Perschau und Dr.-Ing. Peter Ladewig den neuen Namen der kombinierten Ausbildungsstätte.

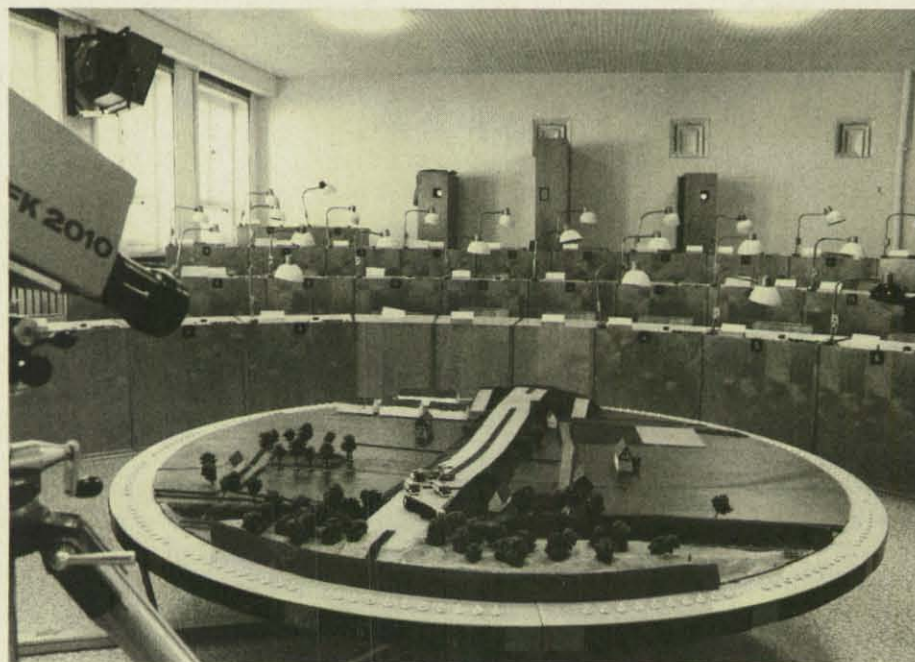




Bei einem Rundgang informiert sich Innenminister Hartmut Perschau über die Lehrbasis der Schule.



Ein Blick auf die Straßenseite der Schule.



Der Unterrichtsraum für Taktik und Einsatzlehre.

sen-Anhalts ist, künftig eine Begegnungsstätte für alle am Brand- und Katastrophenschutz interessierten Fachleuten sein.

Die Phase der Umprofilierung der ehemaligen Fachschule der Feuerwehr zur ‚Brandschutz- und Katastrophenschutzschule Heyrothsberge‘ ist abgeschlossen. Mit dem Lehrgangsangebot für das 2. Halbjahr 1991 und dem 1. Lehrgang ‚Maschinisten‘ für Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr vom 9. bis 13. September 1991 hat ein neues Kapitel in der Geschichte dieser Einrichtung begonnen.

Ich möchte meinen Dank an alle diejenigen richten, die bei dieser Umprofilierung tatkräftig mitgeholfen haben. Besonderer Dank gilt dem Personal dieser Schule für ihre bisherige Arbeit, für ihre Bemühungen bei der Vorbereitung des neuen Ausbildungsprofils sowie für alle Arbeiten, die diese Neueröffnung erst ermöglicht haben.“

Im Anschluß an die Ansprache ernannte Innenminister Perschau Dr.-Ing. Peter Ladewig zum Direktor der neuen Schule und führte ihn offiziell in dieses Amt ein.

Erfolgreicher Abschluß

Dr. Ladewig freute sich, daß es gelungen sei, die Umprofilierung der ehemaligen „Fachschule der Feuerwehr“ in eine „Brand- und Katastrophenschutzschule“ erfolgreich abzuschließen. Dies sei ein Ergebnis des Fleißes und des Bemühens vieler gewesen, die eine traditionsreiche Feuerwehrausbildungsstätte Deutschlands am Leben erhalten und den heutigen Aus- und Fortbildungserfordernissen entsprechend nutzen wollten.

Dr. Ladewig führte weiter aus: „Es war für alle Verantwortlichen im Lande Sachsen-Anhalt – und auch für uns – Anfang 1991 nicht leicht, zu verstehen, daß sich kaum ein anderes Bundesland bereit fand, zum Erhalt des einzigen bundesweit existierenden, auf die spezifische Tätigkeit einer Feuerwehr zugeschnittenen Brandschutzstudiums beizutragen.“

Obwohl viele führende Vertreter der Berufs- und Werkfeuerwehren, des Deutschen Feuerwehrverbandes und der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren hier eine Möglichkeit sahen, den Beschluß der Innenministerkonferenz zur Neukonzeption der Feuer-

wehrausbildung von 1974 umzusetzen, wurde das Innenministerium des Landes Sachsen-Anhalt in seinen Bemühungen um den Erhalt dieses Studiums fast allein gelassen. So mußte im Februar 1991 das Studium des 1. und 2. Studienjahres abgebrochen werden, und am 29. Juni 1991 verließen die letzten der insgesamt 1826 'Ingenieure für Brandschutz' Heyrothsberge.

Ich stelle das nicht an den Anfang meiner Ausführungen, um Vergangenen nachzutruern, sondern um deutlich zu machen, daß an dieser Einrichtung Lehr- und Verwaltungspersonal Dienst verrichtet, das einen solchen Tiefschlag weggesteckt hat und nach dieser Entscheidung den Standpunkt einnahm, daß es gerade heute gilt, vorauszublicken und kräftig anzupacken. Das heißt für uns konkret, sich auf den vorhandenen und zukünftigen Ausbildungsbedarf der Feuerwehren, der Hilfsorganisationen u. a. – insbesondere des Landes Sachsen-Anhalt – schnell einzustellen. Deshalb haben wir keinen Tag ungenutzt verstreichen lassen, um parallel zu dem noch laufenden Ingenieurstudium das neue Ausbildungsprofil für die Feuerwehren und den Katastrophenschutz aufzubauen.

Angebote genutzt

Die Leistung der Schule und das Lehrpersonal nutzte mehr als 60 Angebote

- zu Konsultationen an Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschulen sowie bei Berufs- und Freiwilligen Feuerwehren in vielen Bundesländern,
- zur Belegung von Volontärstellen für Praktika in Berufsfeuerwehren wie Hannover, Hamburg, Magdeburg u. a.,
- zur Teilnahme an Aus- und Fortbildungslehrgängen der Landesfeuerwehrschulen, der Katastrophenschutzschulen, von Brandschutzfirmen u. a.

und nahm an einem durch den Unterausschuß 'Feuerwehrangelegenheiten' durchgeführten Lehrgang für Führungskräfte zu Fragen der Rechtsgrundlagen für die Tätigkeit der Feuerwehr teil.

Bereits im Mai 1991 unterbreiteten wir den Feuerwehren ein breites Angebot an Laufbahn-, Funktions- und Sonderlehrgängen für das 2. Halbjahr 1991, wie zum Beispiel:

- Grundausbildung Feuerwehr

Der Lehrsaal für die Fernmelde-technik.



Ein Blick in den Computer-Lehr-raum.



- Gefährliche Stoffe und Güter/Umweltschutz
- Technische Hilfeleistung
- Gruppenführer
- Maschinist LF
- Geräewart
- Kreisausbilder
- Sportübungsleiter
- Ergänzungsausbildungslehrgänge für Berufsfeuerwehr und Freiwillige Feuerwehr gemäß Empfehlung des Deutschen Städtetages.

Dank der guten Zusammenarbeit mit den Amtsleitern für Brand- und Katastrophenschutz und dem Landesfeuerwehrverband wurde dieses Lehrgangsangebot entsprechend dem Bedarf des Landes, z. B. durch Lehrgänge wie 'Grundausbildung Einsatzbearbeiter Leitstelle' und 'Sprechfunke', ergänzt.

Ab heute führen wir einen Abendkurs für Leiter der Freiwilligen Feuerwehren durch und bereiten einen Kurs für arbeitslose Feuerwehrangehörige des Landkreises Burg zusammen mit dem Institut für Betriebsorganisation und Informationstechnik Paderborn. Diese Verfahrensweise entspricht genau unserer

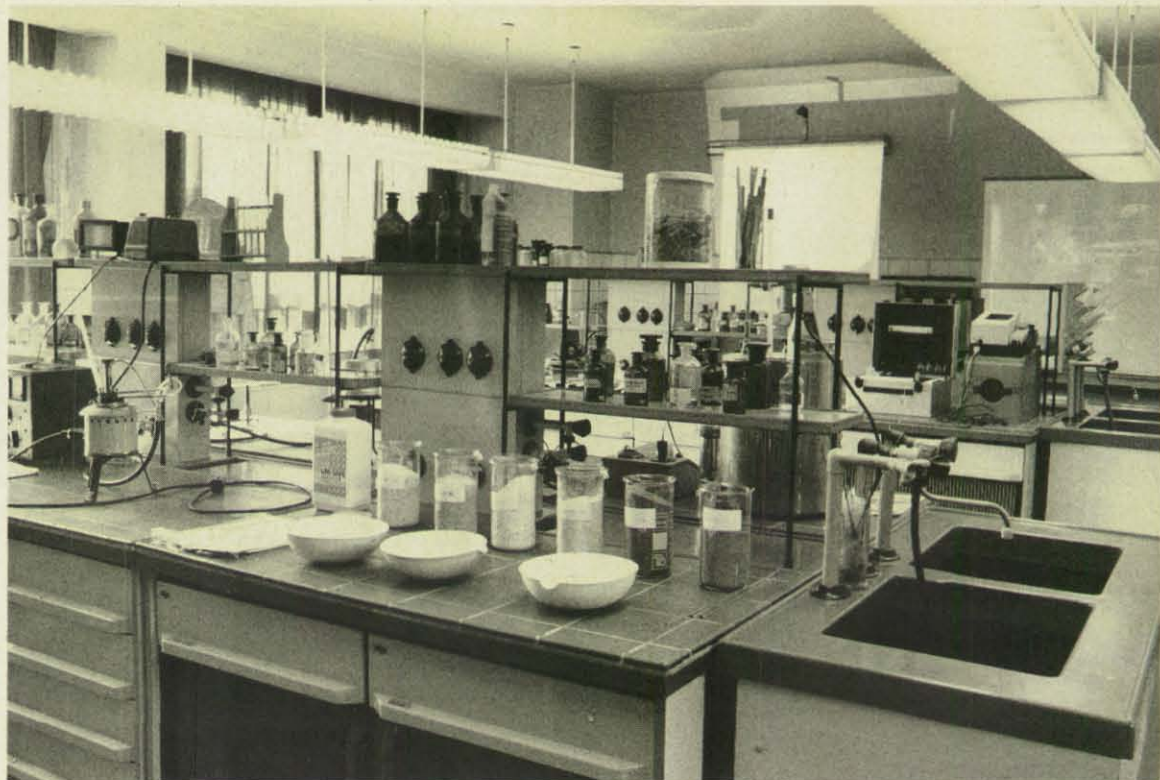
Grundauffassung, daß an dieser Schule nur solche Ausbildung durchgeführt werden kann, die für die Bewältigung der täglichen Aufgaben benötigt wird.

Deshalb sei mir an dieser Stelle gestattet, die Bitte zu äußern, daß zukünftig alle, die für den Brand- und Katastrophenschutz Verantwortung tragen, eng – im Interesse des Landes Sachsen-Anhalt und der anderen Bundesländer – mit uns zusammenarbeiten.

Ausbildung im erweiterten Katastrophenschutz

Gleichzeitig wurde mit den Vorbereitungen für die ab 1992 beginnende Ausbildung im erweiterten Katastrophenschutz begonnen. Das Lehrpersonal mußte gewonnen und deren Ausbildung organisiert werden, das Studium der Lehrpläne begann, an Lehrgängen und Übungen wird teilgenommen, das Verwaltungspersonal sammelte erste Erfahrungen an anderen Katastrophenschutzschulen, die notwendi-

Das gut ausgestattete Labor der Schule.



gen Vereinbarungen wurden vorbereitet, und der Lehrgangsplan 1992 ist mit den anderen neuen Bundesländern abgestimmt und wird in den nächsten Tagen ausgeliefert.

Parallel zu den inhaltlichen Vorbereitungen des neuen Ausbildungsprofils erfolgte die Beschaffung von mehr als 40 neuen, modernen Geräten und Ausrüstungen für die Ausbildung der Feuerwehren. Dabei legten wir – bedingt durch die angespannte Haushaltslage – vorrangig Wert auf Geräte und Ausrüstung für die Ausbildung ...

Weiterhin wurden in den letzten Wochen die ersten Plätze für die praktische Ausbildung zu Gefahrgutunfällen, zur Technischen Hilfeleistung, zur Maschinistenausbildung sowie zur Ausbildung mit Trennschleifern und Kettensägen geschaffen.“

Im weiteren Verlauf seiner Ansprache bedauerte Dr. Ladewig, daß die im Ergebnis der Bund/Länder-Beratung vom 17./18. April 1991 zugesicherte rechtzeitige Bereitstellung der Fachdienstausstattung sowie der Lehr- und Lernmittel durch das Bundesamt für Zivilschutz noch auf sich warten läßt und bat im Interesse einer ausreichenden Vorbereitungszeit des Lehrpersonals und der Gerätewarte, die Ausstattung bald zu liefern.

Zum Schluß dankte Dr. Ladewig allen, die die Schule bis heute „so kameradschaftlich“ unterstützt hät-

ten. Ohne ihre Hilfe wäre in der Kürze der Zeit diese Aufgabe nicht gelöst worden. Die Schule würde alles in ihren Kräften stehende tun, um eine gute Ausbildung im Interesse der Bürger durchzuführen und um die länderübergreifenden Aufgaben zu erfüllen. „Damit wollen wir unseren Beitrag zum Neuaufbau des Landes Sachsen-Anhalt leisten.“

Eine Herausforderung

Als letzter Redner sprach Ministerialrat Hermann Ahrens, Bundesministerium des Innern. Er überbrachte die herzlichen Grüße von Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble und fuhr fort: „Ich beglückwünsche Sie zur Neueröffnung der Schule, die nicht nur ihren Namen wechselt, sondern, wie ich überzeugt bin, auch ihr Gesicht verändern wird.“ Zwar würde hier weiterhin das Dunkelblau der Feuerwehr überwiegen – und das sei auch wichtig –, künftig würde aber auch die Buntheit der Farben der Hilfsorganisationen an der Schule vertreten sein. Dies sei eine enorme Herausforderung für alle, die hier lehren und ausbilden. „Es ist ein Versuch auf Bundesebene; daß dies gelingt, wünsche ich mir“, sagte Ahrens.

Es käme natürlich darauf an, daß sich künftig die Helfer des Technischen Hilfswerks und der Sanitätsorganisationen, die hier ausgebildet

werden, im Kreise der vielen Feuerwehrkameraden wohlfühlen und sie diese Schule als „ihre“ Schule akzeptieren. Hierzu könnten auch die Mitarbeiter der Ausbildungsstätte wesentlich beitragen.

Im weiteren Verlauf seiner Ansprache ging Ahrens auch auf die noch fehlende Fachdienstausstattung ein, für deren Beschaffung der Bund der Schule seine Unterstützung zugesagt habe. „Wir werden alle unser Möglichstes tun, daß die Fahrzeuge und Geräte nicht erst am 15. Dezember auf dem Gelände stehen“, sagte Ahrens.

Spürbare Verbesserungen

Weiter erklärte Ahrens: „Der Bund wird sicherlich in den kommenden Jahren seinen Verpflichtungen nachkommen, die er mit der Übernahme der Ausbildung für den erweiterten Katastrophenschutz an dieser Schule auf sich genommen hat.“ Es sei die Absicht des Bundes, etwa 15 Millionen Mark in die Baulichkeiten der Schule zu investieren. „Dies wird spürbar sein für alle, die hier ausgebildet und für alle, die hier arbeiten werden. Es wird einiges neu und einiges verbessert sein.“

Jährlich wird der Bund rund 4 Millionen Mark an Betriebsmitteln für die Schule aufwenden. Der Bund wird sich dauerhaft mit dem Land an dem beteiligen, was hier stattfindet,

und er steht mit dem Land voll hinter ihrer Arbeit“, sagte Ahrens.

Im Anschluß an den Festakt hatten die Gäste Gelegenheit, unter sachkundiger Führung die Schule zu besichtigen.

Wechselvolle Geschichte

Die Bildungsstätte der Feuerwehr kann auf eine wechselvolle Geschichte zurückblicken.

Am 22. Mai 1938 wurde in Heyrothsberge die Provinzialschule der Feuersozietät der Provinz Sachsen eingeweiht. Während des Krieges diente diese Einrichtung zur Ausbildung der Feuerschutzpolizei und wurde 1945 durch Luftangriffe teilweise zerstört.

Nach dem Wiederaufbau nahm die Ausbildungsstätte als „Landesfeuerwehrschule Sachsen-Anhalt“ im Jahre 1948 den Lehrbetrieb wieder auf und bildete für die Feuerwehren vorwiegend Kommando- und Wachabteilungsleiter, Maschinisten und Gerätewarte aus.

Über mehrere Etappen erfolgte die bauliche Erweiterung der Schule, um bessere Ausbildungs- und Unterbringungsbedingungen zu schaffen. Infolge günstiger materieller und räumlicher Voraussetzungen wurde 1967 die seit 1956 in Dresden-Lockwitz durchgeführte Ingenieurausbildung nach Heyrothsberge verlegt. Seit dieser Zeit erwarben bis 1991 1826 Absolventen im Direktstudium die Berufsbezeichnung „Ingenieur für Brandschutz“. Darüber hinaus nahmen rund 5000 Feuerwehrleute an Fortbildungs- oder Speziallehrgängen an der Fachschule teil.

Durch die Ausbildung von 170 Feuerwehrleuten aus zwölf Ländern wurde die Schule auch international bekannt.

Die Schule heute

Mit einer Kapazität von 300 Lehrgangsstellen verfügt die Schule heute über eine moderne Lehrbasis und einen qualifizierten Personalbestand an Fachlehrern und Ausbildern.

Die Ausbildungsstätte gliedert sich in zwei Fachabteilungen. Der Abteilung „Brandschutz“ unter der Leitung von Dr.-Ing. Horst Büttner sind die Lehrbereiche B 1 „Umweltschutz/Brandlehre“, B 2 „Rechtsgrundlagen/Vorbeugender Brandschutz“, B 3 „Führung/Einsatz“ und



Einsatzfahrzeuge, die den Lehrgangsteilnehmern für die praktische Ausbildung zur Verfügung stehen. (Fotos: Günter Sers)

B 4 „Technik/Einsatzausbildung“ zugeordnet. Die Abteilung „Katastrophenschutz“, geleitet von Dr.-Ing. Klaus Müller, untergliedert sich in die Lehrgruppen KatS 1 „Führung“, KatS 2 „Bergung“, KatS 3 „Sanitätsdienst“, KatS 4 „ABC“ und KatS 5 „Fernmeldewesen“.

Die Schule verfügt u. a. über Ein- und Zwei-Bett-Zimmer als Unterkunft für die Lehrgangsteilnehmer sowie über modern ausgestattete Unterrichtsräume mit interner Fernsehanlage und einem zentralen Studio mit semi-professioneller Video-Technik. Hinzu kommen ein Taktik-Lehrraum, zwei Labors mit 23 Arbeitsplätzen für die Labor-Praktika, ein Fachunterrichtsraum mit einer Sprachlehranlage, ein Hörsaal für 120 Personen sowie Übungsplätze und Werkstätten für die praktische Ausbildung.

Für die Freizeit stehen den Lehrgangsteilnehmern ein Kinosaal, eine Sporthalle, eine Laufhalle mit einer 100-m-Bahn, eine Kleinsportanlage,

zwei Fitneßräume sowie mehrere Klub- und Freizeiträume zur Verfügung.

Lehrgangsangebot nutzen

Die nun in Betrieb genommene Brandschutz- und Katastrophenschutzschule Heyrothsberge bietet gute Voraussetzungen für eine fachgerechte, praxisbezogene Aus- und Fortbildung der Feuerwehrangehörigen im Land Sachsen-Anhalt und für die länderübergreifende Ausbildung im erweiterten Katastrophenschutz für die neuen Bundesländer. Die mit der Abwehr von Gefahren und Schäden betrauten Kräfte können die gestellten Aufgaben nur mit einem hohen Maß an fachlichen Können bewältigen. Es kommt also darauf an, das breite Lehrgangsangebot der Schule zu nutzen, um dem Anspruch der qualifizierten Hilfe bei Schadensfällen gerecht zu werden.

– güse –



Auf dem Übungsgelände können u. a. spektakuläre Verkehrsunfälle dargestellt werden.

„Wir sind auf dem besten Weg“

Stationen des Aufbaus am Beispiel der Johanniter-Unfall-Hilfe – Partnerverbände leisten engagiert Aufbauhilfe

„Aufbauarbeit“ ist das Schlagwort, hinter dem sich die vielfältigen Aktivitäten und Initiativen der Hilfsorganisationen Arbeiter-Samariter-Bund, Deutsches Rotes Kreuz, Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft, Johanniter-Unfall-Hilfe und Malteser-Hilfsdienst verbergen, mit denen das Gesundheitssystem und das soziale Netz in den neuen Bundesländern gesichert werden sollen. Mit Stolz können die privaten Organisationen ein Jahr nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten auf die mit beispiellosem Engagement vorangetriebenen Leistungen im Bereich der Sozialen Dienste, des Rettungsdienstes und der Ausbildung der neuen Mitarbeiter verweisen.

Voraussetzungen hierfür waren und sind die Neugründungen von Gliederungen der Hilfsorganisationen als tragfähige Basis für die Arbeit in den fünf neuen Ländern. Die nachfolgende Bilanz zeigt den derzeitigen Aufbaustand und die Aktivitäten der einzelnen Organisationen im östlichen Teil Deutschlands auf:

Der Aufbau der neuen Ortsverbände des **Arbeiter-Samariter-Bundes** begann schon Ende 1989 in der damaligen DDR. Nach der Wirtschafts- und Währungsunion intensivierte sich die Aufbauarbeit, und so sind heute in den fünf neuen ASB-Landesverbänden insgesamt 85 Ortsverbände aktiv. Das Engagement des ASB verteilt sich u. a. auf die Bereiche Behindertenfahrdienst, Sozialstationen, Rettungsdienst, Krankentransport, Erste-Hilfe-Kurse, Essen auf Rädern, Weiterbildung von medizinischem Personal, Behindertenbetreuung, Altenheime und Kurz-

zeit-Pflegeheime sowie Aussiedler- und Asylantenheime.

Auch das **Deutsche Rote Kreuz** ist in allen neuen Bundesländern vertreten. Die fünf gegründeten Landesverbände haben sich am 1. Januar 1991 dem (west)deutschen DRK angeschlossen. Den Landesverbänden sind 211 Kreisverbände angegliedert. Eine Vielzahl der Kreisverbände hat inzwischen Sozialstationen und Mahlzeitendienste aufgebaut. Darüber hinaus wurde in Ostberlin eine Altenpflegeschule eröffnet.

Neben den inzwischen rund 80 installierten Behindertenfahrdiensten sollen in allen Landesverbandsbereichen des DRK Hilfsmittelberatungs-

und -verleihstellen eingerichtet werden. Zum breiten Aufgabenfeld des DRK zählen auch Ausländer- sowie Aussiedler-Beratungsstellen, Wohnheime für Asylbewerber und Aussiedler, Bahnhofshilfsstellen, allgemeine Sozialberatung für unterschiedliche Gruppen der Bevölkerung sowie Blutspende- und Rettungsdienst.

Den Aufbau des Sanitätsdienstes im erweiterten Katastrophenschutz der neuen Bundesländer unterstützt das DRK mit der Übernahme von 45 der vom Bundesinnenministerium geplanten 80 Sanitätszüge in seine Trägerschaft.

Für die **Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft** zeigt sich fol-



Engagierte JUH-Mitarbeiterin: Diane-Beate Helbig, Leiterin der Sozialstation Plauen.

gendes Bild: In allen fünf Ländern wurde ein Landesverband der DLRG gegründet. Darunter gliedern sich zur Zeit in Mecklenburg-Vorpommern sechs Bezirksverbände und 18 Ortsgruppen, in Brandenburg zwei Bezirksverbände und acht Ortsgruppen, in Sachsen zehn Bezirksverbände und zwölf Ortsgruppen, in Thüringen 14 Ortsgruppen und in Sachsen-Anhalt drei Bezirksverbände und fünf Ortsgruppen.

Die neuen Gliederungen der DLRG sind mit unterschiedlichen Aufgabenschwerpunkten aktiv in den Bereichen Wasserrettungsdienst und Ausbildung. In Mecklenburg-Vorpommern dominiert in den Sommermonaten der Wachdienst an den Ostseestränden, ebenso in Brandenburg mit seinen weitläufigen Wasserflächen.

In Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen liegen die Schwerpunkte in den Bereichen Aus- und Weiterbildung, hinzu kommen die unterstützenden Wachdienste in den Frei- und Hallenbädern. Zu diesen sehr umfangreichen Aufgaben im Wasserrettungsdienst wird in allen neuen Bundesländern eine intensive Schwimmbildung durchgeführt. Als vorbeugender Maßnahme fällt der Kinderschwimmbildung besondere Bedeutung zu.

Die Struktur der **Johanniter-Unfall-Hilfe** im östlichen Teil Deutschlands weist mit Stand 1. Oktober 1991 zwei Landesverbände (Sachsen, Sachsen-Anhalt) sowie 62 Kreis- und Ortsverbände auf, verteilt auf alle neuen Bundesländer. Insgesamt sind Aktivitäten in 145 Gemeinden zu verzeichnen.

Zu den Aufgaben zählen der Auf- und Ausbau des Behindertenfahrdienstes, des Rettungsdienstes sowie des Krankentransports. Einen breiten Raum nehmen auch Ausbildungskurse in verschiedenen Bereichen für die Bevölkerung, die Arbeit der Sozialstationen sowie die Jugendarbeit ein. Die ersten Sanitätsfahrzeuge für den Aufbau der Sanitätszüge im erweiterten Katastrophenschutz wurden am 4. Oktober 1991 übernommen.

Der **Malteser-Hilfsdienst** ist mit 36 Gliederungen in den sechs Diözesen vertreten. Diözesangeschäftsstellen wurden in Berlin, Dresden, Görlitz, Schwerin, Erfurt und Magdeburg gegründet. Die Schwerpunkte des MHD in den neuen Bundesländern liegen im Behindertenfahrdienst, Mahlzeitendienst, Rettungsdienst, Krankentransportwesen, in

der Erste-Hilfe-, Schwesternhelferinnen- und Rettungssanitäterausbildung sowie im Aufbau Mobiler Sozialer Hilfsdienste und in der Jugendarbeit.

Stationen des Aufbaus

Wie die noch lange nicht abgeschlossene Aufbauarbeit der privaten Hilfsorganisationen in den neuen Bundesländern bewältigt wird, soll am Beispiel der Johanniter-Unfall-Hilfe aufgezeigt werden.

Kurz nach dem Fall der Mauer am 9. November 1989 liefen im gesamten grenznahen Bereich der Bundesrepublik spontan Hilfsmaßnahmen der JUH an. In vielen Orten waren die Johanniter Tag und Nacht im Einsatz und betreuten die über die Grenzen strömenden DDR-Besucher. Schon wenige Tage später bot die JUH in einem Schreiben an die Bundesministerin für Jugend, Frauen und Gesundheit sowie für Innerdeutsche Beziehungen ihre Hilfe zur Verringerung des Ärzte- und Pflegepersonalnotstandes in der DDR an.

Anfang Dezember wurde dann in der Bundesgeschäftsführung der JUH darüber diskutiert, ob und wie mit der Arbeit der Johanniter-Unfall-Hilfe in der DDR begonnen werden kann. In einem Rundschreiben wurden alle Verantwortlichen der JUH aufgerufen, ihre Verbindungen in die DDR, seien es persönliche, seien es Verbindungen zu Kirchengemeinden, Krankenhäusern oder aufgrund von Städtepartnerschaften, zu nutzen, um gerade in der Anfangsphase der Öffnung die JUH auch im anderen Teil Deutschlands als Hilfsorganisation zu verankern.

Der Weg ist frei

Mitte Januar 1990 wurde der Weg für den Aufbau der JUH in der (Noch-)DDR freigemacht. Die „Arbeitsgruppe DDR“ der Johanniter-Unfall-Hilfe beschloß in Bonn, den Aufbau der JUH im engen Zusammenwirken mit ehemaligen Einrichtungen des Johanniterordens, den evangelischen Kirchengemeinden und Krankenhäusern der Diakonie in der DDR zu beginnen. Das Interesse der Bevölkerung an der Arbeit der JUH sollte geweckt und möglichst frühzeitig Verantwortungsträger für die Übernahme von Aufgaben innerhalb der JUH in der DDR gefunden werden. Die westlichen

Landes- und Kreisverbände sollen Patenschaften übernehmen, hieß es.

Ein Bundesrundschreiben definierte die Hilfe durch die JUH-Gliederungen in der Bundesrepublik: „Während der Aufbauphase einer Johanniter-Unfall-Hilfe müßten die westlichen Landes- und Kreisverbände ihren Partnerverbänden in der DDR personell, materiell und durch Vermittlung von Fachwissen Unterstützung gewähren. Das Gespräch über Aufgaben, Ziele und Arbeitsweise der JUH innerhalb des pluralistischen Systems der Hilfsorganisationen der Bundesrepublik Deutschland ist dabei entscheidend.“

Ende Januar 1990 beschloß die Ordensregierung der Johanniter den Einsatz eines Koordinators zur Abstimmung der Aktivitäten des Ordens und seiner Werke in der DDR.

Breites Betätigungsfeld

Waren die Aktivitäten der Organisationen anfangs spontan, setzte nun eine systematische Arbeit ein. Schon Anfang März 1990 wurde in der Wismarer Nikolaikirche der erste Kreisverband der JUH gegründet.

„Durch die Auflösung des staatlichen Gesundheitswesens in der ehemaligen DDR tat sich ein riesiges Feld auf, das in allen Bereichen neu zu bestellen war“, sagt JUH-Abteilungsleiter Wolf-Dieter Hanisch im Gespräch mit dem „Bevölkerungsschutz-Magazin“. „Besonders den Rettungsdienst gilt es neu zu gestalten. Aufgebaut werden muß auch der Behindertenfahrdienst, den es in der Form wie in der alten Bundesrepublik nicht gab. Zwar haben beide Kirchen sich in der Behindertenarbeit sehr engagiert, doch geschah dies mehr im kleinen und verborgenen“, so Hanisch.

Einen großen Beitrag in der Altersversorgung leistete u. a. die „Volkssolidarität“ in der ehemaligen DDR. Konnten sich zum Beispiel alte ehemalige Mitarbeiter von DDR-Betrieben nicht mehr selbst versorgen, wurde ihnen ein Mittagstisch aus der Kantine gebracht.

Aufgaben verschoben sich

Mit der Auflösung der „Volkssolidarität“ alter Form nach der Wende fielen diese preiswerten Versorgung und weitere Dienste, wie z. B. die Gemeindegewerkschaften, die auch

hauswirtschaftliche Hilfe leisteten, weg. Hieraus erwuchs die dringende Notwendigkeit zum Aufbau eines sozialen Systems und der entsprechenden Infrastruktur von Sozialen Diensten und Einrichtungen.

„Wir haben in den alten Bundesländern insgesamt 21 Sozialstationen, während in den fünf neuen Bundesländern bis jetzt schon 39 Sozialstationen ihre Arbeit aufgenommen haben. Damit wird sich in den Ostländern das Bild der JUH viel stärker von einer Rettungsorganisation hin zu einer Wohlfahrtsorganisation verändern“, sagt Abteilungsleiter Hanisch.

Hilfe durch Patenschaften

Einen Einblick in den Aufbau des Rettungsdienstes in Brandenburg gibt Marianne Limmer, Dezernentin für Katastrophenschutz beim JUH-Landesverband NRW, der für das Land Brandenburg die Patenschaft übernommen hat. „Es war eine sehr schwierige und langwierige Arbeit, bis der Rettungsdienst stand. Die Aufgabe lag zu DDR-Zeiten in den Händen der ‚Schnellen Medizinischen Hilfe‘ (SMH), der das frühere Deutsche Rote Kreuz der DDR die Fahrer der Rettungsfahrzeuge stellte. Das DRK wollte natürlich gern sein Monopol behalten. Die Fahrzeuge standen uns nicht zur Verfügung, und so mußten wir einen eigenen Fahrzeugpark aufbauen und nach unserem Standard ausrüsten. In Verhandlungen mit den Städten wurde stets gesagt: ‚Ja, Ihr könnt den Rettungsdienst fahren, aber wir haben kein Geld, Euch zu unterstützen.‘“

So war das besondere persönliche und finanzielle Engagement der JUH gefordert, um in den neuen Bundesländern u. a. einen Beitrag zu leisten, in möglichst kurzer Zeit ein ebenso effektives und wirksames Rettungsdienstsystem wie in den alten Bundesländern zu gestalten. Hilfreich war hierbei die Übernahme von Patenschaften durch Gliederungen der JUH in NRW. Beispielsweise übernahm der JUH-Kreisverband Köln die Patenschaft für die Stadt Brandenburg und unterstützt hier den Aufbau der Hilfsorganisation. Die Kreisverbände Bonn und Rhein-Sieg engagieren sich in Potsdam, der Kreisverband Erfstadt in Cottbus. Auch weitere JUH-Gliederungen in NRW waren bereit, die Aufbauarbeit in Brandenburg ideell und materiell zu fördern. Dies gilt ebenso



Das renovierte Gebäude in der Haydnstraße in Plauen, in dem die Sozialstation in zwei Wohnungen untergebracht ist.

für die JUH-Landes-, Kreis- und Ortsverbände in den anderen westlichen Bundesländern. Überall ist die Bereitschaft zur Zusammenarbeit groß. Jeder östliche Kreisverband erhält Unterstützung durch eine JUH-Gliederung aus den Westländern.

Wenig Bereitschaft zur ehrenamtlichen Mitarbeit

Ein besonderes Problem beim Aufbau der JUH in der ehemaligen DDR ist der Mangel an ehrenamtlichen Mitarbeitern. Es ist sehr schwer, ehrenamtliche Helfer für die einzelnen Aufgaben zu gewinnen. Wer mitmacht, erhofft sich einen festen Arbeitsplatz, ist weniger an freiwilliger, ehrenamtlicher Mitarbeit interessiert. Zudem ist den Menschen zu DDR-Zeiten sehr viel vermeintliches ehrenamtliches Engagement abverlangt worden, so daß hier eine Gegenreaktion zu beobachten ist. Es wird also die Arbeit der JUH in den neuen Bundesländern in allen Bereichen weit mehr als in den Westländern von hauptamtlichen Mitarbeitern getragen werden müssen. Überbrückt wird dies zur Zeit durch die Einstellung von ABM-Kräften. Die „Arbeitsbeschaffungs-Maßnahmen“ der Bundesanstalt für Arbeit sind hier für die JUH sehr hilfreich.

Zum Beispiel Plauen

Wie sieht nun die Aufbauarbeit vor Ort aus? Das „Bevölkerungsschutz-Magazin“ besuchte den Kreisverband Plauen/Sachsen der Johanniter-Unfall-Hilfe und informierte sich über die Arbeit und die aktuellen Probleme dieser am 15. September 1990 gegründeten Gliederung.

Begonnen hatte alles im November 1989. Nur wenige Tage nach der Grenzöffnung brachten Johanniter aus Bayern Obst für die Patienten des Plauener Bethanien-Krankenhauses. Leiter dieser Aktion war Johanniter-Ritter Peter Lüders aus München. Er knüpfte erste Verbindungen zum Chefarzt des Krankenhauses, Dr. Hans-Joachim Hüttner. Mit Hilfe von Lüders kam es recht bald zu ersten Kontakten zwischen Plauen und dem JUH-Kreisverband Ottobrunn, der sich nun sehr engagiert um den Aufbau der Hilfsorganisation in Plauen bemühte.

Neben eigenen Besuchen in Plauen luden die Ottobrunner die an einem Aufbau der JUH interessierten Plauener mehrmals ein und gaben ihnen einen Einblick in die Organisation und Arbeit ihres Kreisverbandes. Sach- und Geldspenden von verschiedenen Seiten, initiiert von der JUH-Gliederung Ottobrunn, waren dann eine willkommene Starthilfe für den neu gegründeten Kreisverband,

dessen Führung Dr. Hüttner übernahm. Das Verhältnis zwischen den beiden Kreisverbänden ist sehr eng. Hilfe wird in allen Bereichen geleistet. Die Ottobrunner unterstützen u. a. den Aufbau der Verwaltung, zeigen Finanzierungswege auf, erläutern, welche Kostenträger für die einzelnen Leistungen der JUH in Frage kommen und informieren über notwendige Versicherungen. Daneben wird auch praktische Hilfe geleistet. So führte z. B. ein JUH-Arzt für die neuen Johanniter einen erweiterten Erste-Hilfe-Lehrgang in Plauen durch. Unterstützt werden die Plauerer auch bei der Ausbildung zu Rettungssanitätern.

Geglückter Start

Den ersten Sozialdienst, den der Kreisverband Plauen aufnahm, war Essen auf Rädern. Parallel dazu wurden eine Sozialstation sowie der Rettungsdienst und Krankentransport aufgebaut. Im Januar 1991 bezogen die Johanniter in der Haydnstraße in Plauen nach umfangreicher Renovierungsarbeit zwei Wohnungen in einem Altbau. Jetzt konnten die einzelnen Dienste in vollem Umfang angeboten werden. Zur Zeit liegt die Sozialstation noch in den Händen der Stadt Plauen, wird aber in naher Zukunft in die Trägerschaft der JUH übergehen. Alle zwölf Mitarbeiterinnen der Sozialstation sind ABM-Kräfte. Leiterin ist Diane-Beate Helbig. Sie ist von Anfang an dabei und engagiert sich sehr stark in der Aufbauarbeit des Kreisverbandes. „Jeder fünfte Plauerer ist über 70 Jahre alt“, sagt Frau

Helbig. „Ein großes Aufgabenfeld für die Sozialen Dienste der JUH. Insgesamt bin ich zufrieden mit dem, was wir in der kurzen Zeit geschaffen haben. Wir sind sehr dankbar für die vielfältige und großzügige Unterstützung, die wir von vielen Seiten erhielten. Alleine hätten wir das nicht geschafft. Wir sind auf dem besten Weg und setzen alles daran, die Aufbauarbeit voranzutreiben, um alten, kranken und behinderten Menschen durch unsere Aktivitäten Hilfe und Erleichterung zu bieten“, so die Leiterin der Sozialstation.

Rettungsdienst nur eingeschränkt

Der Rettungsdienst und Krankentransport der JUH Plauen nahm am 1. März 1991 seine Arbeit auf. Sechs ABM-Kräfte sowie zwei festangestellte und vier ehrenamtliche Mitarbeiter der JUH teilen sich den Schichtdienst. Untergebracht ist die Rettungswache in städtischen Baulichkeiten nahe der Innenstadt. Zur Zeit sind die Johanniter mit drei Fahrzeugen werktags von 7 bis 19 Uhr einsatzbereit. Sobald die neue Rettungsleitstelle der Stadt installiert ist, läuft der Dienst rund um die Uhr. Da die Ausbildung des JUH-Rettungsdienstpersonals zu Rettungssanitätern noch nicht abgeschlossen ist, beschränken sich die Einsätze auf den Krankentransport sowie auf Noteinweisungen in das Krankenhaus. Dies wird sich aber Ende des Jahres ändern, dann steht mit Karina Rößler, einer engagierten Johanniterin, eine erste, voll ausgebildete Rettungssanitäterin zur Verfügung.

Katastrophenschutz im Aufbau

Der Besuch des „Bevölkerungsschutz-Magazins“ in Plauen gab auch Gelegenheit zu einem Gespräch mit dem Leiter des Amtes für Zivil- und Katastrophenschutz der Stadt Plauen, Volkmar Phenn. „Der Schwerpunkt der Arbeit des Amtes besteht zur Zeit im Aufbau eines Stabes HVB zur Leitung von Abwehrmaßnahmen im Katastrophenfall. Es ist etwas schwierig, weil noch nicht überall die Einsicht herrscht, daß dies tatsächlich gebraucht wird. Wir können zwar zur Zeit einen Stab besetzen, aber nicht auf allen Positionen“, sagt Volkmar Phenn, dessen Dienststelle mit fünf Mitarbeitern besetzt ist. Sie haben inzwischen alle einen Stabslehrgang an der Katastrophenschutzschule des Bundes in Bad Neuenahr-Ahrweiler besucht.

Für einen Katastrophenschutzinsatz stehen die Berufsfeuerwehr sowie die Freiwilligen Feuerwehren im Stadtbereich zur Verfügung. Das DRK und die JUH Plauen haben sich bereit erklärt, im Katastrophenschutz mitzuwirken. Sie werden je einen Sanitätszug stellen. Gedacht ist auch an einen Betreuungszug.

Mit dem Aufbau eines Ortsverbandes des Technischen Hilfswerks für die Bereiche Bergung und Instandsetzung ist wohl in naher Zukunft nicht zu rechnen. „Zwar werden in Sachsen in diesem Jahr vier THW-Ortsverbände gegründet, leider wurde Plauen aber nicht berücksichtigt“, bedauert Volkmar Phenn. Dabei wären zur Zeit noch viele ehrenamtliche Helfer der ehemaligen Zivilverteidigung bereit, neue Aufgaben zu übernehmen. Auch hat die Stadt Plauen entgegen den Weisungen nicht die gesamte Ausrüstung der aufgelösten Zivilverteidigung verschrottet, so daß ein Grundstock an Geräten sowie Fahrzeugen für die technische Hilfeleistung zur Verfügung stünde. Volkmar Phenn befürchtet, daß viele Helfer der ehemaligen Zivilverteidigung, die sich für eine Mitarbeit im THW bereit erklärt haben, abspringen werden, wenn sich die Gründung eines Ortsverbandes zu lange hinauszieht.

„Wir müssen noch in vielen Bereichen improvisieren“, sagt Volkmar Phenn zum Schluß. „Aber das haben wir ja in der vergangenen Zeit zur Genüge gelernt.“



Drei Fahrzeuge stehen für den Rettungsdienst und Krankentransport bereit.

(Fotos: Sers)

- güse -

Von der Realität eingeholt

Katastrophenschutzübung „Rockkonzert '91“ mit 180 Verletztendarstellern

„Unglück in Berlins größtem Tanzpalast“ – „Konzert in Berliner Super-Disco: 27 Verletzte“. Die Schlagzeilen der Tageszeitungen muten wie eine Bestätigung dessen an, was wenige Tage zuvor Grundlage einer Katastrophenschutzübung in Münster war. Sind es in der Berliner Realität 1800 Gäste, von denen 27 verletzt werden, so geht der für das Münsteraner Geschehen verantwortliche Malteser-Hilfsdienst von rund 6000 Besuchern der Halle Münsterland aus.

Das Szenario der „Rockkonzert '91“ betitelten Übung liest sich denn auch durchaus realistisch: „Die Halle Münsterland ist ausverkauft. Tina Turner singt ‚Nutbush City Limits‘,

begeistert gehen die Fans mit, sie singen, klatschen, tanzen. Niemand bemerkt, daß schon seit längerem Rauch aus der Elektro-Schaltzentrale dringt. Als Feuersalarm gegeben wird, stehen bereits Bühnendekoration und Tribünen in Flammen. Das Licht erlöscht, Panik bricht aus. Alle drängen zu den Ausgängen, in wenigen Minuten werden über hundert Menschen verletzt.“

Erschreckend realistisch

Hat man sich seitens der Übungsleitung bei der Anlage der Übung schon große Mühe gegeben, über-

trifft die erschreckend realistische Situation im weiten Rund der Halle Münsterland noch die Erwartungen: Im von einer Flut von Getränkedosen, Trinkbechern, Kartonresten und Papierabfällen übersäten Innenraum hocken, sitzen und liegen zahllose Personen. Näheres Hinsehen läßt manchmal erschrocken zurückweichen – die Schminkegruppen haben ganze Arbeit geleistet. Auch in den beiderseits ansteigenden Sitzreihen sind „verletzte“ und teilweise „eingeklemmte“ Personen auszumachen. Rauchschwaden ziehen durch den riesigen Raum, der durch schwach einfallendes Tageslicht in eine diffuse Dämmerung getaucht ist. Untermalt wird das bedrückende Bild durch ein

Gespennstisches Szenario in der Halle Münsterland.



vieltimmiges Stöhnen und Hilferufen, das in allen Ecken der Arena widerhallt.

Es ist 13.20 Uhr: Vor dieser Situation stehen sie nun, die neun Helfer des Malteser-Hilfsdienstes und die drei Feuerwehrmänner, die den Sicherheitsdienst in der Halle übernommen haben. Bei 180 „Verletzten“ bleibt ihnen nur übrig, Verstärkung anzufordern und erste Hilfsmaßnahmen einzuleiten. Die fortschreitende Rauchentwicklung zwingt die Helfer jedoch bald dazu, sich mehr und mehr zurückzuziehen.

Auf den Hilferuf aus der Halle hin, setzt die Leitstelle Münster den örtlichen Rettungsdienst, bestehend aus einem Arzt und zwei Sanitätern sowie zwei Löschzüge der Feuerwehr, in Marsch. Bei deren Eintreffen können weite Bereiche der Halle nur noch unter Atemschutz betreten werden. Während sich die Kräfte der Feuerwehr zur Verletztenbergung und Brandbekämpfung ausrüsten, verstärken die Kräfte des Rettungsdienstes die in den noch rauchfreien Zonen der Halle aktiven Helfer des Sicherheitsdienstes. Indessen bemüht sich die Leitstelle fieberhaft, weitere Kräfte zur Halle zu entsenden. Dies stößt allerdings auf Schwierigkeiten, da ein weiterer Schadensfall im Regierungsbezirk Münster die Kräfte des überörtlichen Rettungsdienstes bindet.

MHD übt in der Umgebung

Ortswechsel: Einige Kilometer nordöstlich der Halle Münsterland auf dem Übungsgelände des Technischen Hilfswerks in Münster-Handorf führt der MHD der Diözese Münster seit 10.00 Uhr eine Übung durch. Teilnehmende Einheiten sind ein Sanitätszug-Arzt, ein Sanitätszug-Transport und ein regionaler Sanitätszug des Landes Nordrhein-Westfalen mit insgesamt 85 Helfern sowie ein Betreuungszug, ein Verpflegungstrupp und ein Fernmeldezug mit insgesamt 57 Helfern. Auf das Hilfesuchen der Leitstelle hin setzen sich diese Einheiten um 13.30 Uhr mit dem Ziel Halle Münsterland in Bewegung.

Dort hat inzwischen die Feuerwehr die ersten „Verletzten“ ins Freie gebracht und die Brandbekämpfung aufgenommen. Schon können die 22 Schiedsrichter erste Minuspunkte notieren, denn die Verletztenablage wird derart unglücklich gewählt, daß sich Helfer und „Verletzte“ gegensei-



Die „Verletzten“ werden von der Verletztenablage zum Verbandplatz transportiert.

gig behindern. Mit jedem neu hinzukommenden verringert sich die Bewegungsfreiheit und vergrößert sich der „Stau“ der unversorgt gebliebenen „Verletzten“. Kein Zweifel, mit der Rettungsaktion, der Erstversorgung und der Brandbekämpfung sind die 50 Feuerwehrmänner an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt.

Ein Aufatmen, als das erste Fahrzeug der angeforderten Katastrophenschutzeinheiten auf dem großen Parkplatz vor der Halle erscheint. In schneller Folge füllt sich der Platz, bis schließlich rund 60 Fahrzeuge des MHD beisammen

sind. Mit der nun bereitstehenden großen Zahl von Helfern besteht die reelle Chance, der Katastrophe wirkungsvoll begegnen zu können.

Präzision statt Schnelligkeit

Routiniert und zügig läuft das Geschehen vor den Augen einer vielköpfigen Beobachtergruppe ab. Eingefunden haben sich Mitarbeiter des Regierungspräsidenten in Münster und der Kreisverwaltungen, der Katastrophenschutzschulen, Vertreter von Bundeswehr, Polizei, Feuerwehr, DRK, ASB, JUH und THW



Eine lange Reihe von Einsatzfahrzeugen steht für den Weitertransport in die Krankenhäuser bereit.

sowie Mitarbeiter von Funk und Presse. Kommentiert wird der Übungsablauf von MHD-Diözesanleiter Rudolf Erbprinz von Croy, der betont, daß es sich hier um eine Ausbildungsübung handelt: „Wir legen Wert darauf, daß unsere Helfer neue Kenntnisse erwerben und vorhandene vertiefen können. Das heißt, daß es bei der Übung nicht auf absolute Schnelligkeit, sondern auf die richtige Durchführung ankommt.“

Mittlerweile haben die vier Ärzte die Verletztenablage einer Sichtung unterzogen, und MHD-Helfer lösen

zwischenzeitlich auf dem Hallenvorplatz etabliert hat. Hier laufen alle Fäden zusammen, von hier bestehen über vom Fernmeldezug aufgebaute Fernmeldeverbindungen Kontakte zu allen Bereichen der Halle. Nachdem die Verantwortlichen einen Überblick über die Lage gewonnen haben, können klare Anweisungen gegeben werden und ein präziser Ablauf löst die Hektik der Anfangsphase ab.

Ebenfalls auf dem Vorplatz der Halle ist ein aus mehreren Zelten bestehender Verbandplatz einge-

transportfähig gemachten Personen vor dem Zelt bereits eine lange Reihe von Krankentransportwagen.

Krankenhäuser üben mit

Üblicherweise bedeutet die medizinische Versorgung auf dem Verbandplatz das Ende einer Übung, doch in Münster ist es anders: Auf Antrag der Übungsleitung hin wurden zwei örtliche Krankenhäuser, die Raphaels-Klinik und das St.-Franziskus-Hospital, in den Ablauf einbezogen. Damit sollte der gelegentlich zu beobachtende Effekt vermieden werden, daß die Katastrophe lediglich vom Unglücksort ins Krankenhaus verlegt wird. Rechtzeitig durch die Leitstelle informiert, hatten sich die beiden Krankenhäuser auf einen Massenansturm von Verletzten vorbereitet. Dienstfreies Personal stand kurzfristig bereit und zusätzliche Behandlungsräume wurden in Betrieb genommen. Daneben hatte man für eine Erhöhung der Bettenkapazität gesorgt.

Organisatorisch bestens vorbereitet, war es für das Krankenhauspersonal kein Problem, die laufend eingelieferten „Verletzten“ zügig zu behandeln und anschließend der stationären Versorgung zuzuführen. Daneben konnte ein Großteil der eingelieferten Personen nach ambulanter Behandlung entlassen werden. Hilfreich – besonders für die in beiden Häusern tätigen Operationsteams – war die ständige Funkverbindung zum Verbandplatz, über die besonders behandlungsbedürftige „Verletzte“ avisiert wurden. Die Aufnahmekapazität der beiden Krankenhäuser betrug schließlich 87 Verletzte.

Mit der Versorgung des letzten „Unglücksopfers“ im Krankenhaus kam gegen 16.15 Uhr der Schlußpunkt der Übung. Während die Helfer an die Arbeit gingen, das für die Übung Aufgebaute zurückzunehmen, zog Helmut Esser, MHD-Ausbildungsreferent für Nordrhein-Westfalen eine erste Bilanz: „Wir haben diesmal beim Übungszweck ‚Bewältigung eines Massenansturms von Verletzten‘ den Schwerpunkt auf das Zusammenwirken von Feuerwehr und Sanitätsdienst/Ärzte – insbesondere Leitende Notärzte/Krankenhäuser – gelegt, um noch realistischer einen Katastrophenfall zu üben. Dies scheint voll gelungen zu sein: Wenigstens war das die Aussage aller Beteiligten.“

— cl —



Nach der Sichtung durch den Arzt erfolgt die medizinische Erstversorgung und die Herstellung der Transportfähigkeit. (Fotos: Claes)

die Feuerwehrmänner bei der sanitätsdienstlichen Versorgung ab. Auch die seit geraumer Zeit in der Halle agierenden Helfer sind nicht untätig geblieben. Ein Großteil der dort noch verbliebenen „Verletzten“ ist bereits erstversorgt. Zügig nehmen sich die frisch eingetroffenen Helfer der noch unversorgten „Verletzten“ an.

Technische Einsatzleitung aktiv

Im Übungsablauf ist schließlich die Handschrift der Technischen Einsatzleitung zu erkennen, die sich

richtet worden. Jetzt wartet auf die Helfer der Sanitätszüge die schweißtreibende Aufgabe, die „Verletzten“ an der Verletztenablage aufzunehmen und sie dem mit drei Ärzten und mehreren Helfern besetzten Verbandplatz zuzuführen. Bei 180 „Transportkandidaten“ kein leichtes Unterfangen. Doch auch dies klappt schließlich reibungslos.

Der Ablauf des Geschehens auf dem Verbandplatz gleicht sich bei jedem Ankommenden: Sichtung durch den Arzt, ärztliche Versorgung zur Herstellung der Transportfähigkeit und Ausführung ärztlich angeordneter Maßnahmen durch Helfer. Während die „Leichtverletzten vor Ort“ betreut werden, wartet auf die

Ernährungsvorsorge bleibt aktuelles Thema

Einhellige Meinung: Staatliche Vorsorge und private Initiative weiterhin dringend notwendig

Der Staatssekretär im baden-württembergischen Ministerium für ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Ludger Reddemann, stellte fest: „Das bei einem großen Teil der Bevölkerung nicht mehr vorhandene Bewußtsein für Ernährungsvorsorge und Vorratshaltung gilt es,

in die Aufmerksamkeit öffentlichen Interesses zurückzuholen.“ So lud das Ministerium aus Anlaß der 12. Badischen Landwirtschaftlichen Ausstellung, die auf dem Messegelände in Freiburg stattfand, am 16. September 1991 zu einer großen Podiumsdiskussion unter Beteiligung von Vertretern

der Bundes-, Landes- und Kommunalebene wie der Landwirtschaft. Thema waren die staatlichen und privaten Bemühungen um die ausreichende Sicherstellung der Ernährung der Bevölkerung bei Katastrophen und Krisen.

Unter der Leitung von Staatssekretär Reddemann diskutierten der zuständige Referatsleiter im Bundeslandwirtschaftsministerium, Ministerialrat Solmecke, der ebenfalls mit der Ernährungsvorsorge im Regierungspräsidium Freiburg betraute Abteilungsleiter, Ltd. Landwirtschaftsdirektor Schömig, der Präsident des Landkreistages Baden-Württemberg, Landrat Dr. Schill, und der Präsident des Badischen Landwirtschaftlichen Hauptverbandes, Ruf. Um das wesentliche Ergebnis vorwegzunehmen: Über das „Ob“ und „Warum“ gab es keine Kontroverse, auch nicht darüber, daß der Bürger nach wie vor seinen Lebensmittelvorrat haben sollte.

größerer Zahl der Bitte Folge leisten.

Staatssekretär Reddemann stellte grundsätzlich fest: „Das Überangebot an Nahrungsmitteln ist heute ein Zeichen unserer Wohlstandsgesellschaft mit der Folge, daß über eine ausreichende Verfügbarkeit von qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln in Krisenzeiten nicht mehr in der erforderlichen Konsequenz nachgedacht und gesorgt wird. Die zurückliegenden Erfahrungen, wie beispielsweise aus dem Reaktorunglück von Tschernobyl, bestätigen jedoch nachhaltig, wie unabdingbar eine rechtzeitig getroffene und ausreichend bemessene Ernährungsvorsorge und Vorratshaltung ist, die sich dabei immer wieder auf veränderte Rahmenbedingungen sowie neue Erfordernisse einzustellen hat. Die Ernährungsvorsorge ist zwar eine vorrangige Aufgabe des Staates und seiner Verwaltungen sowie der Verbände. Ihr darf und kann sich jedoch auch der einzelne Bürger nicht entziehen. Wie bei allen vergleichbaren Aufgaben öffentlicher Daseinsvorsorge bedarf es auch hier der gegenseitigen unterstützenden Mitwirkung.“

und Forsten erklärte Ministerialrat Solmecke, er sei in letzter Zeit häufiger gefragt worden, ob staatliche Vorsorgemaßnahmen denn überhaupt noch erforderlich seien: „Ich habe dann häufig mit der Gegenfrage geantwortet, ob wir denn davon ausgehen könnten, daß auf Dauer ein ausreichendes und ungestörtes Versorgungsniveau gewährleistet werden könne. Ich denke, niemand von uns kann ehrlichen Gewissens eine solche Zukunftsprognose stellen. Kein verantwortungsbewußter Politiker kann Krisensituationen und dadurch verursachten Mangel an Nahrungsmitteln ausschließen, auch wenn die – gerade auch für unser Land – so erfreulichen Veränderungen im Ost-West-Verhältnis Anlaß zu der Hoffnung geben, daß die Gegensätze endgültig überwunden werden können. Doch auch die Beendigung der konfrontativen Ost-West-Beziehung befreit Europa nicht von sicherheitspolitischen Risiken ...

Vom Überangebot zum Mangel

Das große Auditorium – neben Funktionären der Landwirtschaftsverbände erstaunlich viele jüngere Zuhörer – und das Engagement des Stuttgarter Ministeriums, das zudem mit einem großen Informationsstand zum Thema „Ernährungsvorsorge“ in der Stadthalle Freiburg vertreten war, beeindruckten viele Messebesucher und verleiteten dazu, spontan zuzuhören. Außerdem hatte das Landwirtschaftsministerium rund 400 Einladungen vor allem an Bürgermeister versandt, die auch in

Erhebliche Gefährdungen für unsere Bevölkerung können aber auch von zivilen Katastrophen ausgehen. Tschernobyl hat 1986 für alle sichtbar gemacht, daß besondere Gefährdungslagen, verursacht beispielsweise durch kerntechnische oder chemische Großanlagen, aber auch etwa durch Natur- und Umweltkatastrophen, nicht völlig auszuschließen sind. Insbesondere

Krisen nicht auszuschließen

Als Vertreter des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft

der Zustand verschiedener kern-technischer Anlagen in Mittel- und Osteuropa sorgt in letzter Zeit für negative Schlagzeilen in den Medien. Die Auswirkungen des Tschernobylunglücks waren schließlich auch Veranlassung für mein Ministerium, ein Ernährungsvorsorgegesetz zu entwickeln, das vom Deutschen Bundestag im letzten Jahr ohne Gegenstimmen verabschiedet wurde. Dieses Gesetz enthält – im Gegensatz zum Ernährungssicherstellungsgesetz, das ausschließlich im Spannungs- und Verteidigungsfall anwendbar ist – Regelungen zur Bewältigung von Versorgungskrisen in Friedenszeiten.

Vorsorgemaßnahmen unverzichtbar

Zusammengefaßt kann man feststellen, daß die unabdingbare Aufgabe des Staates weiterbesteht, im Rahmen der Daseinsvorsorge die notwendige Versorgung der Bevölkerung durch eine gleichmäßige und sozial gerechte Verteilung der vorhandenen Nahrungsmittel auch in Krisenzeiten zu gewährleisten. Daher ist es unverzichtbar, die hierfür erforderlichen Maßnahmen im angemessenen Umfang bereits heute zu treffen.

Wenn also Krisensituationen nicht ausgeschlossen werden können und aus dem Überfluß ein Mangel wird, sind staatliche Maßnahmen erforderlich. Der Markt, der sich nach anderen Zielen und Gesetzmäßigkeiten richtet, ist zur Bewältigung der entstehenden Krise nicht in der Lage. Auf allen Verwaltungsebenen sind daher Vorsorgemaßnahmen unerlässlich.

Grundlage für die staatliche Vorsorge sind legislative und materielle Vorbereitungsmaßnahmen. Auf das Ernährungssicherstellungsgesetz und das Ernährungsvorsorgegesetz und deren Anwendung habe ich bereits hingewiesen. Wir haben, auf das Ernährungssicherstellungsgesetz gestützt, einige Verordnungen erlassen, die zwei wesentliche Hauptaufgaben erfüllen:

1. die geordnete Verteilung ernährungs- und landwirtschaftlicher Erzeugnisse
2. Die Erfassung und Ablieferung landwirtschaftlicher Produkte.

Hinsichtlich der Organisation der Ernährungsverwaltung wird auf die bestehenden Verwaltungsstrukturen

zurückgegriffen und damit ganz bewußt auf die Einrichtung neuer Behörden verzichtet. Mit Einführung einer Lebensmittelbewirtschaftung werden also lediglich bei schon bestehenden Behörden neue Ämter hinzukommen. Dies sind insbesondere die bei den Landkreisen und kreisfreien Städten einzurichtenden Ernährungsämter, die als Dreh- und Angelpunkt staatlicher Maßnahmen für die Erfassung, Lenkung und Zuteilung bewirtschafteter Erzeugnisse zuständig sein werden.

Einsicht fehlt noch

Wir leben in einem föderativen System, und das ist gut so. Das bedeutet aber auch, daß der Bund, die Länder, die Kreise, die Gemeinden und die Gemeindeverbände ihre nach Recht und Gesetz zugewiesenen Aufgaben erfüllen müssen. Ganz allgemein, sicher nicht bezogen auf das Land Baden-Württemberg, muß festgestellt werden, daß gerade bei den unteren Verwaltungsbehörden, Gemeinden und Gemeindeverbänden diese Einsicht in die Notwendigkeit von zu treffenden Vorsorgemaßnahmen häufig fehlt.

Was die materiellen Vorsorgemaßnahmen angeht, so kommt der Vorratshaltung eine besondere Bedeutung zu, weil eine ausreichende Bevorratung einen bedeutsamen Beitrag zur Überwindung von Mangellagen leistet. Ausgangspunkt aller Planungen und Maßnahmen auf diesem Gebiet muß dabei die inländische Versorgungssituation sein. Über die gegenwärtige Marktsituation brauche ich ja hier unter Experten nicht viele Worte zu verlieren. Wir haben bei wichtigen Nahrungsmitteln erhebliche Überschüsse. In besonderem Maße gilt dies für die Bereiche Getreide, Rindfleisch und Butter. Abgesehen hiervon haben wir in nationaler Bevorratung Hülsenfrüchte, Reis und Kondensmilch. Das hört sich zweifellos sehr positiv an, aber wir alle haben ja in diesem Jahr miterlebt, wie schnell aus einem Überfluß an bestimmten Produkten ein Mangel werden kann. Der Golfkrieg hat uns diese Erkenntnis gebracht. In vielen Ländern Europas wurden Lebensmittel gehortet, so daß es bei einzelnen Produkten schon zu Verknappungen kam, so zum Beispiel in Südfrankreich, in Italien, in der Türkei, in Großbritannien usw. Auch in unserem Lande wurden

in einigen Regionen Hamsterkäufe festgestellt.

Vorsorge trotz Überschuß

Ich fasse zusammen: Auch nach den erfreulichen und dramatischen Veränderungen im Ost-West-Verhältnis sind angemessene Vorsorgemaßnahmen erforderlich, weil Krisenzeiten grundsätzlich nicht ausgeschlossen werden können. Dabei müssen sich Art und Umfang unserer Vorsorgemaßnahmen an den möglicherweise entstehenden Mangelsituationen ausrichten und nicht an unserer derzeitigen Überschußproduktion. Wir brauchen also Ernährungsvorsorge trotz landwirtschaftlicher Überschußproduktion und nicht – wie manche meinen – landwirtschaftliche Überschußproduktion für Zwecke der Ernährungsvorsorge...

Folgende Überlegungen müssen unser künftiges Handeln bestimmen:

1. Ernährungsvorsorge ist unabhängig von Überschüssen eine agrarpolitische Aufgabe, die nicht ignoriert werden kann und ihren eigenen politisch-psychologischen Wert hat. Kein verantwortungsbewußter Politiker wird es sich leisten können zu behaupten, die Sorge um eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung auch in Krisenzeiten kümmerne ihn nicht, das könne man den Landwirten und den Kräften des Marktes überlassen.
2. Eine funktionierende Ernährungsvorsorge bedarf der gemeinsamen Anstrengung aller Verantwortlichen in Bund, Ländern und Gemeinden, und zwar unter Beteiligung der Erzeuger und der Ernährungswirtschaft.
3. Zentrale Verwaltungsinstanz und damit Dreh- und Angelpunkt der wichtigsten Bewirtschaftungsmaßnahmen ist die Kreisebene. Das reibungslose Funktionieren der dort einzurichtenden Ernährungsämter ist eine wichtige Voraussetzung für die Sicherstellung der Ernährung. Daneben kommt natürlich den Gemeinden insbesondere bei der Veranlagung der landwirtschaftlichen Erzeuger eine wichtige Aufgabe zu.
4. Das bereits in Friedenszeiten ausgesuchte und einzuübende Personal, das die Tätigkeit dankenswerterweise teilweise neben der primären Friedensaufgabe

wahrnimmt, braucht die uneingeschränkte Unterstützung der politisch verantwortlichen Behördenleiter.

5. Durch Aufklärungsmaßnahmen muß die Bevölkerung verstärkt auf ihre Eigenverantwortung hingewiesen werden. Staatliche Maßnahmen und Bürgerverantwortung durch Selbsthilfe, wie zum Beispiel durch die private Lebensmittelbevorratung, müssen sich ergänzen. Auch insofern ist die Ausstellung hier beispielhaft und bisher leider einmalig im Bundesgebiet.“

„Ist etwas im Busch?“

Dr. Schill, Präsident des Landkreistages Baden-Württemberg, meinte einleitend in seinem Statement, wenn man solche Themen an den Bürger herantrage, müsse man auf die Frage gefaßt sein: „Ist etwas im Busch?“ Doch sei es erforderlich, sich mit der Vorsorge zu beschäftigen – auch wenn sie zur Zeit nicht aktuell sei. Der Landrat erinnerte auch daran, daß wir in der Bundesrepublik Deutschland zwar einen Selbstversorgungsgrad bei landwirtschaftlichen Produkten von rund 96 Prozent haben, zugleich jedoch die Anfälligkeit der Produktion und der Verteilung größer geworden ist.

Schließlich erschiene in Mitteleuropa ein Krieg gebannt – seit der Balkankrise könne man nur noch sagen: Der Frieden ist gesicherter. Der Referent ging weiter auf die Bedeutung der Landwirtschaft ein, indem er aufzeigte, daß rd. 15 Prozent der gesamten Wertschöpfung in Deutschland auf das Konto der Landwirte geht. Auch die Verwaltungen betrachten die Landwirtschaft mit der notwendigen Aufmerksamkeit. Dr. Schill erläuterte abschließend die Aufgaben der Kreise bei erforderlichen Bewirtschaftungsmaßnahmen durch die Errichtung von Ernährungsämtern.

Hamsterkäufe in Südbaden

Der Präsident des Badischen Landwirtschaftlichen Hauptverbandes, Ruf, bemängelte, daß alle negativ von den Überschüssen an landwirtschaftlichen Erzeugnissen redeten und daß man sich sehr stark mit „der technischen Seite der Abwicklung von Krisen beschäftigt“, aber: „Es müssen auch Nahrungsmittel da

sein, wenn verteilt werden muß.“ Ruf rechnete vor: In der EG gibt es zur Zeit rd. 800 000 Tonnen überschüssiges Rindfleisch – das sind gerade, umgerechnet auf die Bevölkerungszahl, zwei Kilogramm pro Einwohner. Ein weiteres sei die Tatsache, daß die Bundesrepublik 1990 wertmäßig mehr Agrargüter eingeführt als produziert hat. Der Landwirtschaftsfunktionär erinnerte schließlich daran, es habe während der Golf-Krise in ganz Südbaden kein Mehl mehr gegeben, weil durch Hamsterkäufe die Regale leergefegt waren.

Als besonderes Anliegen der Landwirtschaft erwähnte Ruf die Frage der „nachwachsenden Betriebsstoffe“, zum Beispiel Rapsöl, der man sich nunmehr endlich stellen sollte, um nicht zuletzt unabhängiger vom Mineralöl zu werden. Auch müsse man sich fragen, ob es sinnvoll ist, nur größere, spezialisierte landwirtschaftliche Einheiten zu haben, während kleinere Betriebe gerade in Krisenzeiten Vorteile brächten.

Mit einem Appell an den Bürger, an die private Vorratshaltung zu denken – die leider meist nur ein „müdes Lächeln“ hervorrufe – schloß Ruf.

Den Krisenanfang überstehen

Der Vertreter des Regierungspräsidiums Freiburg, Ltd. Landwirtschaftsdirektor Schömig, erklärte, daß die Verwaltungen für Krisen zwar planen könnten, es sei zunächst jedoch erforderlich, den Anfang einer Krise zu überstehen – durch staatliche und private Vorratshaltung. Im Bereich des RP Freiburg, in dem rd. zwei Millionen Bürger leben, betrage der Selbstversorgungsgrad nur 60 bis 65 Prozent, man sei also abhängig vom übergeordneten Versorgungsausgleich.

Die organisatorischen und personellen Vorbereitungen zur Sicherung der Ernährung hätten durch den systematischen Aufbau der Ernährungsämter einen guten Stand erreicht. Für die private Bevorratung gab der Repräsentant des Regierungspräsidiums noch den Hinweis, daß der Bürger besonders preisgünstige Einkaufsmöglichkeiten nutzen kann.

Mehr Aufklärung

In der abschließenden Fragerunde kamen aus dem großen Zuhörerkreis

dann vor allem praktische Probleme der heutigen Agrarpolitik, Stichworte waren: EG, Flächenstilllegung, Milchquoten, Nachwuchssorgen. Aber auch Fragen zum eigentlichen Thema wurden gestellt. So erklärte eine Hausfrau, die zufällig auf die Podiumsdiskussion gestoßen war, sie sei heftig erschrocken, weil sie völlig neue Probleme gehört habe. Wie wolle man denn nun die Öffentlichkeit künftig über die Bevorratung unterrichten, lautete ihre Frage an den Staatssekretär des Landwirtschaftsministeriums Baden-Württemberg. Reddemann setzte sich generell für mehr Aufklärung durch die Landesregierung ein, wies jedoch auf den Verdrängungseffekt beim Bürger und auf die vorhandenen Defizite hin. Er sehe die Werbung für die private Vorratshaltung als eine ständige Aufgabe an.

Ministerialrat Solmecke aus Bonn erläuterte auf entsprechende Fragen, daß die EG nicht zuständig sei für die Ernährungssicherstellung, es gebe bei Krisen lediglich eine Konsultationspflicht. Er persönlich meinte, nationale Vorräte seien besser als EG-Lager. Andererseits lasse die EG im Prinzip ausreichend Spielraum für eine adäquate Vorsorge. Der Vertreter des Bonner Ministeriums räumte auch ein, daß allein die neun Millionen Tonnen Getreidevorräte in Deutschland „hohe Summen für Ankauf und Lagerung“ bedingen. Ergänzend teilte Solmecke mit, rund 45 Prozent der Bevölkerung kennt die Aktion zur privaten Vorratshaltung, für die die Bundesregierung jährlich 500 000,- DM aufwendet.

Keine Zukunft ohne Landwirtschaft

Zum Abschluß der Veranstaltung in Freiburg erklärte Staatssekretär Reddemann, notwendig sei eine Umorientierung der EG-Agrarpolitik, von der Subventionierung müsse man zum Marktgleichgewicht kommen. Es sei falsch, Nahrungsmittel künstlich zu verbilligen, weil das dafür eingesetzte Geld nicht beim Erzeuger ankomme. Deshalb müßten für die Landwirtschaft einkommenswirksame Maßnahmen vorgesehen werden, womit honoriert werde, was die Landwirtschaft für die Erhaltung der Kultur-, Natur- und Erholungslandschaft tue. Denn: Ohne Landwirtschaft habe niemand eine Zukunft. – uwe –

Warnung und Information der Bürger bei Gefahren

Vereinbarung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern mit Hörfunk und Fernsehen

Das „Allgemeine Ministerialblatt“ der Bayerischen Staatsregierung teilte kürzlich mit, daß zwischen dem Bayerischen Staatsministerium des Innern und den ARD-Rundfunkanstalten, dem Zweiten Deutschen Fernsehen und den in Bayern sendenden privaten Rundfunkanbietern eine Vereinbarung über die Durchsage von Warnungen und Hinweisen bei Gefahren

In der Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern vom 19. April 1991 „Durchsagen über den Rundfunk (Hörfunk und Fernsehen) bei Katastrophen, ähnlichen allgemeinen Gefahren und bei Sirenenfehlauslösungen“ heißt es:

Katastrophen, sonstige Schadensereignisse unterhalb der Katastrophenschwelle und großräumige Gefährdungslagen

Warnungen und Hinweise durch den Hörfunk und das Fernsehen sind zu veranlassen, wenn es die Lage dringend erfordert. Sie können sich allgemein an die Bevölkerung richten; mit ihnen kann aber auch die Alarmierung von Einsatzkräften unterstützt werden. Zu Durchsageersuchen sind die Katastrophenschutz- und die Sicherheitsbehörden sowie in erster Linie die Polizeiführungsdienststellen (Polizeipräsidien und -direktionen) berechtigt.

Regierungen und Kreisverwaltungsbehörden richten Durchsageersuchen ausschließlich an die für das Schadensgebiet zuständige Einsatzzentrale der Polizei. Kreisangehörige Gemeinden und Verwal-

für die Bevölkerung getroffen wurde. Hintergrund ist die Möglichkeit einer schnellen überörtlichen Warnung und Information der Bevölkerung bei Katastrophen, sonstigen Schadensereignissen unterhalb der Katastrophenschwelle und großräumigen Gefährdungslagen sowie bei Sirenenfehlauslösungen. Als Gründe für derartige Durchsagen im Hör-

tungsgemeinschaften haben den Dienstweg über das zuständige Landratsamt einzuhalten, es sei denn, es besteht Gefahr im Verzug,

funk oder der Einblendung von entsprechenden Untertiteln im Fernsehen werden beispielsweise Hochwasser und Eisgang, Unwetter, Lawinengefahr, Gefahren durch erhöhte Luftverschmutzung (Smog-Gefahr/Auslösung und Aufhebung von Smog-Alarm) oder Waldbrandgefahr angeführt.

und eine kurzfristige Verbindung zum Landratsamt ist nicht möglich. In diesem Fall ist das Durchsageersuchen direkt an die zuständige Ein-



Schnelle überörtliche Warnung und Information der Bevölkerung bei Gefahren ist der Hintergrund der Vereinbarungen von Durchsagen zwischen dem Freistaat Bayern und verschiedenen Rundfunksendern.

satzzentrale der Polizei zu richten. Im übrigen entscheidet das Landratsamt über die Weiterleitung des Durchsageersuchens. Die Staatsministerien des Innern und für Landesentwicklung und Umweltfragen richten Durchsageersuchen an die Verkehrsmeldestelle im Polizeipräsidium Oberbayern.

Die Einsatzzentralen der Polizei beziehungsweise die Verkehrsmeldestelle geben Durchsageersuchen über das DISPOL-Netz unmittelbar weiter an

– die an den Verkehrswarndienst angeschlossenen Rundfunksender, – das Lagezentrum Polizei beim Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen, soweit es sich um eine „Amtliche Gefahrendurchsage“ handelt und die Einblendung von Untertitelungen in den Fernsehprogrammen in Frage kommt. Dieses gibt das Durchsageersuchen weiter an die Rundfunkanstalt, die das ARD-Nachtprogramm sendet – diese veranlaßt auch die Einblendung von Untertitelungen in den Fernsehprogrammen der ARD – und fordert schriftlich beim Zweiten Deutschen Fernsehen die Einblendung von Untertitelungen in dessen Fernsehprogramm an.

Darüber hinaus informieren die Einsatzzentralen der Polizei beziehungsweise die Verkehrsmeldestelle unverzüglich das Lagezentrum im Staatsministerium des Innern über alle Durchsageersuchen.

Sollen Durchsagen von privaten Rundfunkanbietern gesendet werden, die nicht dem Verkehrswarndienst angeschlossen sind – und deshalb über das DISPOL-Netz nicht erreicht werden können – ist dies unmittelbar zwischen der Katastrophenschutzbehörde und dem Rundfunkanbieter zu vereinbaren. Kreisangehörige Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften haben den Dienstweg über das zuständige Landratsamt einzuhalten, es sei denn, es besteht Gefahr im Verzug, und eine kurzfristige Verbindung zum Landratsamt ist nicht möglich. In diesem Fall ist das Durchsageersuchen direkt an den jeweiligen privaten Rundfunkanbieter zu richten. Im übrigen entscheidet das Landratsamt über die Weiterleitung des Durchsageersuchens.

Die Kreisverwaltungsbehörden haben die Erreichbarkeit der in ihrem Bereich hierfür in Frage kommenden privaten Rundfunksender abzuklären und das Verfahren für Durchsagen zu klären. Das Durchsageersuchen

erfolgt schriftlich, möglichst mittels Telefax. Dabei ist zu unterscheiden zwischen:

- „Amtlichen Gefahrendurchsagen“ (wörtliche Meldung) und
- „Gefahrenmittlungen“.

„Amtliche Gefahrendurchsagen“

Eine „Amtliche Gefahrendurchsage“ kommt nur dann in Betracht, wenn eine wörtliche Mitteilung der zuständigen Behörde erforderlich ist, um die Bevölkerung zu warnen oder sie zu einem bestimmten Verhalten aufzufordern oder wenn Anordnungen bekanntzugeben sind, bei denen es auf den Wortlaut der Mitteilung entscheidend ankommt. Durchsageersuchen von 0.00 Uhr bis 6.00 Uhr sind grundsätzlich als „Amtliche Gefahrendurchsage“ zu formulieren.

Die Durchsagen werden wörtlich und – im Rahmen der Sendezeiten der einzelnen Rundfunkanstalten/-anbieter – zu der von der ersuchenden Stelle angegebenen Zeit gesendet beziehungsweise wiederholt und mit Zusatzkennung für Autofahrer versehen. Für Inhalt und Wortlaut der Durchsagen ist die ersuchende Stelle verantwortlich. Die „Amtlichen Gefahrendurchsagen“ sind kurz und gestrafft abzufassen.

Die ARD-Rundfunkanstalten und das Zweite Deutsche Fernsehen veranlassen aufgrund des Ersuchens um eine „Amtliche Gefahrendurchsage“, daß in den Fernsehprogrammen Untertitelungen eingeblendet werden, die auf die Durchsagen im Hörfunk hinweisen und zum Einschalten des Radiogerätes auffordern. Die privaten Rundfunkanbieter verfahren im Rahmen ihrer Möglichkeiten entsprechend. Die Rundfunkanstalten/-anbieter führen über die gesendeten Durchsagen einen Nachweis.

„Gefahrenmitteilung“

Sie kommt in Betracht, wenn die Bevölkerung über zu erwartende Gefahren, über Schadenslagen und gegebenenfalls zu erwartende Auswirkungen informiert werden soll und eine „Amtliche Gefahrendurchsage“ nicht erforderlich ist. Eine „Gefahrenmitteilung“ ist von 0.00 bis 6.00 Uhr grundsätzlich nicht möglich.

Soweit für die Mitteilungen keine festen Sendezeiten vereinbart werden, werden sie zum nächstmöglichen Zeitpunkt gesendet. Die Art der Wiedergabe steht im Ermessen und in der Verantwortung der Rundfunk-

sender. In der Durchsage wird gegebenenfalls darauf hingewiesen, daß ab sofort über neue Erkenntnisse berichtet und erforderlichenfalls zu weiteren Maßnahmen rechtzeitig aufgefordert wird und deshalb die Rundfunkgeräte auf Empfang bleiben sollen.

Um Mißbräuche zu vermeiden, sind die Einsatzzentralen der Polizei und die Verkehrsmeldestelle im Polizeipräsidium Oberbayern gehalten, sich durch Rückrufe bei der ersuchenden Stelle der Ernsthaftigkeit des Durchsageersuchens zu vergewissern.

Bevor die durch § 3 der Verordnung über öffentliche Schallzeichen ermächtigten Stellen das Schallzeichen „Rundfunkgeräte einschalten und auf Durchsagen achten“ (Heulton von einer Minute Dauer) abgeben, stellen sie sicher, daß die vorgesehene „Amtliche Gefahrendurchsage“ den Rundfunksendern rechtzeitig vor Auslösen des Sirensignals vorliegt. Damit soll erreicht werden, daß die Durchsage möglichst bald nach dem Sirensignal gesendet wird.

Hochwasser- und Eisnachrichten

Das Bayerische Landesamt für Wasserwirtschaft erstellt Hochwasser- und Eisnachrichten bei Bedarf täglich (auch an Samstagen, Sonn- und Feiertagen) und übermittelt sie dem Bayerischen Rundfunk und Antenne Bayern. Der Bayerische Rundfunk und Antenne Bayern senden die o. g. Berichte und Nachrichten mit Quellenangabe und unter deutlicher Abgrenzung von redaktionellen Beiträgen über Hochwasser regelmäßig in ihren aktuellen Programmen. Änderungen des Wortlauts sind nur zulässig, wenn dadurch die Bekanntgabe nicht verzögert wird und die abfassende Dienststelle zustimmt.

Sind – neben Antenne Bayern – weitere private Rundfunkanbieter bereit, die o. g. Hochwasser- und Eisnachrichten zu senden, treffen sie entsprechende Vereinbarungen unmittelbar mit dem Bayerischen Landesamt für Wasserwirtschaft. Bei Hochwasserlagen, die eine akute Gefahrensituation erwarten lassen, erstellen die im Hochwassernachrichtendienst mitwirkenden Dienststellen bei Bedarf Sofortnachrichten.

Die Wasserwirtschaftsämter, das Straßen- und Wasserbauamt Pfarrkirchen und – soweit ihnen Aufgaben einer Hauptmeldestelle übertragen



Ofť sind vom Hochwasser weite Landstriche betroffen. Eine frühzeitige Warnung hilft der Bevölkerung, Vorkehrungen zu treffen. (Foto: Claes)

wurden – die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Süd und die Wasser- und Schifffahrtsämter übermitteln die von ihnen erstellten Sofortnachrichten dem Bayer. Landesamt für Wasserwirtschaft. Ist dieses nicht erreichbar oder nicht besetzt, übermitteln die o. g. Dienststellen die von ihnen erstellten Sofortnachrichten als Ersuchen um eine „Amtliche Gefahrendurchsage“ der für den jeweiligen Bereich zuständigen Einsatzzentrale der Polizei (Polizeidirektion).

Das Bayer. Landesamt für Wasserwirtschaft übermitteln Sofortnachrichten als Ersuchen um eine „Amtliche Gefahrendurchsage“ der Verkehrsmeldestelle im Polizeipräsidium Oberbayern. Erstellt das Staatsministerium des Innern Sofortnachrichten bei Hochwasserlagen, verfährt es entsprechend.

Die Einsatzzentralen der Polizei beziehungsweise die Verkehrsmeldestelle geben die Durchsageersuchen in der vorgesehenen Form weiter.

Unwetterwarnung

Wenn drohende Unwetter Gefahren für die Bevölkerung oder erhebliche Sachwerte erwarten lassen, übermitteln der Deutsche Wetterdienst (Wetteramt München oder Nürnberg) der Verkehrsmeldestelle im Polizeipräsidium Oberbayern ein entsprechendes Durchsageersuchen. Die Verkehrsmeldestelle gibt das Durchsageersuchen entsprechend weiter.

Lawinenlagebericht

Das Bayer. Landesamt für Wasserwirtschaft – Lawinenwarnzentrale – übermitteln bei entsprechender Schneelage täglich Lawinenlageberichte dem Bayerischen Rundfunk und Antenne Bayern. Bei anhaltend geringer Lawinengefahr können einzelne Lawinenlageberichte entfallen. Der Inhalt des zuletzt ausgegebenen Lageberichts behält dann bis zur Ausgabe des nächsten Berichts seine Gültigkeit. Der Bayerische Rundfunk und Antenne Bayern sen-

den Lawinenlageberichte regelmäßig in ihren aktuellen Programmen; in besonders wichtigen Fällen auch unter Unterbrechung des Programms.

Sind – neben Antenne Bayern – weitere private Rundfunkanbieter bereit, die o. g. Lawinenlageberichte zu senden, treffen sie entsprechende Vereinbarungen unmittelbar mit dem Bayer. Landesamt für Wasserwirtschaft.

Waldbrandwarnung

Bei akuter Waldbrandgefahr übermittelt der Deutsche Wetterdienst – Wetteramt München – der Verkehrsmeldestelle im Polizeipräsidium Oberbayern ein entsprechendes Durchsageersuchen, das durch die Verkehrsmeldestelle entsprechend weitergegeben wird.

Gefahren durch erhöhte Luftverschmutzung; Smog-Gefahr/Auslösung und Aufhebung von Smog-Alarm

Das Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen gibt Ersuchen für Durchsagen über eine stark erhöhte Luftverschmutzung nach den Kriterien der Verordnung zur Verhinderung schädlicher Umwelteinwirkungen in austauscharmen Wetterlagen (Smog-Verordnung), insbesondere über austauscharme Wetterlagen in Verbindung mit der jeweiligen Vorwarnstufe/Alarmstufe und den damit in Kraft tretenden Verboten und Beschränkungen, schriftlich an die Verkehrsmeldestelle im Polizeipräsidium Oberbayern. Entsprechendes gilt bei Aufhebung von Smogwarn- oder Alarmstufen. Die Verkehrsmeldestelle im Polizeipräsidium Oberbayern gibt die Ersuchen formgemäß weiter.

Rundfunkdurchsagen nach Sirenenfehlauslösungen

Macht eine Sirenenfehlauslösung die Unterrichtung der Bevölkerung über den Rundfunk notwendig, richtet sich das Verfahren zur Übermittlung des Durchsageersuchens nach den genannten Richtlinien für Durchsagen bei Katastrophen, sonstigen Schadensereignissen unterhalb der Katastrophenschwelle und großräumigen Gefährdungslagen.

Blickpunkt Nord- rhein-Westfalen

Bonn

Fritz Pichin, langjähriger Leiter des Organisationsreferates beim Bundesverband für den Selbstschutz, wurde jüngst in einer Feierstunde bei der Bundeshauptstelle in Bonn in den Ruhestand verabschiedet.

Pichin, der schon 1984 sein 25jähriges Dienstjubiläum feiern konnte, durchlief im Laufe seiner Dienstzeit beim BVS vielfältige Stationen. Im Jahre 1959 trat er als hauptamtlicher Mitarbeiter seinen Dienst bei der damaligen Bundeshauptstelle in Köln an. Dort wurde Pichin zunächst als Sachbearbeiter für den Bereich „Erweiterter Selbstschutz“ eingesetzt.

Fünf Jahre später, 1964, übernahm er die höherwertige Vertretungstätigkeit des Hauptsachgebietsleiters sowie die Vertretung des Referenten im Referat „Aufklärung und Werbung“. Im Jahre 1967 wurden ihm die Aufgaben des Hauptsachgebietsleiters dann offiziell übertragen.

Mit der Wahrung der Ge-

schäfte eines Hilfsreferenten im Ausbildungswesen wurde Pichin 1970 betraut, um im Januar 1971 zum Hilfsreferenten im Ausbildungsreferat berufen zu werden. Nur neun Monate später, im Oktober 1971, erfolgte seine zunächst vorübergehende Umsetzung in das Organisationsreferat, wo er als Vertreter des Organisationsreferenten fungierte. Im Jahre 1976 wurde ihm die Leitung dieses Referates ebenfalls zunächst vorübergehend übertragen, die er dann offiziell 1978 übernahm. Seit dieser Zeit setzte sich der gebürtige Berliner für den reibungslosen organisatorischen Ablauf sowohl in der Bundeshauptstelle als auch in den BVS-Landesstellen sowie Dienststellen ein.

Mit Worten des Dankes für eine ausgesprochen konstruktive und kooperative Zusammenarbeit überreichte BVS-Direktor Helmut Schuch die Entlassungsurkunde. Nach dem offiziellen Festakt nahmen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Gelegenheit wahr, sich von Fritz Pichin zu verabschieden. Auch eine Reihe ehemaliger Kolleginnen und Kollegen waren eigens gekommen, um sich den guten Wünschen für die Zukunft anzuschließen.



Direktor Helmut Schuch (rechts) dankte Fritz Pichin (links) für sein engagiertes Wirken im BVS. (Foto: Sers)



Landesstellenleiter Peter Eykmann (links) überreicht Albert Wohlidka die Ehrenurkunde für 25 Jahre engagiertes Wirken im BVS.

Wesel

Auf eine im wahrsten Sinne des Wortes bewegte 25jährige Tätigkeit im öffentlichen Dienst kann der Leiter der BVS-Dienststelle Wesel, Albert Wohlidka, zurückblicken. In einer Feierstunde würdigte NRW-Landesstellenleiter Peter Eykmann den Jubilar und überreichte die Ehrenurkunde.

Wohlidka, schon 1963 ehrenamtlich bei der damaligen Kreisstelle Dinslaken tätig, begann hauptamtlich 1966 bei der Bundeshauptstelle Köln, die eine neue Fahrbare Informations- und Beratungsstelle (FIBS) aufgestellt hatte. Zwei Jahre bereiste Wohlidka alle Bundesländer. 1988 wechselte er zur Landesstelle Nordrhein-Westfalen und war von hier aus mehrere Jahre mit der FIBS in der nördlichen Hälfte der Bundesrepublik unterwegs.

Von 1973 bis 1990 leitete er die Fahrbare Zivilschutzausstellung und die Projektgruppe „Überregionaler Leistungsausgleich NW“. Das bewegte Leben auf der Achse und aus dem Koffer gehört nun der Vergangenheit an. Seit Januar 1991 ist Albert Wohlidka Dienststellenleiter in Wesel.

Den Glückwünschen zahlreicher Kollegen, Gästen aus

Rat und Verwaltung, Vereinen und Verbänden schlossen sich auch die Bundes- und Landtagsabgeordneten Ilse Falk, Dr. Uwe Jens, Heinrich Meyers und Ludger Hovest an.

Recklinghausen

Nachruf

Die Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Recklinghausen trauern um ihren ehrenamtlichen Kollegen

Leo Giese,

der für alle plötzlich und unerwartet im Alter von 62 Jahren verstarb.

Leo Giese war als engagierter ehrenamtlicher Helfer bei allen Mitarbeitern der Dienststelle beliebt. Er war jederzeit bereit, für die Belange des Selbstschutzes einzutreten.

Leo Giese wird den Mitarbeitern der Dienststelle fehlen.

*

Die wichtige Aufgabe des Bundesverbandes für den Selbstschutz betonte der Bürgermeister von Recklinghausen und Bundestagsabgeordnete Jochen Welt anlässlich eines Besuchs bei der BVS-Dienststelle Recklinghausen. Zuvor hatten BVS-Landesstellenleiter Peter Eykmann und Dienststellenleiter Franz Bienbeck Aufgaben und Ziele der Organisation erläutert, wobei sie auf die Überlegungen über eine Neukonzeption des BVS hinwiesen.

Glasnost und Perestroika, die veränderten politischen Bedingungen in Osteuropa und die Wiedervereinigung haben nach den Worten von Eykmann und Bienbeck Überlegungen in Gang gesetzt, den Zivilschutz in Deutschland neu zu konzipieren. Dies könne auch unmittelbare Auswirkungen auf die in Reckling-

hausen ansässige BVS-Landesstelle und die für die Städte des Kreises Recklinghausen zuständige Dienststelle haben.

Die augenblickliche Situation des BVS sei von Ungeißtheit über die Zukunft der Organisation und deren Mitarbeiter geprägt, betonte Eykmann. Und Bienbeck verwies in seinen Ausführungen auf die große Akzeptanz des BVS im Kreis Recklinghausen, deren Städte sich ausnahmslos für den Fortbestand des BVS ausgesprochen hätten. Nach Angaben des Dienststellenleiters sind in den vergangenen vier Jahren insgesamt beinahe 2000 Informations- und Ausbildungsveranstaltungen mit mehr als 18 000 Teilnehmern im Kreisgebiet Recklinghausen angeboten worden.

Bürgermeister Welt, der dem Innenausschuß des Bundestages angehört, konnte sich bei seinem Besuch auch über die praktischen Aufgaben des

BVS ein Bild machen. Eine eigens dargebotene Aktionsbühne machte nachhaltigen Eindruck auf den Politiker.

Olpe

Gemeinsam mit dem Deutschen Roten Kreuz, der Feuerwehr und dem Technischen Hilfswerk beteiligte sich der Bundesverband für den Selbstschutz an der „Südwestfalenschau“ im sauerländischen Olpe. Ständig wechselnde Vorführungen und Demonstrationen, insbesondere aber Sicherheitswettbewerbe übten auf die Bevölkerung große Anziehungskraft aus.

Allein rund 200 Bürger entschlossen sich zum aktiven Mitmachen an den vier Sicherheitswettbewerben; 161 Teilnehmer absolvierten sämtliche acht Stationen. Auf großes Interesse stieß auch das Angebot des BVS im Ausstellungszelt unter dem Motto „Mit dem Bürger – für den Bürger“. Hier galt es, Fragen auf dem Gebiet der Notfallvorsorge zu beantworten, einer Aufgabe, der erfreulich viele Teilnehmer gewachsen waren.

So waren denn auch die BVS-Dienststelle und der Schirmherr, Olpes Stadtdirektor Karl-Josef Leyendecker, gleichermaßen zufrieden. Dieser äußerte die Überzeugung, daß durch die Präsentation der Olper Hilfsorganisationen deutlich geworden sei, wie wichtig die größtenteils ehrenamtliche Arbeit der vielen Helferinnen und Helfer für die Bevölkerung sei.

Bielefeld

Die BVS-Dienststelle Herford verfügt in Bielefeld wieder über einen Unterrichtsraum, und zwar an der Werner-Bock-Straße 22. Nach monatelangen Bauarbeiten konnte die von der Stadt Bielefeld zur Verfügung gestellte Einrichtung vom BVS übernommen werden, nachdem die früher genutzte Ausbil-

dingsstätte nicht mehr zur Verfügung stand.

Neben dem besonders für Selbstschutz-Lehrgänge geeigneten Unterrichtsraum stehen dem BVS an der Werner-Bock-Straße weitere Räume zur Verfügung. Jetzt können gleichzeitig bis zu 15 Kurs Teilnehmer geschult werden.

Die Stadt Bielefeld ist im Bereich der Dienststelle Herford die dritte Gemeinde, die Ausbildungsräume ausschließlich für die Selbstschutz-Ausbildung kostenlos zur Verfügung stellt.

Bochum

Eine „Bürgerwoche“ im Bochumer Stadtteil Wattenscheid nahm der BVS zum Anlaß, den Besuchern einen Sicherheitswettbewerb anzubieten. Mit großem Erfolg, wie sich zeigte.

Die Veranstaltung, die auch von anderen Organisationen wie THW, DRK, MHD, JUH und Polizei unterstützt wurde, erforderte von den Interessenten vor allem Kenntnisse und Fähigkeiten in lebensrettenden Sofortmaßnahmen und im Selbstschutz.

Für die besten Teilnehmer gab es attraktive Preise, gestiftet von der Bezirksverwaltungsstelle sowie vom BVS. Die Gratulation nahm Bezirksvorsteherin Helene Lückenbach vor.

Jülich

Auf der überregionalen Verbrauchermesse „Rheinlandschau“ in Jülich hat der Bundesverband für den Selbstschutz zwei Persönlichkeiten dieser Veranstaltung, Konrad Ruchlinski und Günter Petersen, mit Urkunde und Erinnerungsmedaille des BVS ausgezeichnet.

BVS-Dienststellenleiter Edgar E. Jansen würdigte bei dieser Gelegenheit die traditionelle gute Zusammenarbeit zwischen Messe und BVS, der seit nunmehr 24 Jahren auf dieser Großveranstaltung im



Bürgermeister Jochen Welt (MdB), Landesstellenleiter Peter Eykmann und Dienststellenleiter Franz Bienbeck mit einer Radioreporterin (von links nach rechts).

Rheinland präsent ist. Ruchlinski und Petersen versicherten gegenüber dem BVS-Dienststellenleiter, sich auch künftig für ein gutes Miteinander einzusetzen.

Aktuelles aus Rheinland-Pfalz

Mainz

„Eine gelungene Veranstaltung!“ Das war die einheitliche Meinung aller Teilnehmer der ersten gemeinsamen Regionaltagung der Helfervertreter von Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland in Mainz. Die Initiatorin der Zusammenkunft, Landes-Helfervertreterin von Rheinland-Pfalz, Else Grosch, konnte als Gäste den Bundeshelfervertreter Jürgen Grabke, als Vertreter der Bundeshauptstelle den Leiter des Referats „Information und Aufklärung“, Ulrich Weidner, sowie den Landesstellenleiter von Rheinland-Pfalz, Hans-D. Awiszus, begrüßen.

Im Mittelpunkt der Tagung standen die existenziellen Probleme des BVS. In seinem Referat gab Referatsleiter Weidner eine ungeschminkte Darstellung des aktuellen Sachstandes. Danach werde der BVS nach den Planungen des BMI zwar nicht aufgelöst, jedoch solle die Aufgabenstellung auf planerische Maßnah-

men zurückgeführt werden. Eine endgültige Entscheidung falle nach einer vorausgehenden Anhörung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages voraussichtlich erst im Herbst.

Landesstellenleiter Awiszus erläuterte mögliche Perspektiven der zukünftigen BVS-Arbeit, insbesondere hinsichtlich der Zusammenarbeit mit den Landesregierungen. Bundeshelfervertreter Grabke berichtete von den zahlreichen Bemühungen der Helfervertretung bei den politischen Entscheidungsträgern, um den Fortbestand des Verbandes zu sichern.

Mit einem eindringlichen Appell an die Bundeshauptstelle, bei dem anstehenden Entwurf des Neukonzepts des BVS auch die Basis miteinzubeziehen und dabei die Interessen der ehrenamtlichen Helferschaft zu berücksichtigen, schloß Else Grosch die informative und interessante Tagung.

Ludwigshafen

Der BVS, Dienststelle Ludwigshafen, veranstaltete unter dem Motto „Damit Hilfe kein Zufall bleibt“ eine Aktionswoche mit zwei Sicherheitswettbewerben in einem ortsansässigen Kaufhaus. An vier Ständen in drei Etagen konnten sich die Kunden über Themen wie Lebensmittelbevorratung, aber auch über vorbeugenden Brandschutz und

Sofortmaßnahmen am Unfallort umfassend informieren.

Besonderen Anklang fanden bei der Ludwigshafener Bevölkerung die Sicherheitswettbewerbe, die mit attraktiven Preisen lockten und den Höhepunkt der Aktionswoche bildeten. Mehr als 300 Passanten versuchten in der Fußgängerzone vor dem Kaufhaus, im Rahmen der Aktionswoche in Preisrätseln ihr Wissen unter Beweis zu stellen.

Den Kaufhaus-Geschäftsführer Helmut Sage zeichnete der BVS mit einer Ehrenmedaille für die gute Zusammenarbeit aus. Sager hatte nämlich in der Aktionswoche nahezu seinem gesamten Personal ermöglicht, sich vom BVS im vorbeugenden Brandschutz sowie in den lebensrettenden Sofortmaßnahmen ausbilden zu lassen.

Neuwied

Unter dem Slogan „Was tun im Notfall“ stand der BVS mit einer einwöchigen Ausstellung der Berufsschule Neuwied zu Maßnahmen der Hilfeleistung Rede und Antwort. Die Dienststelle Koblenz verstand es, mit stattlichen 21 Informationsveranstaltungen, Vorträgen sowie der praktischen Übung an Notrufsäulen bei Lehrern und Schülern für den Selbstschutz reges Interesse zu wecken.

Viele Fragen beantworteten die BVS-Mitarbeiter den Ausstellungsbesuchern nach Abschluß der Vorträge. Vor allem die Lehrer interessierten sich für die Fragestellung: „Wie helfe ich richtig?“ Oberstudiendirektor Jammers bat den BVS aufgrund der großen Beteiligung seines Kollegiums mit Nachdruck um weitere Informationsveranstaltungen, Vorträge und Ausstellungen.

Eine gelungene Aktionswoche, die insbesondere junge Menschen zum Nachdenken über Hilfemaßnahmen anspornte. Schüler und Lehrer waren sich einig: Nur wer helfen lernt, kann sich auch in Notfällen richtig verhalten.

Koblenz

„Notrufsäulen zweckentfremdet“ so lautete der Presseartikel über die Ausstellung in der Kreisverwaltung in Ahrweiler. Der Dienststelle Koblenz wurden für die BVS-Ausstellung die in der Bundesrepublik vorhandenen Notrufsysteme zur Verfügung gestellt. So konnten sich die Besucher der Ausstellung ohne Bedenken die Bedienung und Handhabung der Notrufsysteme ansehen und ausprobieren.

Immer wieder äußerten die Besucher ihre positive Meinung zur Ausstellung. Gerade durch Bilder, Texte und Geräte wird der Doppelnutzen des Selbstschutzes in verständlicher Form dargestellt. Zum ersten Mal setzte die Dienststelle in der Ausstellung das Videogerät ein. Dabei stellte sich deutlich heraus, daß der Einsatz der Videoanlage von den Besuchern positiv angenommen wird. Bei der Führung durch die Ausstellung betonte Landrat Joachim Weiler die wichtige Öffentlichkeitsarbeit des BVS.

Quer durch Niedersachsen

Lüneburg

Den 25. Jahrestag des Beginns seiner Tätigkeit als Leiter der BVS-Dienststelle Lüneburg nahm Wilhelm Schaper zum Anlaß, all denen Dank zu sagen, die ihn durch diese lange Zeit seit Oktober 1966 begleitet haben. Viele Persönlichkeiten aus Stadt und Landkreis sowie den benachbarten Kreisen waren dabei, so auch Lüneburgs Bürgermeister Wolfgang Hartwig und Oberstadtdirektor Rainer Faulhaber.

In seinem Grußwort erinnerte Schaper daran, daß er, als er 1966 in Lüneburg begann, in dem damaligen Oberstadtdirektor Hans-Heinrich Stelljes einen dem Selbstschutz der Bevölkerung auf-



Referatsleiter Ulrich Weidner (rechts) legt den Helfervertretern den aktuellen Sachstand über die geplante Zukunft des BVS dar.

geschlossenen und daher seine Sache stets fördern den Hauptverwaltungsbeamten fand, und daß die damals begründete Zusammenarbeit zwischen Stadt und BVS bis heute konstruktiv weitergeführt wird.

Herzlich dankte er seinen Mitarbeitern, die, zumeist ehrenamtlich, sich der gemeinsamen Aufgabe nach wie vor verbunden fühlen und so dazu beitragen, daß der BVS seine Aufgabe erfüllen kann. Mit der Ehrenmedaille des Verbandes zeichnete Wilhelm Schaper den Stadtdirektor a. D. Walter Neumann, Bleckede, und den Leiter der Standortverwaltung Lüneburg, Hans-Joachim Just, für die Förderung der Zusammenarbeit aus.

Der Hanstedter Samtgemeindedirektor Dieter Albers überbrachte die Glückwünsche der Gemeinden. Er betonte, daß es Wilhelm Schaper gelungen sei, durch Engagement und Glaubwürdigkeit in der Argumentation, von der Richtigkeit und Notwendigkeit des Selbstschutzgedankens zu überzeugen. Ein Präsent und gute Zukunftswünsche gab es natürlich auch von den neun BVS-Dienststellenleitern aus dem Bereich der BVS-Landesstelle Niedersachsen.

Grüße der ehrenamtlichen Helferschaft überbrachte Landeshelfervertreter Wolfgang-Peter Paul und der örtliche Helfervertreter Horst Blödtner, beide Lüneburg. Sie waren sich einig, daß das gute Miteinander von Helfern und hauptamtlichen Bediensteten eine wichtige Voraussetzung für die Erfüllung der BVS-Aufgaben ist.

BVS-Landesstellenleiter Edgar Sohl betonte in seiner Laudatio, daß die Dienststelle Lüneburg durch die nunmehr 25 Jahre währende Tätigkeit ihres Leiters eine stetige Fortentwicklung erfahren hat, was beispielhaft ist. Er zeichnete den Jubilar mit der Ehrennadel des Bundesverbandes aus, eine selten vergebene Anerkennung der Bundeshauptstelle.

Hildesheim

Anläßlich einer Dienstbesprechung wurde der langjährige hauptamtliche Mitarbeiter Rudolf Köstel kürzlich in den Ruhestand verabschiedet. Herr Köstel war in der Zeit von Oktober 1965 bis Juni 1971 als ehrenamtlicher Ausbildungshelfer bei der ehemaligen BLSV/BVS-Ortsstelle Salzgitter tätig.

Seit dem 1. 7. 1971 erfolgte eine Verwendung als hauptamtlicher Ausbilder und Geräteverwalter. Nach der Umorganisation im Jahre 1979 wurde Köstel als Ausbilder einer Fahrbaren Aufklärungs- und Ausbildungsstelle bei der Dienststelle Hildesheim tätig. Seine Einsatzfreudigkeit und Hilfsbereitschaft zeichneten ihn als Mitarbeiter und Kollegen besonders aus.

Als Vertreter des Landesstellenleiters überreichte Sachgebietsleiter Herr Delis die Dankurkunde und würdigte den beruflichen Werdegang. Der Bezirkspersonalrat war durch Herrn Bethke vertreten, der als Anerkennung ein Präsent überreichte. Dienststellenleiter Jankowski dankte ebenfalls für die fast 26jährige Mitarbeit im ehren- und hauptamtlichen Bereich.

Bremervörde

Getreu dem Motto der Ausrichter, im Land zwischen Elbe und Weser „eine Kirche zum Anfassen“ zu präsentieren, durfte auch der Part der Selbst- und Nächstenhilfe im Programm des Sprengel-Kirchentages der evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannover im Sprengel Stade-Bremervörde nicht fehlen.

Unter gemeinsamer Stabsführung des ehrenamtlichen Katastrophenschutzbeauftragten der Evangelischen Landeskirche Hannover, dem ehemaligen BVS-Helfer und Polizeihauptkommissar a. D. Bruno Engwicht aus Otterndorf, und dem Leiter der BVS-Dienststelle Cuxhaven



Eröffnung der Zeltausstellung – der Leiter der FZA, Michael Labonte (links), Dienststellenleiter Rolf Bartsch (Mitte) und Stadtdirektor Gerhard Müller (rechts).

wurden Pläne für eine gemeinsame Strategie- und Aktionsbasis erarbeitet.

Den Rahmen bildete das leuchtende BVS-Rundzelt der Fahrbaren Zivilschutz-Ausstellung. Mitarbeiter der Dienststelle erläuterten den Selbstschutz unter dem Aspekt „Helfen will gelernt sein“. Gemeinsam mit Fachkräften aus dem kirchlichen Bereich wurden aktuelle Handlungs- und Einsatzmöglichkeiten in Gesprächen mit Besuchern aufgezeigt. Praktische Selbstschutz-Demonstrationen wie Herz-Lungen-Wiederbelebung und Brandbekämpfung mit einfachen Hilfsmitteln sowie ein BVS-Quiz lockten rund tausend Besucher und Interessenten an.

Zur besonderen Freude der Organisatoren und Ausrichter dieser Aktion nahm auch die kirchliche Obrigkeit von dieser Aktion Notiz. So konnte unter den vielen Gästen und Besuchern unter anderem auch Landesbischof Hirschler aus Hannover am Selbstschutz-Stand begrüßt werden. Für die BVS-Mitarbeiter eine gelungene Aktion, von der sie sich weitere Breitenwirkung erhoffen.

Oldenburg/Borkum

3000 Besucher allein am Eröffnungstag sind ein Einstand für eine Ausstellung, der sich sehen lassen kann. Daß Gefahrenvorsorge, Selbst-

und Nachbarschaftshilfe auch im Urlaub von hohem Interesse sind, konnten die Mitarbeiter der FZA Niedersachsen und der BVS-Dienststelle Oldenburg auf Borkum hautnah erleben. Das Zelt reichte manchmal kaum aus, um den Besucherandrang zu fassen. Stadtdirektor Gerhard Müller verwies dann auch in seiner Eröffnungsansprache auf die gute Akzeptanz und die Wichtigkeit der Arbeit des Verbandes. Dabei bietet natürlich die Inselfituation Borkums einen idealen Hintergrund, wenn es darum geht deutlich zu machen, wie wichtig richtiges, eigenes Handeln bis zum Eintreffen der organisierten Hilfe im Notfall ist.

Hessenspiegel

Frankfurt am Main

Im Oktober 1991 organisierte die Frankfurter Dienststelle des BVS eine große Selbstschutz- und Sicherheitswoche im Frankfurter Stadtteil Niederrad. Schauplatz dieser Veranstaltung war das erst 1990 fertiggestellte Bürogebäude „Atricom“, welches alleine mit seiner beeindruckenden Bauweise viele Besucher anzieht.

Das Motto „Lebensqualität im Bürohaus“, unter dem dieses Gebäude steht, war auch der Grund für die Ausrichtung

einer solchen Veranstaltung. Der Manager des Bürohauses, Jörg Lenk, organisierte in Zusammenarbeit mit dem BVS eine Informationswoche, die die Mieter des Gebäudes sowie ihre Besucher über die Sicherheit im Büro und auf dem Weg zum Arbeitsplatz informieren sollte.

Schwerpunkt dieser Informationswoche war eine Ausstellung, die der BVS mit den Frankfurter Hilfsorganisationen, der Polizei, der Stiftung Verkehrssicherheit und dem Automobilclub von Deutschland ausrichtete.

Als Schirmherr konnte das Vorstandsmitglied der Hertie-Stiftung, Herr Dr. Klaus Rehmann, gewonnen werden. Dr. Rehmann verdeutlichte in seiner mit viel Beifall bedachten Eröffnungsrede vor ca. 40 geladenen Gästen die Notwendigkeit des Selbstschutzes.

Neben vielen Aktivitäten der beteiligten Organisationen und Verbände fanden mehrere Vortragsveranstaltungen zu verschiedenen Themen statt. Die zentrale Lage des Atricom, inmitten der sogenannten Frankfurter „Bürostadt“, trug mit dazu bei, daß Zuhörer

aus vielen umliegenden Firmengebäuden das Vortragsangebot intensiv nutzten.

Höhepunkt der Aktionswoche war am letzten Tag ein BSV-Sicherheitswettbewerb, der, dank vielfacher Unterstützung der ortsansässigen Firmen, mit sehr attraktiven Preisen aufwarten konnte. Schirmherr Dr. Klaus Rehmann konnte dem Sieger so zum Beispiel einen Gutschein für eine Wochenend-Flugreise nach Wien und ein Mountain-Bike überreichen. Krönender Abschluß war ein von der Stiftung Verkehrssicherheit vor dem Atricom durchgeführter Crash-Test.

In einer Abschlußbewertung waren sich alle Beteiligten einig, daß man diese Veranstaltung, die im Verlaufe der gesamten Woche über 800 Menschen anlocken konnte, auch im nächsten Jahr wieder durchführt.

Kassel

CDU-MdB Anneliese Augustin besuchte die BVS-Dienststelle Kassel. Dienst-



Die CDU-Bundestagsabgeordnete Anneliese Augustin (Mitte) zeigt sich interessiert beim Rundgang durch die Kasseler BVS-Dienststelle mit Landesstellenleiter Hachen (links).



FDP-Landtagsabgeordneter Jörg-Uwe Hahn beim Ablösen der Friedberger Brandübungsgruppe.

stellenleiter Heinz Weiß und Landesstellenleiter Werner Hachen begrüßten die Abgeordnete und sprachen ihr Dank für die bisher geleistete Unterstützung des Verbandes aus.

Bei einem Rundgang durch die Dienststelle informierte sich Frau Augustin über Formen und Inhalte des Informations- und Ausbildungsangebotes des BVS. Sie zeigte sich zufrieden mit der Flexibilität und Professionalität des Verbandes, der als einzige Bundeseinrichtung die Bürger direkt anspreche, was sie für sehr wichtig halte.

In einem abschließenden Gespräch äußerte Frau Augustin, daß sie die Tätigkeit des Verbandes für notwendig erachte und sich persönlich für den Fortbestand des BVS einsetzen wolle. Aufgrund eigener Erlebnisse wisse sie um die Bedeutung von Selbstschutzmaßnahmen. Ihr Wunsch sei, daß der Bevölkerungsschutz, insbesondere der Selbstschutz, in den neuen Bundesländern alsbald aufgebaut werde. Hier könnten die BVS-Mitarbeiter aus Hessen im Nachbar-Bundesland Thüringen Aufbauhilfe leisten.

Friedberg

Ende Oktober 1991 besuchte der FDP-Landtagsabgeord-

nete Jörg-Uwe Hahn die Friedberger Dienststelle des BVS. Als Mitglied des hessischen Innenausschusses informierte er sich vor Ort über die Leistungsfähigkeit des Verbandes. Gegenüber Landesstellenleiter Werner Hachen und dem örtlichen Dienststellenleiter Wolfgang Bauer zeigte er sich beeindruckt, wie flexibel der BVS auf die Wünsche der Behörden und Betriebe vor Ort eingeht.

Im Gegensatz zu den Überlegungen des BMI sprach Hahn sich auch künftig für die Notwendigkeit einer dezentralen Struktur des BVS aus. Nur so könne man jederzeit für mögliche Bedarfsträger vor Ort tätig werden. Wenig Verständnis zeigte der Landtagsabgeordnete für die bestehende Stellenbesetzungssperre. Nach seinem Eindruck beeinträchtigt diese erheblich die Leistungsfähigkeit der Friedberger Dienststelle und somit des gesamten Verbandes.

Daß der Verband fortbestehen muß, ist für ihn keine Frage. Gegenüber der Frankfurter Rundschau erklärte er, daß der Bund hier weiter in der Verantwortung bleibe. Für denkbar halte er es jedoch, daß sich die Länder, mit ihren Kreisen und Kommunen, unter Umständen an der Finanzierung des BVS beteiligen. Denn auch für sie leiste der Verband notwendige Arbeit.

Darmstadt

Südhessens größte Informations- und Verkaufsmesse ist die Hessenschau Darmstadt. Die Landesstelle Hessen hat in Verbindung mit der Dienststelle Darmstadt diese Informationsmöglichkeit genutzt. Rund 100 000 zahlende Besucher registrierte die Ausstellungsleitung. Von den Mitarbeitern des BVS wurden am Ausstellungsstand fast 5000 Interessenten registriert.

Beratungsanfragen, Lehrgangswünsche und Informationsgespräche konnten, trotz großer Hitze in den Zelthalen, durchgeführt werden. Staatsminister Ernst Welteke, Konsul Peter Merck, Oberbürgermeister Günther Metzger und weitere Prominente informierten sich und trugen sich in das Gästebuch des BVS ein.

*

Die Blauröcke riefen und viele kamen. Zum 110jährigen Jubiläum der Freiwilligen Feuerwehr Darmstadt-Arheilgen wurden alle Hilfsorganisationen eingeladen. Ein großer Fahrzeugpark und viel technisches Gerät wurden ausgestellt.



Staatsminister Ernst Welteke (links), hier mit Dienststellenleiter Willy Roth, trägt sich in das BVS-Gästebuch ein.

Die Dienststelle Darmstadt beteiligte sich mit dem Filmwagen, einem Informationsstand und bot ein Quiz an. Günstig plazierte – in der Nähe des Bierzeltes und des Grillstands – wurden die zahlreichen Besucher halbstündlich durch Mikrofonansprache zur Quizbeteiligung eingeladen.

In nur 5 Stunden Ausstellung wurden über 600 Besucher registriert und 89 Bürger beteiligten sich am Quiz. Der Katastrophenschutzbeauftragte der Stadt Darmstadt, Polizeipräsident Peter Bernet, lobte die Einsatzbereitschaft der BVS-Mitarbeiter.

*

Die Kreissparkasse Groß-Gerau, Hauptzweigstelle Rüsselsheim, räumte für 14 Tage das Foyer für eine BVS-Ausstellung.

Die Tafelausstellung Bevölkerungsschutz II, ergänzt durch die Kleinausstellung Bevölkerungsschutz I, und ein elektronisches Frage-Antwort-Gerät wurden aufgestellt. Mit Plakaten und Flugblättern in allen Sparkassenfilialen sowie Presseinformationen wurde auf die Öffentlichkeitsarbeit des BVS hingewiesen.



Siegerehrung in Dittershausen: Bürgermeister von Fuldabrück, Wilhelm Müller, Vorsitzender der TSG „Frisch auf“, Dieter Lengemann, Staatsminister Dr. Herbert Günther und BVS-Fachgebietsleiter Frank Hennig (von links nach rechts).

An festgelegten Wochentagen waren BVS-Mitarbeiter zur Beratung präsent. Aufgrund der Pressearbeit konnten Besucher, die gezielt zur Ausstellung kamen, beraten werden.

mann, bedankte sich abschließend bei allen Beteiligten des Sicherheitswettbewerbes und kündigte an, auch bei künftigen Veranstaltungen das Angebot des BVS zu nutzen.

*

Dittershausen

Aus Anlaß ihres 95jährigen Jubiläums veranstaltete die Turn- und Sport-Gemeinschaft „Frisch auf“ 1896 Dittershausen e. V. eine Festwoche. Die Schirmherrschaft über diese Festwoche hatte der hessische Minister des Innern und für Europaangelegenheiten Dr. Herbert Günther übernommen.

Auf Wunsch der TSG „Frisch auf“ veranstaltete die BVS-Dienststelle Kassel am letzten Festtag vor Ort einen Sicherheitswettbewerb. Unterstützt wurde der BVS dabei von der Freiwilligen Feuerwehr und dem Deutschen Roten Kreuz aus Fuldabrück-Dittershausen. Freundlicherweise erklärte sich der Schirmherr, Staatsminister Dr. Günther, bereit, anlässlich seiner Festansprache auch die Siegerehrung der Gewinner des BVS-Sicherheitswettbewerbes, zusammen mit BVS-Fachgebietsleiter Hennig, vorzunehmen.

Der Vorsitzende der TSG „Frisch auf“, Dieter Lenge-

Nachruf

Nach schwerer Krankheit verstarb am 19. Oktober 1991 im Alter von 56 Jahren der langjährige Fachbearbeiter „Ausbildung“ der BVS-Landesstelle Hessen,

Hans-Joachim Kaiser.

Herr Kaiser, der dem Verband seit 28 Jahren angehörte, war erst Ende August 1991 aufgrund seiner schweren Erkrankung in den Ruhestand getreten.

Mit ihm verließ uns ein Kollege, der vor allem wegen seines großen Sachverständnisses allseits geschätzt war. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BVS-Landesstelle Hessen werden dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

Bremen



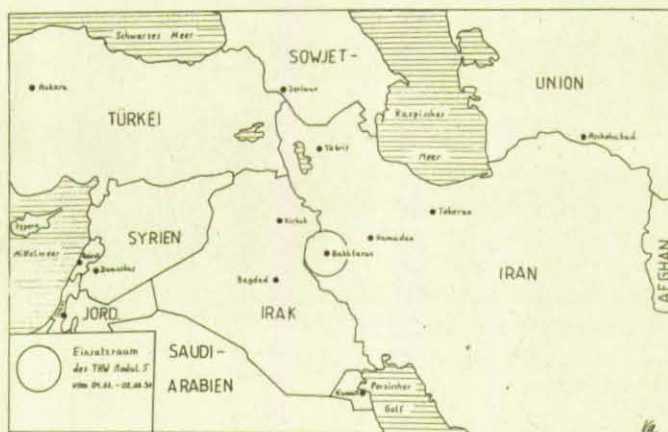
Bremer THW-Helfer im Iran

Vom 4. Juli bis zum 2. August 1991 waren 43 Helfer des Technischen Hilfswerks (THW) aus mehreren Bundesländern, darunter drei aus dem Landesverband Bremen, Günter Nix, Jürgen Kardel und Günter Zwicker im Nordosten des Iran im Einsatz. Im Auftrag der Bundesregierung sollten für den United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR) die aus dem Irak geflüchteten Kurden mit Trinkwasser versorgt werden.

Hierzu reisten die Helfer am 7. Juli nach Frankfurt/Main an, um vom Einsatzleiter Ralph Dunger (LV Niedersachsen) in Lage und Auftrag eingewiesen zu werden. Noch am gleichen Abend flogen wir weiter nach Dubai (Vereinigte Arabische Emirate), wo wir uns eineinhalb Tage aufhielten, um uns an das tropische Klima zu gewöhnen.

Am 6. Juli folgte der Weiterflug nach Teheran, wo wir am frühen Abend eintrafen. Nach einer Nachtfahrt erreichten wir am nächsten Tag das Basiccamp in Gilan Gahr. Nach kurzem Aufenthalt fuhren zwölf Helfer, die für die Trinkwasseraufbereitung vorgesehen waren, zum Außencamp Jigran, nahe der Stadt Sar-E-Pol-E-Zahab, vier Kilometer von der irakischen Grenze entfernt.

Unser Lager befand sich inmitten eines Hochplateaus in ca. 1400 m Höhe. Nach Sar-E-Pol-E-Zahab sind es mit dem Lkw circa 30 Minuten Fahrt. Ebenso lange mußte man zum Flüchtlingslager fahren, das



15 bis 20 Kilometer vom Camp entfernt lag. Unsere kleine Zeltstadt lag inmitten eines ausgetrockneten Flußbettes des Jerigran. Rings um unsere Zelte standen die Ruinen des ehemaligen Dorfes Jigran, das beim irakisch-iranischen Krieg völlig zerstört wurde. Heute noch werden außerhalb des Lagers vergrabene Minen vermutet.

Hier am Fluß standen einige wenige Büsche und Bäume, die aber keine Schatten boten. Sonst war weit und breit kaum Vegetation vorhanden, nur Wüste. Unsere Aufgabe bestand darin, zwei Berkefeld- und zwei Kruppanlagen zu bedienen, die der Trinkwasseraufbereitung dienten.

Noch am Ankunftstag wurden wir von den Helfern aus dem Saarland und aus Hessen, die wir ablösen sollten, eingewiesen. Schon am nächsten Tag arbeiteten wir selbständig an unseren Anlagen. Dreimal täglich kamen die Tankwagen, die das aufbereitete Trinkwasser von unseren TWA übernahmen und in das Flüchtlingslager transportierten. Wir produzierten durchschnittlich 200 000 Liter Trinkwasser pro Tag. Für die rund 40 000 im Flüchtlingslager lebenden Kurden hieß das 5 1/2 Liter Wasser pro Person. Auch wir THW-Helfer mußten täglich 5 bis 6 Liter trinken. Bei Temperaturen von 46 bis 51 Grad Celsius im Schatten und bis zu

70 Grad Celsius in der Sonne war das Arbeiten sehr schweißtreibend, zumal die Einsatzbekleidung für solche Temperaturen unangepaßt war.

Das Lagerleben war sehr eintönig. Morgens nach dem

Frühstück ging es an die Arbeit. Um 7 Uhr kamen schon die ersten Tankwagen. Täglich bereiteten wir ca. 200 000 Liter Wasser auf. Abends nach dem Duschen und Abendbrot kam die Langeweile. Abwechslung brachte höchstens die Tierwelt. Neben Schlangen, Spinnen, Skorpionen konnte man gerade in der Abenddämmerung auch die Fledermäuse bei der Jagd beobachten. Auch verirte sich schon mal ein Schakal in unser Lager. Ab und zu waren Schießereien vom Grenzgebiet zu hören.

Am 28. Juli kamen dann mittags die bayerischen THW-Kollegen an, die uns ablösen sollten. Wir freuten uns, mal andere Gesichter zu



Das Kernstück der Filteranlage.



Um ein wenig Schatten zu haben, wird bei den Rohwasserbehältern der Anlage eine Zeltplane gespannt. (Fotos: Kardel)

sehen und neueste Nachrichten aus der Heimat zu hören.

Wir waren jetzt nach 3½ Wochen Einsatz doch ganz schön fertig. Zwar wurden wir von Krankheiten, Fieber und Durchfall im Außencamp weitgehend verschont, (im Basicamp waren bis zu 20 Prozent krankheitsbedingte Ausfälle zu verzeichnen), aber die Eintönigkeit und das Klima machten uns sehr zu schaffen. Wir weihten unsere bayerischen Kollegen in die Arbeit ein, so daß diese am nächsten Tag die Anlagen bedienen konnten.

Am 29. Juli wurden wir nachmittags von einem Bus abgeholt, der uns nach Bakhtaran brachte, wo wir wieder mit den Helfern aus dem Basicamp zusammentrafen. Am Tag darauf fuhren wir nach Teheran, wo nochmals übernachtet wurde, um am nächsten Tag den Rückflug, wieder über Dubai nach Frankfurt/Main anzutreten. Da der Flug Dubai-Frankfurt mit zwei Stunden Verspätung begann, bekamen wir am 1. August unsere Anschlußflüge nicht, so daß wir nochmals eine Zwischenübernachtung in Frankfurt antreten mußten.

Am 2. August kamen wir dann nach 29 Tagen in unseren Heimatstandorten an. Wir sind froh, endlich wieder zu Hause bei der Familie zu sein – aber wir sind auch stolz, fast 4,5 Millionen Liter Trinkwasser für die Flüchtlinge im Iran aufbereitet zu haben. Zum anderen hat dieser Einsatz Erfahrungen gebracht, welche

man bei Übungen nicht gewinnen kann, die uns aber für einen nächsten Einsatz im Ausland zugute kommen werden.

– J. K. –

Hamburg



THW Hamburg-Mitte beim „Alstervergnügen“

Eine wirtschaftliche Leistung besonderer Art führte das THW Hamburg-Mitte anlässlich der Großveranstaltung „Alstervergnügen“ Ende August durch.

Die Artistik-Gruppe „Traber“ hatte für ihre schwindelerregenden Vorführungen in 60 Meter Höhe um Unterstützung durch das THW gebeten. Mit Hilfe von zwei GKW, einem Dreibock, wurde ein 525 Meter langes Stahlseil über die Binnenalster gespannt. An vier Tagen sahen über zwei Millionen Zuschauer die Vorführungen der „Traber-Gruppe“, die ihr halbstündiges Programm jedesmal mit einer Kurzinformation über das THW begann. Außerdem wehte an den ganzen Tagen das THW-Banner in 60 Meter Höhe.

Bergungszugführer Ralf Günter hatte gute Arbeit geleistet, denn alle Medien berichteten ausführlich über diese Veranstaltung. – A. K. –



Am Dreibock wird das 525 Meter lange Stahlseil über die Binnenalster gespannt.



Hamburgs Bürgermeister Henning Vorscherau im Gespräch mit LB Trautvetter.

THW auf „Du und Deine Welt“

Die internationale Familien-Ausstellung „Du und Deine Welt '91“ ging am Sonntag, dem 8. September, nach zehntägiger Dauer auf dem Hamburger Messegelände zu Ende. Wie in den Jahren zuvor, besuchten auch in diesem Jahr über 250 000 Besucher die Messe, davon viele den THW-Stand. Der Informationsstand des Landesbeauftragten für Hamburg, in Halle 4, zeigte in einer eindrucksvollen Ausstellung mit Dokumenten, Fotos, Material und Gerät einen Überblick der humanitären Hilfe im In- und Ausland.

Erstmalig war das THW auch mit einem Außenstand vertreten. Die Jugendgruppe Hamburg-Wandsbek zeigte im Außengelände Ausschnitte aus der THW-Jugendarbeit. Hier konnten besonders interessierte Jugendliche angesprochen werden. Die Standleitung lag, wie schon in den vergangenen Jahren, in den bewährten Händen von Ehren-Bezirksbeauftragten vom BV Hamburg-Mitte, Erwin

Siebert, und vielen ehrenamtlichen Helfern.

LB Trautvetter konnte viele prominente Gäste auf dem THW-Messestand begrüßen. An der Spitze der Erste Bürgermeister der Hansestadt Hamburg, Henning Vorscherau, den Generalkonsul der UdSSR, Dr. W. I. Kusnezow, der seit den Rußland-Transporten dem THW sehr verbunden ist. Weitere Gäste waren der Vertreter der Behörde für Inneres, Polizeidirektor Plesker, der Leiter der Standortverwaltung Hamburg, RD Kaminski, der Bezirksamtsleiter von Hamburg-Mitte, Peter Reichelt, mit seinen Ortsamtsleitern, Herr Selzner von der THW-Leitung, der Leiter der Pressestelle der Bundeswehr, OTL Schwarzmeier, und die Vertreter der Hilfsorganisationen.

Nach zehn turbulenten Messetagen konnte Herr Siebert befriedigt feststellen, daß durch die moderne Werbeform des Standes, sich das THW einer breiten Öffentlichkeit wirkungsvoll präsentiert hatte und eine große Anzahl von interessierten jungen Leuten das Informationsangebot dankbar aufgenommen hat.

– A. K. –

KatS-Fachdienst- übungen „Herbst 1991“

Zwei KatS-Fachdienstübungen für gemischte Bereitschaften sind von der Hamburger Katastrophenschutzbehörde im 2. Halbjahr 1991 angesetzt worden. Folgender Übungszweck wurde zugrunde gelegt:

- den Führern und Unterführern Gelegenheit zu geben, erlerntes Fachwissen und Führungsverhalten zu trainieren,
- den Helfern und Einheitsführern anhand einer möglichst realistischen Schadenslage Gelegenheit zu geben, ihr Fachwissen anzuwenden, ihren Leistungsstand zu beweisen und Motivation für die Mitwirkung und Fortbildung zu schaffen,
- die Erprobung neuer Zugstrukturen des Sanitätsdienstes,
- das Zusammenwirken mit Helfern der anderen Fachdienste unter Zeitdruck zu erproben.

Eingesetzt wurden unter anderem acht Einheiten des erweiterten KatS aus den Fachdiensten Brandschutz, Bergungs-, Instandsetzungs- und Sanitätsdienst. Das THW Hamburg stellte folgende Einsatzkräfte:

- 1 Bergungsgruppe mit W-1-Ausstattung,
- 1 Instandsetzungszug (ohne GW-Gruppe),
- 1 Pontongruppe,
- Fachberater Bergung,
- 1 Führungsgruppe Bereitschaft.

Des Weiteren wirkten Verletztendarsteller, Schiedsrichter und das Hauptsachgebiet Ausbildung des THW-Landesverbandes in der Übungsleitung mit.

Eine Planübung für Zug- und Gruppenführer an der Landesfeuerwehrschule wurde für diesen Personenkreis vorgeschaltet.



Das Zusammenwirken von Helfern verschiedener Fachdienste wird bei Fachdienstübungen erprobt. Hier die Bergung aus Höhen mit Leiterhebel.

Vor Beginn der eigentlichen Übung wurden die Einheiten in einem Bereitstellungsbereich auf personelle und materielle Vollständigkeit überprüft. Nach der Alarmierung erreichten die Einsatzkräfte die Schadensstellen, wo bereits durch die Feuerwehr die Brandbekämpfung aufgenommen worden war. Die Bergungsgruppe des THW mußte an zwei verschiedenen Einsatzstellen folgende Aufgaben erfüllen:

- Bergen aus Höhen,
- Bergen von Verletzten aus verschütteten Räumen,
- Bergen von Verletzten mit W-1-Ausstattungen von Pontons.

Den Instandsetzungszug erwarteten Aufgaben in der Bekämpfung von gefährlichen Stoffen und Ölschadensbekämpfung sowie den Bau von Elektroleitungen für den Verbandsplatz. Insgesamt wurden alle Einsatzaufgaben zeitgerecht abgewickelt. Fehler und Mängel wurden von den Schiedsrichtern erfaßt und den Einheitsführern zugeleitet. Für 1992 wird der „Arbeitskreis Übungen“ ein neues Konzept entwickeln, da inzwischen alle KatS-Einheiten diese Übung einmal durchgeführt haben. - A. K. -

Niedersachsen



Aus Übung wurde realer Einsatz

Hannover. Am Freitagabend, dem 13. September 1991, begannen gegen 19.00 Uhr bei den Helfern der Instandsetzungszüge Hannover und Wunstorf sowie der Johanniter-Unfall-Hilfe Deister die Telefone zu klingeln. Die Zugführer beider Organisationen hatten eine gemeinsame Alarmübung in Hannover/Langenhagen ausgearbeitet. Übungsziel war die Zusammenarbeit verschiedener Einheiten bei der Ölschadensbekämpfung. Übungslage: „Auf einem Regenwasserrückhaltebecken ist Öl ausgelaufen“. Gegen 20.00 Uhr trafen die ersten Einheiten am Übungsgelände ein.

Während an verschiedenen Stellen Ölsperren ausgebracht wurden, begannen andere Helfer mit der Ausleuchtung der Einsatzstellen und dem

Bau einer Fähre, bestehend aus zwei Metallbooten und einer Plattform. Der Verpflegungstrupp des Ortsverbandes Wunstorf bereitete währenddessen eine warme Mahlzeit vor. Gegen 1.30 Uhr kam plötzlich die reale Anforderung durch das Stadtentwässerungsamt, den Übungsort auf den Mittellandkanal zu verlegen, wo es zu einem tatsächlichen Öl-Unfall gekommen war.

Schnellstmöglich wurden die Geräte abgebaut und verlastet und die Einsatzfähigkeit an den Mittellandkanal verlegt. Hier waren beim Befüllen eines Tankers circa 1000 Liter Öl ausgelaufen. Gegen 4 Uhr nachts begannen die ersten Helfer vom Ufer aus mit den Absaugarbeiten. Während die Elektro-Gruppe das Ufer in helles Licht tauchte, bauten weitere Helfer die Fähre zusammen und errichteten auf der Fähre ein Schmutzwasserbecken. Zwischenzeitlich wurden die Helfer vom Verpflegungstrupp des Ortsverbandes Hannover mit warmen Getränken und einer warmen Mahlzeit versorgt. Die 2. Bergungsbereitschaft des Ortsverbandes, die an diesem Wochenende eine Wochenend-

übung fuhr, konnte die Helfer der Instandsetzungszüge unterstützen.

Zwischenzeitlich hatten die Zugführer ein kurzes Gespräch mit dem Einsatzleiter der Feuerwehr, der über das Eintreffen des THW sehr erstaunt war. Obwohl die Feuerwehr aufgrund der Dunkelheit nur ihre Ölsperren beobachtete, entschloß sich das THW, seine Arbeit fortzusetzen. Auch der Einsatzleiter der Wasserschutzpolizei war über die Möglichkeiten des THW erstaunt und freute sich über das freiwillige Engagement der THW-Helfer. Diese pumpen das Öl in die Schmutzwasserbehälter auf der Fähre sowie am Ufer und warteten dann auf den Pumpwagen des Stadtentwässerungsamtes, der das Öl-Wassergemisch übernahm und entsorgte.

Als morgens gegen 8.00 Uhr die Ablösung der Feuerwehr eintraf, war der Einsatz für die THW-Helfer abrupt beendet, da der Einsatzleiter der Feuerwehr, wie er sagte,



Mit der Öl-Saugpumpe wird das Öl/Wassergemisch in den Sammelbehälter auf den THW-Stahlbooten umgefüllt. (Foto: Graser)

keine Kompetenz hatte, diese einzusetzen. Auch der Hinweis, daß die Einheiten nur ihren Übungsort verlagert hätten und auf Bitten des Stadtentwässerungsamtes tätig geworden waren, konnte ihn nicht umstimmen. Auch die Versuche der Wasserschutz-

polizei für den weiteren Einsatz des THW scheiterten. Von den Helfern wurde es sehr bedauert, daß die Kompetenzstreitereien zwischen Feuerwehr und THW in solchen Fällen sogar zu Beeinträchtigungen der Umwelt führen könnten.

Immerhin hatten die THW-Helfer mit knapp 11 000 Litern zuvor abgepumptem Öl-Wassergemisch nicht unerheblich zur Ölschadensbekämpfung auf dem Mittel-landkanal beigetragen.

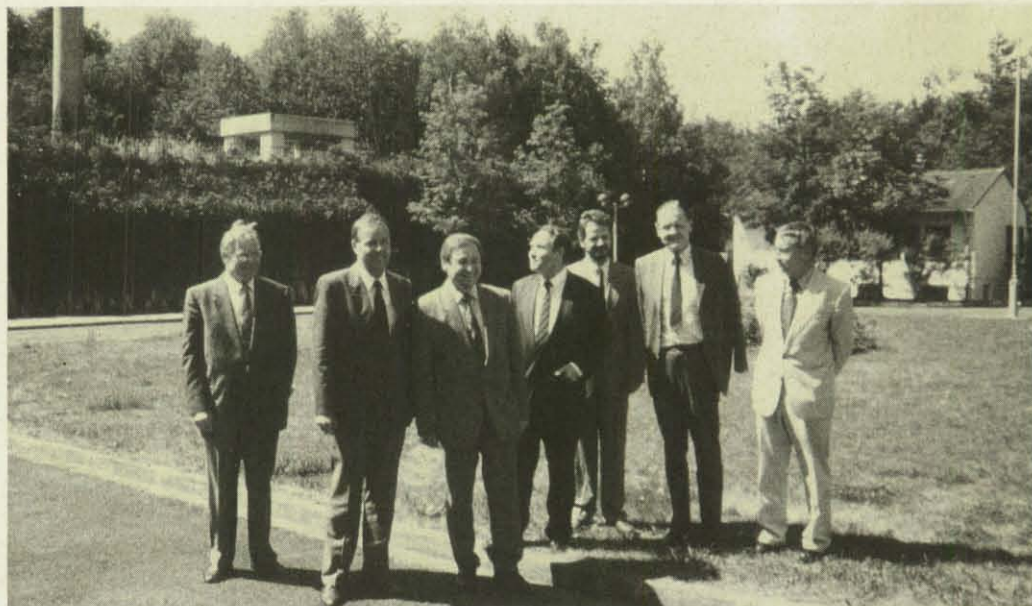
– P. G. –

Warndienst



Minister besuchte Warnamt

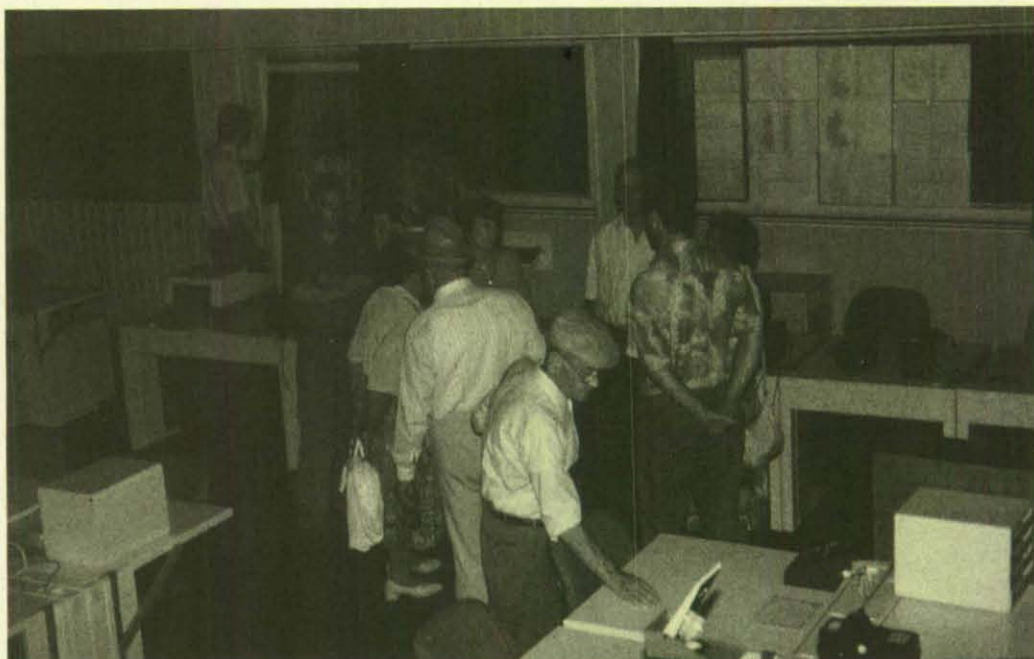
Am 17. Juli 1991 besuchte der Minister des Innern von Rheinland-Pfalz, Walter Zuber, in Begleitung seines Staatssekretärs Klaus Rüter sowie Dr. Horst Sigmund und Erwin Schäfer das Warnamt VII. Hier wurden sie vom Präsidenten des Bundesamtes für Zivilschutz, Hans-Georg Dusch, dem Leiter der Abteilung Warndienst, Dr. August-Jürgen Maske, dem Leiter des Warnamtes VII, Gerd Hardt, und dem Referatsleiter WD 2, Schulz, begrüßt. Innenminister Zuber erkundigte sich vor



Der Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Hans Georg Dusch (Mitte), begleitet die Besuchergruppe durch das Warnamt VII. (Foto: Hardt)

Ort über die Aufgaben und die technische Ausstattung des Warndienstes und bekräftigte, daß er auch in der heutigen Zeit einen funktionierenden Zivilschutz für notwendig hält.

Bei der Besichtigung der Bunkeranlage äußerte er sich überrascht über den noch sehr guten Zustand des Bunkers und lobte in diesem Zusammenhang die für die Wartung zuständige Betriebstechnik. Nach der sich anschließenden Vorführung des WADIS und des nuklid-spezifischen Meßfahrzeugs fand bei Kaffee und Kuchen ein letztes Informationsgespräch statt, bevor der Minister das Warnamt VII verließ.



Sehr interessiert zeigt sich die Weinsheimer Bevölkerung an der Arbeit des bei ihnen beheimateten Warnamtes. (Foto: Hardt)

Tag der offenen Tür

Am 1. September öffnete das Warnamt VII seine Pforten zu einem „Tag der offenen Tür“. Schon früh trafen bei strahlendem Sonnenschein und Temperaturen um 28 Grad Celsius die ersten Besucher ein.

Das größte Besucherinteresse erhielt der Warnbunker, den die „Einheimischen“ zum ersten Mal besichtigen konnten. Auf diesen Moment hatte ein großer Teil der Weinsheimer Bevölkerung bereits seit

der Errichtung des Warnamtes gewartet. Bei der Vorführung von WADIS und der nuklid-spezifischen Meß-Kfz zeigte sich, daß einem großen Teil der Besucher unbekannt war, daß der Warndienst auch auf dem Gebiet der Überwachung der Radioaktivität aktiv ist.

Der „Tag der offenen Tür“ wurde zudem von vielen Warndienst Helfern dazu benutzt, ihren Familienangehörigen und dem Freundeskreis zu zeigen, wo sie ihren

Ersatzdienst leisten und welche Aufgaben sie hierbei erfüllen.

An der Veranstaltung beteiligten sich die Freiwillige Feuerwehr Bad Kreuznach mit dem Gefahrenstoffzug des Kreises, das Deutsche Rote Kreuz und die Polizei. Diese Organisationen informierten die Besucher über ihre Aufgaben und Funktionen. Zur Bewirtung der Besucher stand ein Grill- und ein Getränke-

wagen bereit. Hier konnten die Besucher Speisen und Getränke erwerben, um sie anschließend in Zelten, die das THW zur Verfügung gestellt hatte, zu genießen.

Der „Tag der offenen Tür“ endete gegen Abend und wird sowohl vom Warnamt VII als auch von allen beteiligten Organisationen als voller Erfolg gewertet. Die Anzahl der Besucher überschritt bei weitem alle Erwartungen.



Gruppenbild in Meinerzhagen – gelungenes Treffen ehemaliger Führungskräfte des Warndienstes. (Foto: Intertops)

Ehemalige Führungskräfte trafen sich in Meinerzhagen

In diesem Jahr trafen sich die ehemaligen Führungskräfte des Warndienstes bereits zum zweiten Mal. Das Warnamt IV in Meinerzhagen war am 28. und 29. September 1991 das ausrichtende Warnamt dieses Treffens.

Nachdem man sich zunächst – nach dem für ehemalige Führungskräfte zu erwartenden pünktlichen Eintreffen – gestärkt hatte, unternahm die Gruppe eine gemeinsame Schiffsfahrt mit der „MS Westfalen“ auf dem Biggensee. Trotz des niedrigen

Wasserstandes des Biggesees war die Fahrt für alle, auch für die „ehemaligen Meinerzhagener“, ein eindrucksvolles Erlebnis.

Beim anschließenden geselligen Beisammensein im Warnamt IV lebten alte Zeiten wieder auf. Nach angenehmer Nachtruhe in noch vertrauten Warnamtsbetten traf man sich zum gemeinsamen Frühstück, bei dem die Gespräche des Vorabends fortgesetzt wurden.

Die Absicht, die Treffen künftig im Herbst zu veranstalten, wurde auf vielfachen Wunsch wieder verworfen. Man ging mittags auseinander, in der Hoffnung, sich im **Mai 1992 im Warnamt IX** gesund wiedersehen zu können.



Bundesentscheid in Freudenstadt – Neues Konzept hat sich bewährt

„Mama, der hat ja ein Messer im Bauch!“ Und Mama wußte zunächst angesichts des stöhnend am Boden liegenden Mannes, dem tatsächlich ein echtes Messer aus einer blutenden „Wunde“ ragte, nicht so recht, was sie sagen sollte. Doch nachdem so viele andere Zuschauer relativ ruhig die Notfallsituation beobachteten, und sie durch ebenfalls zuschauende Rotkreuzler Aufklärung erfuhr, konnte sie ihrem Filius erleichtert mitteilen, daß das „alles nicht echt, sondern nur gespielt“ sei. Der Mann mit dem Messer im Bauch war im übrigen nicht allein an einem Brunnen auf dem Marktplatz von Freudenstadt: mit dem Kopf im Wasser lag leblos sein vermeintlicher Kontrahent. Dabei hatte man sich allerdings einer Puppe als Darsteller bedient.

Szenen eines neuen Tatort-Krimis? Mitnichten, sondern eine der neun Stationen des Bundeswettbewerbs der Ersten Hilfe, der Ende September in Freudenstadt bei herrlichem Spätsommerwetter stattfand. 17 Gruppen aus der Bundesrepublik – sowie je eine Mannschaft der Johanniter Unfallhilfe und des Malteser-Hilfsdienstes, die außer Konkurrenz starten – nahmen an dem diesjährigen Wettbewerb teil, und Bundesarzt Dr. Hansjoachim Linde freute sich besonders, daß alle neuen Bundesländer Teilnehmergruppen entsandt hatten. Seine heimliche Hoffnung, daß eine dieser Gruppen gar den neuen Bundessieger stellen würde, ging jedoch nicht in Erfüllung. Bundessieger wurde die Gruppe der Bereit-



Der Mann mit dem Messer im Bauch – eine perfekt nachgestellte Notsituation.



„Eine Leiche wird versenkt“ – dabei bedient man sich einer Puppe als Darsteller.

schaft Bösel aus dem DRK-Landesverband Oldenburg vor den Aktiven der Bereitschaft Bad Wildungen, Hessen, und der Bereitschaft Bitburg-Prüm, Landesverband Rheinland-Pfalz. Die Kameradinnen und Kameraden aus dem hohen Norden haben damit auch die Fahrkarten für den europäischen Erste-Hilfe-Wettbewerb in Schweden in der Tasche, bei dem sie die Bundesrepublik Deutschland vertreten werden.

Für den 32. Bundeswettbe-

werb in Erster Hilfe in der Schwarzwald Metropole hatten sich die Verantwortlichen in Bonn und Stuttgart etwas Neues einfallen lassen. „Zum ersten Mal holen wir nicht die Öffentlichkeit zu uns, sondern gehen hinaus in die Öffentlichkeit“ erläuterte der Präsident des gastgebenden Landesverbandes Baden-Württemberg, Dr. Kurt Gebhardt, das neue Konzept anlässlich der Begrüßung der nahezu 500 Teilnehmer, Betreuer und Fans in der Stadthalle zu Dornstetten. Und es war ein



Wie im Ernstfall – die DRK-Helfer handeln präzise und qualifiziert.

Volltreffer, diese Idee mit den gestellten Unfallsituationen in Form eines Parcours auf und rund um den Marktplatz in Freudenstadt. Auch ansonsten weniger interessierte Bürgerinnen und Bürger, aber auch zahlreiche Kurgäste wurden von der Notwendigkeit der Ersten Hilfe und der Qualifikationen unserer Rotkreuzhelfer überzeugt. An jeder der neun Stationen bildeten sich in kürzester Zeit größere Zuschauerermengen, die interessiert verfolgten was bei Herzstillstand, Herzinfarkt, Vergiftungen, aber auch weniger dramatischen Notfällen, wie etwa einer Kopfplatzwunde, zu tun ist. Und so mancher Kurgast disponierte seine Samstagvormittag-Planung kurzerhand um und tat es den 107 Wettbewerbsteilnehmern gleich und erarbeitete den gesamten Parcours auf der Welt größtem Marktplatz.

Einfach waren die Aufgaben beileibe nicht, und um so mehr freute sich Oberschiedsrichter Dr. Matthias Ehrh über das hohe Leistungsniveau aller Gruppen. Seine Schiedsrichter hatten „Millimeterarbeit“ zu leisten, so nahe waren die gebotenen Leistungen beieinander. Gefragt waren neben theoretischem Wissen aus der Medizin, der Kartenkunde und den Grundsätzen des Roten Kreuzes, so ziemlich alles, was ein gestandener Rot-

kreuzhelfer können muß. Neben dem sicheren Beherrschen verschiedener Verbände, spezieller Lagerungen und lebensrettender Sofortmaßnahmen, galt es auch die Eigensicherung zu beachten und Situationen schnell und richtig zu erkennen.

Aber nicht nur die Leistungen der Wettbewerbsteilnehmer machten eine insgesamt sehr gelungene Veranstaltung möglich. Die 40 Schiedsrichter, 50 Mimen und Schminker und die 80 fleißigen Hände hinter den Kulissen, die für die Betreuung aller da waren, verdienen Anerkennung. Daß Helferinnen und Helfer des Kreisverbandes Freudenstadt und die Kräfte der Landesschule am hervorragenden Gesamterfolg ein gerüttelt Maß beigetragen haben, steht dabei außer Frage. Nicht unerwähnt bleibt natürlich auch die arbeitsintensive und meisterliche Koordination der Landesbereitschaftsführung, die gegenüber den Machern des Bundesverbandes in einer hohen Verantwortung stand. Aber wie fleißig die Schwaben nun einmal sind, hatten sie das neue Konzept ja bereits vorsorglich schon einmal bei ihrem Landesentscheid ausprobiert, und so konnte eigentlich beim Bundeswettbewerb nichts mehr schief gehen.

– Victor Felber –



Die Rettunghundestaffel zeigt Ergebnisse harten Trainings.



Die Siegergruppe der Bereitschaft Bösel aus dem DRK-Landesverband Oldenburg.



Alle Jahre wieder – Im Dienst der guten Sache

Anlässlich der diesjährigen Losaktion des DRK-Kreisverbandes Bonn beteiligte sich Bundesminister Norbert Blüm als Helfer der guten Sache. Er verkaufte am Nachmittag des 18. September 1991 DRK-Lose mit großem Erfolg. So wurde durch die Mithilfe des prominenten Ministers erfolgreich die Kasse gefüllt.

(Fotos: Margitta Zimmermann)

Das könnte jedem passieren

Individuelle Schwerstbehinderten-Betreuung beim ASB Ulm

Zivis lesen anders Zeitung. Die wenigen Zeilen einer Unfallmeldung genügen, um ihnen eine Gänsehaut zu bereiten. Den 20jährigen, der Samstag nacht nach der Disko „ein bißchen“ zu schnell in die Kurve fuhr, den schieben die Zivildienstleistenden nun Tag für Tag im Rollstuhl durch die Wohnung. Sie müssen ihm beim Anziehen helfen, ihn auf die Toilette begleiten – ohne Betreuung ist der junge Gelähmte völlig hilflos. Doch das Schlimmste dabei ist: Die Zivildienstleistenden wissen, daß ihnen das gleiche passieren könnte.

Junge Hilfebedürftige

Mit alten, bettlägerigen Kranken haben sie wohl gerechnet, als sie den Kriegsdienst verweigerten, auch hatten sie vielleicht daran gedacht, behinderte Kinder in die Schule fahren zu müssen – aber auf gleichaltrige Behinderte, auf Jugendliche, deren Beine der Rollstuhl ein Leben lang ersetzen muß, auf kranke „Twens“, deren Schicksal von der heimtückischen Multiple-Sklerose-Krankheit bestimmt wird – darauf waren die Zivildienstleistenden nicht vorbereitet. „So etwas hat man immer verdrängt. Und jetzt, plötzlich, wird man mit der Nase draufgestoßen. Das war am Anfang ganz schön hart“, gesteht Christian Steuer. Inzwischen ist für ihn der Dienst bei der „Individuellen Schwerstbehinderten-Betreuung“ (ISB) des ASB-Ortsverbands Ulm zur Normalität geworden: „Anders wäre es gar nicht auszuhalten.“



Christine Glöggler leidet an Multipler Sklerose. Trotz und wegen dieser Krankheit hat die Sozialpädagogin beim ASB Ulm den Bereich der „Individuellen Schwerstbehinderten-Betreuung“ aufgebaut.



Mobilität ist Voraussetzung für die Integration Behinderter in der Gesellschaft.

Manchmal wird es den jungen Männern dennoch zuviel. Ein nach einem Autounfall vom Hals abwärts gelähmtes achtjähriges Mädchen rund um die Uhr zu betreuen, ihm den Schleim aus der Lunge abzusaugen und ihr Beatmungsgerät zu überwachen, das mag man noch verkraften, aber wenn's um Sterbegleitung geht, ist auch für Johannes Zakouril, Abteilungsleiter für Soziale Dienste beim ASB Ulm, die Grenze erreicht: „Schließlich haben wir ja auch eine Fürsorgepflicht gegenüber unseren Zivis.“

Betreuungsziel: So normal wie möglich leben, trotz Behinderung

Aber Fälle, die – wie es Zivildienstleistende ausdrücken – „einfach zu hart sind“, gibt es nur selten. Individuelle Schwerstbehinderten-Betreuung bedeutet nämlich nicht, Bettlägrige zu pflegen und Kranke zu versorgen. Hinter dem für viele abschreckend wirkenden Begriff steckt vielmehr der Wunsch, Behinderten zu eigenverantwortlichem und selbstbestimmtem Leben anzuleiten, sie also in der Freizeit, am Arbeitsplatz oder in der Uni so zu unterstützen, damit sie fast wie Nichtbehinderte leben können.

Zivis als ständige Begleiter

So will es auch Christine Glöggler vom ASB in Ulm verstanden wissen. Die 35jährige Sozialpädagogin leidet selbst an Multipler Sklerose und ist auf den Rollstuhl angewiesen. Unumwunden gesteht sie ein: „Ich bin das beste Beispiel für unsere Dienste.“ Morgens hilft ein Zivildienstleistender Frau Glöggler beim Anziehen, dann fährt er sie ins Büro, wo er den ganzen Tag über Christine Glögglers ständiger Begleiter ist. Er muß für sie Briefe schreiben und Akten holen. Abends wartet dann schon der nächste Zivi bei Frau Glöggler zu Hause. Er hilft ihr beim Einkaufen und geht mit ihr ins Theater oder in die Kneipe. Ohne Zivildienstleistende, das



Der Arbeiter-Samariter-Bund hilft, Hürden zu überwinden.

weiß Christine Glöggler, könnte sie nicht alleine leben – sie müßte schon als junge Frau in eine Art Altenheim.

Bundesweit größter ISB-Dienst in Ulm

Die Angst, dorthin abgeschoben zu werden, war es, die ihr die Kraft gab, den ISB-Dienst vor fünf Jahren beim Arbeiter-Samariter-Bund in Ulm aufzubauen. „Als ich nach Ulm zog, gab es hier überhaupt keine Betreuung für Schwerstbehinderte. Deshalb wollte ich einen ISB-Dienst gründen, wie ich ihn während meines Studiums in Heidelberg kennengelernt hatte.“ Für die junge kranke, aber engagierte Frau war das damals, wie sie heute sagt, „Knochenarbeit“. Der ASB hat sie unterstützt. 1986 konnte der erste Zivildienstleistende eingestellt werden; heute arbeiten 120 Zivis, einige Honorarkräfte und Praktikanten

sowie acht festangestellte Fachkräfte beim bundesweit größten ISB-Dienst. „Das ist die Abteilung, die bei uns am stärksten expandiert“, freut sich Maria Rupp, die im Vorstand des Ortsverbands für Soziale Dienste zuständig ist. Zu der ursprünglichen ISB sind im Laufe der Zeit immer mehr ergänzende Dienste hinzugekommen: die häusliche Krankenpflege, der „Mobile Technische Hilfsdienst“, dessen Mitarbeiter z. B. Bilder aufhängen und Türen ölen, und die Alten- und Behindertenberatung, an die man sich wenden kann, wenn man mit Formularen für Sozialhilfe oder Wohngeld nicht klar kommt. Neu sind Freizeitangebote für Behinderte und Nichtbehinderte und ein sozialpädagogischer Betreuungsdienst, der denen hilft, die mit der Tatsache, daß sie für immer hilfsbedürftig sein werden, psychisch nicht klarkommen.

Projekt für MS-Kranke: „Betroffene helfen Betroffenen“

Für MS-Kranke hat Christine Glöggler das Projekt „Betroffene helfen Betroffenen“ ins Leben gerufen. Eine Krankheit, deren Ursprung unbekannt und deren Verlauf unvorhersehbar ist, kann man, so meint Frau Glöggler, nicht bewältigen. Man kann sich höchstens mit ihr arrangieren, und selbst das ist schwer, dauert Jahre: „Weil jeder Tag neue Frusterlebnisse mit sich bringt. Das ist einfach vorprogrammiert. Das versteht kein Außenstehender, der diese Krankheit nicht hat“, erklärt Christine Glöggler, trinkt ihren Kaffee mit einem Strohhalm und bittet ihren Zivi, die Seite im Aktenordner umzublättern.

Peter Brock

Ambulante Dienste zur Entlastung der Angehörigen

Wenn ein älterer Mensch pflegebedürftig wird, bedeutet das häufig für seine ganze Familie eine schwere Belastung. Eine mögliche Lösung für dieses Problem bietet die Johanniter-Unfall-Hilfe mit ihren Sozialstationen. In diesen Einrichtungen ist kompetentes Pflegepersonal tätig, das regelmäßig zu bedürftigen Menschen ins Haus kommt und sie dort fachgerecht versorgt. Eine schmerzvolle Trennung wird so durch die ambulante Pflege vermieden.

Ein wesentliches Element in der aktuellen dynamischen Entwicklung der Sozialen Dienste der Johanniter ist der fortschreitende Aufbau von Sozialstationen in den alten und neuen Bundesländern.

Die anspruchsvollen Aufgaben im Bereich der ambulanten Hauskrankenpflege stehen bereits seit langem in guter Tradition des Betreuungsangebotes der Johanniter-Unfall-Hilfe.

In den letzten Jahren aber wagten sich die Johanniter an den Aufbau eigener Sozialstationen, um die gesamte Palette pflegerischer Dienstleistungen anbieten zu können. Aufgrund der seitdem bewiesenen fachlichen Kompetenz war es den Johannitern daher auf überzeugende Weise möglich, aktiv am Aufbau des ambulanten Gesundheitswesens in den fünf neuen Bundesländern mitzuwirken.

Lagen auf dem Gebiet der alten Bundesrepublik bisher 14 Sozialstationen und elf

Dienste der Häuslichen Krankenpflege in der Verantwortung der JUH, so haben seit Beginn 1991 weitere 44 Sozialstationen in den neuen Ländern ihre segensreiche Arbeit unter dem Johanniter-Emblem aufgenommen.

Vor allem im Bereich der neuen Länder hatten die Johanniter nach der Auflösung der Polikliniken einen entscheidenden Anteil an der Aufrechterhaltung und Gewährleistung der pflegerischen Versorgung und Betreuung alter und kranker Menschen.

Mit Hilfe der finanziellen Unterstützung der Bundesregierung (Förderprogramm „Aufschwung Ost“) und der Deutsche-Bank-Stiftung „Hilfe zur Selbsthilfe“ konnten Renovierung und Einrichtung der Johanniter-Sozialstationen rasch realisiert werden.

Auch die Beschaffung von Fahrzeugen für die Pflegekräfte der Stationen wurde so erleichtert. Denn gerade die Mobilität der ambulanten Dienste ist entscheidend für die Wirksamkeit der pflegerischen Versorgung.

Schmerzvolle Trennung vermeiden

Durch die Bündelung und zentrale Organisation der Kernangebote einer Sozialstation: **häusliche Krankenpflege, ambulante Altenpflege, Haus- und Familienpflege** kann eine optimale Versor-



JUH-Sozialstationen ermöglichen kompetente und persönliche Pflege im eigenen Heim.

gung der Hilfe- und Pflegebedürftigen erreicht werden. Ihren eigentlichen Auftrag erfüllt eine Sozialstation, wenn ihre ambulant tätigen Pflegekräfte helfen können, daß alte und kranke Menschen während der Pflegezeit in der

gewohnten häuslichen und familiären Atmosphäre verbleiben können.

Um die schmerzvolle Trennung vom eigenen Lebens- (wohn)raum im Krankheits- und Pflegefall zu vermeiden, bieten viele Kreisverbände

und Sozialstationen der Johanniter darüber hinaus zusätzliche Mobile Soziale Hilfsdienste an. Hierin sind unter anderem Besuchs- und Betreuungsdienste enthalten, die es pflegenden Angehörigen ermöglichen sollen, notwendige eigene Aktivitäten zu erhalten. Auch zur Schaffung der nötigen Freiräume in der unmittelbaren Bindung dieser zumeist über viele Jahre engagierten Angehörigen an ihre pflegebedürftigen Familienmitgliedern können die sozialen Hilfsdienste der Johanniter genutzt werden.

Hausnotruf- und Mahlzeitendienste komplettieren oftmals das Pflege- und Betreuungsangebot der Johanniter-Sozialstationen.

Bei Krankheit oder Abwesenheit der haushaltsführenden Personen, besonders aber bei dadurch entstehenden unzureichenden Versorgungsmöglichkeiten für die Kinder helfen die Haus- und Familienpflegerinnen der Johanniter-Sozialstation.

Die umfangreichen Aufgabenbereiche und Einsatzmöglichkeiten der Pflegekräfte werden in ausführlichen Beratungsgesprächen mit der Stations- und Pflegedienstleitung deutlich.

Ob der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Absicherung des Pflegerisikos zu einer spürbaren Entlastung führt, ist darüber hinaus bisher kaum abzuschätzen. Dabei bleibt abzuwarten, ob das auf dem Umlageverfahren basierende „Blüm-Modell“ einer gesetzlichen Pflichtversicherung unter dem Dach der Krankenkassen oder der Vorschlag einer privaten Pflichtversicherung mit Kapitaldeckung zum Zuge kommt.

Aus der Sicht des Wohlfahrtsverbandes muß die Johanniter-Unfall-Hilfe an einer Lösung interessiert sein, die vor allem den Belangen der sozial schwächeren – und damit eher hilfe- und pflegebedürftigen – Mitbürgern gerecht wird. Eine Pflegeversicherung in Form des Umlageverfahrens steht somit im Vordergrund des Interesses, da so die Hilfe durch solidarische

Unterstützung garantiert wird.

Bei aller momentanen Ungewißheit bleibt aber zu hoffen, daß sich die Aufgaben der Johanniter-Sozialstationen durch die Einführung der

Gesundheitsreformgesetz und Schwerpflegebedürftigkeit

Bereits seit geraumer Zeit wird auf der Grundlage des Gesundheitsreformgesetzes (Sozialgesetzbuch SGB V § 37) Häusliche Krankenpflege als Behandlungs- und Grundpflege sowie hauswirtschaftliche Versorgung gewährt, wenn ein Krankenhausaufenthalt nicht möglich oder durch die ambulante Pflege vermieden oder verkürzt wird. Ebenfalls von den Krankenkassen finanziert wird eine Haushaltshilfe (SGB V § 38), wenn die haushaltsführende Person krank oder abwesend ist und gleichzeitig mindestens ein Kind unter acht Jahren im Haushalt versorgt werden muß.

Seit dem 1. Januar dieses Jahres gewährt das Gesundheitsreformgesetz zusätzliche Unterstützungsmöglichkeiten für Schwerpflegebedürftige in Form der sogenannten „Pflegehilfe“.

Diese unterscheidet zwischen einer **Pflegeleistung** (SGB V § 55), die von schwerpflegebedürftigen Patienten in maximal 25 Pflegeeinsätzen im Monat bis zu einer Stunde im Gesamtwert von höchstens 750,- DM in Anspruch genommen werden kann.

Sollten pflegende Angehörige in der Lage sein, die grundpflegerische Versorgung des Schwerpflegebedürftigen in Eigenregie zu übernehmen, kann die „Pflegehilfe“ alternativ auch als **Geldleistung** (SGB V § 57) in Höhe von 400,- DM bezogen werden.

Über die Anrechnung der Pflegehilfe auf das von der

Pflegeversicherung für die Betreuung der alten und kranken Menschen in Zukunft noch wirkungsvoller gestalten lassen.

Sozialhilfe gezahlte Pflegegeld besteht noch keine abschließende Klarheit. Zusätzlich besteht die Möglichkeit einer **Urlaubspflege** (SGB V § 56), die zur Entlastung der pflegenden Angehörigen beitragen soll.

Wie die Entwicklung der letzten Monate gezeigt hat, wird vom weitaus überwiegenden Teil der Antragsteller (92 %) der Bezug der „Pflegehilfe“ in Form der Geldleistung bevorzugt. Die Gründe dafür liegen zum einen in der problematischen Definition von Schwerpflegebedürftigkeit, die zunächst auf gutachterlicher Basis durch den medizinischen Dienst der Krankenkassen festzustellen ist. Zum anderen ist die Hilfe durch die Geldleistung aus der Sicht der Antragsteller offensichtlich organisatorisch einfacher. Gleichzeitig ist es für pflegende Angehörige noch immer schwierig, die Hilfen der Wohlfahrtsverbände anzunehmen. Hinzu kommt, daß der Umfang der vielfältigen Pflege- und Unterstützungsmöglichkeiten den Betroffenen nicht hinreichend bekannt ist.

Um diese Hemmungen abzubauen zu helfen, entwickelt die Johanniter-Unfall-Hilfe derzeit ein Ausbildungs- und Informationsprogramm, das sich direkt an die betroffenen pflegenden Familienmitglieder wenden soll. Betroffene werden derzeit von den Sozialstationen und den Orts- und Kreisverbänden der Johanniter informiert und beraten.

Hanns-Joachim Friedrichs unterstützt JUH-Hilfe für Afrika

Der ehemalige Tagesthemens-Chef Hanns-Joachim Friedrichs wirbt um Hilfe für Afrika. In einem Aufruf der Johanniter-Unfall-Hilfe, der jetzt in Bonn veröffentlicht wurde, bittet der Journalist darum, über die Vielzahl täglich neuer und aktueller Schlagzeilen, die in Afrika herrschende Not nicht zu vergessen. Er stellt fest: „Es ist unsere menschliche Pflicht, jetzt schnell zu handeln. Durch gezielte Hilfe für die Hungernden in Afrika müssen wir versuchen, den Menschen das Überleben zu ermöglichen und ihnen langfristige eine menschenwürdige Zukunft zu geben.“ Der Appell weist darauf hin, daß nach wie vor am Horn von Afrika etwa 10 Millionen Menschen unter den Folgen von Dürrekatastrophen und Bürgerkrieg leiden. In Ländern wie Äthiopien und Somalia sei die Not bereits zu einem „Dauerzustand“ geworden.

Daß dies nicht so bleiben muß, dafür nennt Friedrichs Beispiele, wie die Initiativen der Johanniter in Namibia. Die Johanniter-Station „Swakopmund“ beispielsweise bildet Personal für die Hauskrankenpflege aus. Auch die Behandlung und Beratung zählen zu ihren Aufgaben. Ein Blutspendedienst und ein Kindergarten sind angegliedert. Auf der als Buschklinik anerkannten „Farm Cook“ versorgen die Johanniter viele tausend Menschen jährlich. Schwerpunkte der Johanniter-Arbeit sind: Gesundheitserziehung, Mutter-Kind-Betreuung, Behandlung von Krankheiten und Verletzungen und Impfaktionen.

Wer sich an der Afrika-Hilfe der Johanniter-Unfall-Hilfe beteiligen möchte, kann dies auf das Spendenkonto Nr. 43434343 bei allen Banken und Sparkassen tun.

Aktivitäten der Kreis- und Ortsverbände der JUH in den neuen Bundesländern

Orte	Gründungsdatum	Behindertenfahrdienst	Rettungsdienst	Kranken-transport	Ausbildung	Essen auf Rädern	Sozialstationen
Altenburg-Schmöln	01/91 (KV)		•	•		•	•
Anklam	04/91 (KV)				•		
Annaberg	11/90 (KV)		•	•			
Aue	09/90 (KV)	•	•	•			•
Auerbach	06/91 (KV)					•	•
Bad Langensalza	10/90 (KV)	•	•	•			•
Belzig	09/90 (KV)	•	•	•	•	•	
Bergen	04/91 (OV)				•		
Berlin (Ost)/ Friedrichshain	08/90 (KV)	•	•			•	•
Bernau	08/90 (KV)	•		•	•	•	•
Brandenburg	05/90 (KV)	•	•	•	•		•
Cottbus	06/90 (KV)	•	•	•	•		
Dessau	07/90 (KV)	•	•	•	•		•
Dresden	09/90 (KV)	•	•	•			•
Eberswalde	07/90 (KV)		•				
Eisenach	10/90 (KV)	•					•
Erfurt	04/90 (KV)	•	•	•		•	•
Frankfurt/O.	03/90 (KV)	•	•	•	•	•	•
Fürstenwalde	08/90 (KV)		•	•	•	•	•
Gera	12/90 (KV)	•			•		•
Gnoien	01/91 (OV)						•
Gotha	12/90 (KV)	•	•	•			•
Johanngeorgenstadt	04/90 (KV)						•
Kirchberg	12/90 (OV)		•	•			•
Königswusterhausen	07/90 (KV)		•	•			
Leipzig	03/90 (KV)	•	•	•	•	•	•
Löbau	07/90 (KV)	•				•	•
Luckenwalde	03/91 (KV)	•	•	•	•		
Ludwigslust	04/90 (OV)	•			•		
Lugau	06/91 (OV)						•
Lunzenau	06/91 (OV)						•
Magdeburg	04/90 (KV)	•	•	•	•	•	
Malchin	01/91 (OV)				•		
Mirow	12/90 (OV)						•
Naumburg	10/91 (KV)				•		
Neuburg-Steinhausen	01/91 (OV)						•
Nordhausen	08/90 (KV)	•	•	•		•	•
Oelsnitz/Erzgebirge	06/91 (OV)						•
Pirna/Heidenau	10/90 (OV)	•	•	•	•		•
Plauen	09/90 (KV)	•	•	•		•	•
Poel (Insel)	01/91 (OV)						•
Pößneck	11/90 (KV)						•
Potsdam	12/90 (KV)	•	•	•	•	•	•
Riesa	06/90 (KV)	•	•	•			
Rostock	08/91 (KV)		•				
Rudolstadt	01/91 (KV)		•	•			•
Rügen	04/91 (KV)				•		
Schmalkalden	01/91 (KV)				•		
Schneeberg	12/90 (OV)		•				•
Schwerin	08/91 (KV)	•					
Stendal	05/91 (KV)		•		•		
Strasburg	11/90 (KV)	•	•		•		
Strausberg	08/90 (KV)				•		
Suhl	01/91 (KV)	•	•				
Weimar	04/90 (KV)		•	•	•		
Werdau	02/91 (OV)	•					•
Wilkau-Haßlau	03/91 (OV)						•
Wismar	03/90 (KV)	•	•	•			•
Woldegk	11/90 (OV)	•	•				•
Zittau	02/91 (KV)					•	•
Zwickau	12/90 (KV)				•		
Zwönitz	02/91 (OV)						•

Malteser-Hilfsdienst in Rumänien gegründet

Der Wunschraum vieler Malteserfreunde in Deutschland und Rumänien hat sich erfüllt: Der „Serviciul de Ajutor Maltez in Romania“ (SAMR), Malteser-Hilfsdienst in Rumänien, wurde gegründet.

Er war die Folge eines Ereignisses vom 24. Mai 1990. An jenem Tag waren die letzten Tapetenstreifen in der Wohnung Nummer 13 festgeklebt worden; Möbel gab es noch keine, Schreibmaschine und Telexgerät standen auf dem Fußboden. Trotzdem war zu einem bescheidenen kleinen Empfang geladen worden, um die Dienststelle in der str. Nufertilor nr. 1 (Seerosenstraße) einzuweihen. Rund 25 Persönlichkeiten aus Kirche, Verwaltung, Medizin und Wirtschaft waren der Einladung gefolgt.

Man sprach über alles, was in Rumänien zu tun sei: über Kirchenneubauten und -renovierungen, über Krankenhausmodernisierungen, Praxiseröffnungen; es wurde aber auch vom Malteser-Hilfsdienst gesprochen, vom rumänischen Malteser-Hilfsdienst, den man am liebsten an jenem Abend schon gegründet hätte. Doch dafür war die Zeit noch nicht reif.

Seit jenem Tage aber lebte der Gedanke von, wuchs der Wunsch nach einem eigenen Malteser-Hilfsdienst. Und eines Tages saß ein Kreis junger Leute auf dem Fußboden, Stühle gab es noch nicht genug, und nahm an einem Erste-Hilfe-Kurs teil. Diesem ersten folgten weitere; die Leitung der deutschen Schule in Klausenburg bat den Malteser-Hilfsdienst um einen Kurs, der anstelle von Praktikumstagen stattfinden sollte.

Private Initiativen, die sich nach der sogenannten Revolution gegründet und Hilfe am Mitmenschen zum Ziel haben, suchten Verbindung mit den Maltesern, um ein Konzept, um einen Weg zu finden. Ärzte und Behörden, die von unserer Sorge um das Schicksal der Behinderten erfuhren, besprachen sich mit uns, boten den Maltesern immobile Arbeitsmöglichkeiten an. Immer häufiger wiederholte sich dabei der Satz: „Wenn Sie ein rumänischer Verein wären, dann könnten wir...“ oder „wenn wir in Ihnen einen rumänischen Partner hätten, würden wir...“. Der Wunsch, eine eigene, dem deutschen Malteser-Hilfsdienst nahe verwandte Organisation in Rumänien ins Leben zu rufen, wurde aus dem Land selbst an uns herangetragen.

Erster Satzungsentwurf

Im Oktober 1990 trafen sich einige Male in der Dienststelle in Klausenburg römisch- und griechisch-katholische Geistliche sowie rumänische und deutsche Rechtsanwälte und Vertreter von Orden und Malteser-Hilfsdienst, um einen Satzungsentwurf für eine rumänische Organisation zu erarbeiten, der nach vielem hin und her, für und wider, der Name „Serviciul de Ajutor Maltez in Romania“, kurz: SAMR gegeben wurde. Die deutschen Malteser legten Wert auf das „S“ – Serviciul (der Dienst, das Dienen); Ajutor (Hilfe) und Maltez (Malteser) war für alle klar; die rumänischen Gesprächspartner legten auf das „R“ (in Romania) Wert. Hätte

es „rumänischer“ Malteser-Hilfsdienst geheißen, würden sich die vielen im Lande lebenden Ungarn sowie die ethnischen Minderheiten vielleicht ausgeschlossen gefühlt haben.

Dieser Entwurf wurde dem Tribunal in Klausenburg zum Begutachten vorgelegt. Nach der Zusage, daß er genehmigt werden könne, ging der Satzungsentwurf „unserem Bischof“ in Alba Iulia, der vorher in persönlichen Gesprächen, an denen auch der dortige Caritasdirektor teilnahm, über unsere Absicht informiert worden war, zu sowie der Ordensregierung und dem Präsidenten der rumänischen Exilassoziatio des SMRO (Souveräner Malteser-Ritterorden). Sobald die beiden letzteren grünes Licht gegeben hatten, erging an Bischof Balint Lajos die Bitte um Benennung eines Geistlichen als zukünftigem Präsidenten des SAMR. Als endlich sein Vorschlag und die Zusage des Benannten vorlagen, wurde ein Termin abgestimmt und Persönlichkeiten aus ganz Rumänien zum 11. Mai 1991 nach Klausenburg eingeladen.

Gründungsfeier

Vormittags versammelten sich die Eingeladenen zu einer Eucharistiefeier in der Michaelskirche in Klausenburg. Anschließend begaben sich alle zum Hotel Napoca, wo die eigentliche Gründungsversammlung stattfand, zu der aus Deutschland mit Generalsekretär Freiherr Heereman u. a. die Diözesanleiter von Aachen, München und Trier, und aus Frankreich der Präsident der rumänischen Exil-

assoziatio, Botschafter Sone-riu, und der ehemalige Hospitalier des Ordens, Bailli Graf Pierredon, angereist waren.

Kreismedizinaldirektor Dr. Mihai Romila, Tulcea, eröffnete die Versammlung und begrüßte die Anwesenden namens des „Freundeskreises der Malteser in Rumänien“. Seiner Ansprache folgte ein Statement von Freiherr Heereman, der als Beauftragter der Ordensregierung die Grüße des Hospitaliers, Freiherr von Boeselager, überbrachte und einige grundlegende Überlegungen über Sinn und Zweck der Gründung eines katholischen Hilfsdienstes anstellte. Es folgte der Beschluß zur Gründung des Serviciul de Ajutor Maltez Romania.

In geheimer Wahl wurde Prälat Otto Nutz, Sibiu, zum ersten Präsidenten des SAMR gewählt; per Akklamation wurden gewählt: als Vizepräsidenten Generalvikar Grigore Duma, Iasi, und Rechtsanwalt Aurel Olteanu, Cluj, sowie die drei Vertreter der aktiven Mitglieder, die aus Baia Mare, Klausenburg und Temeswar kommen.

Dem gemeinsamen Mittagessen schloß sich die erste Präsidiumssitzung an, in welcher das Präsidium Dr. Mihai Romila aus Tulcea zum Leitenden Arzt berief. Dann erläuterte Walter Pies, Dienststellenleiter der Außenstelle des Generalsekretariats in Klausenburg, Projekte, Pläne und auf den SAMR zukommende Aufgaben, die sich vorwiegend mit der Arbeit um und für Behinderte (Therapie, Werkstätten, Integration) befassen. Hierneben gleichberechtigt steht die Ausbildung.

– Waltraud Kallen –

7. Deutsche Feuerwehr-Skilanglauf-Meisterschaften

29. 2./1. 3. 1992 in Braunlage/Harz
(Ausweichtermin 14. 3./15. 3. 1992)

1. Veranstalter

1.1 Der Deutsche Feuerwehrverband richtet für die Aktiven der deutschen Feuerwehren die 7. Deutschen Feuerwehr-Skilanglauf-Meisterschaften am

Samstag, dem 29. Februar 1992 (Leistungsläufe), und Sonntag, dem 1. März 1992 (Volksläufe),

im staatlich anerkannten Luftkurort Braunlage im Harz aus. 1.2 Träger der Veranstaltung ist der Deutsche Feuerwehrverband und der Landesfeuerwehrverband Niedersachsen. 1.3 Die örtliche Vorbereitung und Durchführung wurde der Stadt Braunlage übertragen. Die Leitung dieser Veranstaltung wird vom Träger in einem Organisationsplan bestimmt.

1.4 Die Meisterschaften werden nach den Bestimmungen der Deutschen Wettkampf-Ordnung für Skilauf des Deutschen Skiverbandes (DWO) durchgeführt.

2. Teilnahme

2.1 Eine Teilnahmebegrenzung besteht nicht. 2.2 Für die zur Meisterschaft zählenden Leistungsläufe sind alle Aktiven der deutschen Freiwilligen Feuerwehren, Berufsfeuerwehren, Werk/Betriebsfeuerwehren sowie der Jugendfeuerwehren teilnahmeberechtigt, die am 1. Janu-

ar des Jahres mindestens sechs Monate als Aktive der Feuerwehr bzw. Jugendfeuerwehr angehören. Der Nachweis ist entweder durch den Feuerwehrausweis, den Jugendfeuerwehrausweis oder ersatzweise einer Bescheinigung der Feuerwehr bei der Startnummernausgabe zu erbringen.

2.3 Für die Volksläufe sind alle Aktiven der Feuerwehren sowie deren Angehörige und Freunde teilnahmeberechtigt.

2.4 Voraussetzung für die Teilnahme ist die Einhaltung der Meldetermine und die Zahlung des Startgeldes.

2.5 In begründeten Ausnahmefällen, in denen die Teilnahmevoraussetzung gem. Pos. 2.2 und 2.4 nicht gegeben ist, kann ein Wertungsausschuß vor dem Start auf Antrag eine Ausnahmegenehmigung erteilen.

2.6 Startgeld

2.6.1 Volksläufe

- bei Voranmeldung bis zum Meldetermin: 14,- DM je Teilnehmer/Lauf

- bei Nachmeldung: 16,- DM je Teilnehmer/Lauf

Das Startgeld muß beim Abholen der Startkarten entrichtet werden.

2.6.2 Leistungsläufe

- für die Klassen „Jugend“: 8,- DM

- für die übrigen Klassen: 14,- DM

Das Startgeld muß beim Abholen der Startnummern entrichtet werden. Die Startnum-

mern werden nur geschlossen für die jeweilige Feuerwehr/Feuerwehrabteilung/Jugendfeuerwehr ausgegeben.

3. Klassen-Einteilung

3.1 Volkslauf (klassischer Laufstil)

- 10-km-Strecke: für alle Klassen

- 20-km-Strecke: für alle Klassen

3.2 Leistungsläufe (klassischer Laufstil)

Für die Klassenzugehörigkeit gilt das vollendete Lebensjahr (Stichtag ist der 1. Januar 1992)

Klasseneinteilung für Leistungsläufe am 29. 2. 1992

Damen

	Jahrgang	
weibliche Jugend I	-15 Jahre (-1977)	5 km
weibliche Jugend II	16-18 Jahre (1976-1974)	5 km
Juniorinnen/Damen	19-29 Jahre (1973-1963)	5 km
Damen AK I	30-39 Jahre (1962-1953)	5 km
Damen AK II	ab 40 Jahre (1952 u. früher)	5 km

Herren

	Jahrgang	
männliche Jugend I	-15 Jahre (-1977)	5 km
männliche Jugend II	16-18 Jahre (1976-1974)	5 km
Junioren/Herren	19-29 Jahre (1973-1963)	12 km
Herren AK I	30-39 Jahre (1962-1953)	12 km
Herren AK II	40-49 Jahre (1952-1943)	12 km
Herren AK III	50-59 Jahre (1942-1933)	12 km
Herren AK IV	ab 60 Jahre (1932 u. früher)	12 km

4. Wertung

4.1 Volksläufe:

Keine Zeitnahme, ohne Platzierung. Kontrollstellen befinden sich an den Strecken.

4.2 Leistungsläufe:

4.2.1 Einzelwertung gemäß Klassen (Pos. 3.2)

4.2.2 Mannschaftswertung

a) weibliche Jugend I und II, Juniorinnen/Damen, Damen AK I + II

b) männliche Jugend I + II

c) Junioren/Herren, Herren AK I + II + III + IV

In die Mannschaftswertung kommen

- bei den Damen jeweils die drei Zeitschnellsten

- bei den Herren jeweils die vier Zeitschnellsten

die der gleichen Feuerwehr/Feuerwehrabteilung bzw. Jugendfeuerwehr angehören und auf der gleichen Meldeliste aufgeführt sind.

4.3 Es werden folgende Meistertitel vergeben:

4.3.1 weibliche Jugend I + II: „Deutsche Feuerwehr-Ski-

langlauf-Meisterin der Jugend“

4.3.2 Juniorinnen/Damen, Damen AK I + II: „Deutsche Feuerwehr-Skilanglauf-Meisterin“

4.3.3 männliche Jugend I + II: „Deutscher Feuerwehr-Skilanglauf-Meister der Jugend“

4.3.4 Junioren/Herren, Herren AK I + II + III + IV: „Deutscher Feuerwehr-Skilanglauf-Meister“

4.4 Folgende Auszeichnungen/Ehrenpreise werden vergeben:

– Volksläufe:

Alle Teilnehmer erhalten eine Teilnehmerplakette

– Leistungsläufe:

Alle Teilnehmer (gem. Pos. 3.2) erhalten eine Wettkampfsperre

– Leistungsläufe/Einzelwertung:

Die drei Erstplatzierten der Mannschaftswertungen (gem. Pos. 4.2.2) erhalten einen Pokal pro Mannschaft. Die Deutschen Meister erhalten zusätzlich einen Ehrenpreis.

5. Anmeldung

5.1 Meldeschluß ist: **Donnerstag, 14. Februar 1992 (Poststempel)**

5.2 Anmeldungen unter Verwendung der offiziellen Meldelisten nur an: Stadt Braunlage – Feuerwehrmeisterschaften – Postfach 1140, W-3389 Braunlage.

5.3 Veränderungen der Meldungen für den Ausweichtermin sind bis spätestens 7. März 1992 vorzunehmen.

5.4 Ausschreibungsunterlagen und Anmeldevordrucke sind erhältlich bei: Stadt Braunlage – Feuerwehrmeisterschaften – Postfach 1140, W-3389 Braunlage – Deutscher Feuerwehrverband, Koblenzer Str. 133, W-5300 Bonn 2 – Landesfeuerwehrverband Niedersachsen, Am Maschpark 1/ Haus 4, W-3000 Hannover 1.

6. Haftung

Veranstalter und Organisatoren übernehmen gegenüber den Teilnehmern und dritten Personen keine Haftung.

7. Unfallversicherungsschutz

7.1 Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr einschl. Jugendfeuerwehr genießen den gesetzlichen Unfallversicherungsschutz, wenn sie als Teilnehmer im Rahmen ihres Feuerwehrdienstes vom zuständigen Wehrleiter zu diesen Skilanglauf-Meisterschaften entsandt werden.

7.2 Angehörige von Werk/Betriebsfeuerwehren sind dann unfallversichert, wenn ihre Teilnahme im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit gemäß § 539 Abs. 1 Nr. 1 RVO erfolgt. Zuständiger Unfallversicherungsträger ist die jeweilige Fachberufsgenossenschaft, bei der das Unternehmen Mitglied ist. Es wird empfohlen, den Versicherungsschutz rechtzeitig über den Arbeitgeber zu klären.

7.3 Beamte der Berufsfeuerwehr sind dann unfallversichert, wenn ein Unfall anlässlich der Skilanglauf-Meisterschaften als Dienstatfall im Sinne des Beamtenversorgungsgesetzes anzuerkennen ist.

8. Proteste

Hierfür gelten die Bestimmungen entsprechend der Deutschen Wettkampfordnung für Skilanglauf des Deut-

schen Skiverbandes (DWO) und in begründeten Ausnahmefällen ein Wertungsaus-schluß (siehe Pos. 2.5).

9. Schlußbestimmung

Diese Ausschreibung wurde vom Vorstand des DFV am 10. 10. 1991 beschlossen.

Programm und Organisation

Donnerstag, 27. Februar 1992

17.00 Uhr Auslosung für die Leistungsläufe (im Wettkampfbüro).

Freitag, 28. Februar 1992

ab 10.00 Uhr Startnummernausgabe für die Leistungsläufe am 29. Februar 1992 (im Wettkampfbüro).

Samstag, 29. Februar 1992

ab 7.30 Uhr Startnummernausgabe (am Start).

8.30 Uhr Start der Leistungsläufe (klassischer Laufstil).

5-km-Strecke: für alle Damenklassen und männl. Jugend.

12-km-Strecke: für alle Herrenklassen.

16.00–18.00 Uhr Startnummernausgabe für die Volksläufe über 10 km und 20 km (im Wettkampfbüro).

19.00 Uhr Siegerehrung Leistungsläufe und Kameradschaftsabend mit Tanz im Kurgastzentrum.

Sonntag, 1. März 1992

ab 8.00 Uhr Startnummernausgabe für die Volksläufe über 10 km und 20 km (am Start).

9.00–11.00 Uhr Startzeit für Volksläufe 10 + 20 km (klassischer Laufstil) für alle Aktiven der Feuerwehren sowie deren Angehörige und Freunde.

14.00 Uhr Zielschluß

Anmeldung schriftlich an: Stadt Braunlage – Feuerwehrmeisterschaften – Postfach 1140, 3389 Braunlage

Meldeschluß:

14. Februar 1992 (Poststempel). (Programmänderungen vorbehalten). Veränderungen der Meldungen für den Ausweichtermin sind bis spätestens 7. März 1992 vorzunehmen.

Jetzt bestellen.

FEUERWEHR-JAHRBUCH



Über 150 Jahre
Feuerwehren in Deutschland



1991

mit den aktuellen
Berichten, Angaben und
Anschriften
aus allen Bundesländern;
auch aus
Brandenburg
Mecklenburg-Vorpommern
Sachsen
Sachsen-Anhalt
Thüringen

über 250 Seiten

Meldeliste Volksläufe

für die 7. Deutschen Feuerwehr-Skilanglauf-Meisterschaften
am 29. 2./1. 3. 1992
in Braunlage/Harz



An die
Stadt Braunlage
- Feuerwehrmeisterschaften -
Postfach 1140

W-3389 Braunlage

Absender:
(mit Telefonnummer für evtl. Rückfragen)

Feuerwehr/Abteilung: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Volksläufe am 1. 3. 1992

Meldeschuß: 14. Februar 1992

Nr.	Name/Vorname	Feuerwehrabteilung	Volkslauf		Startgeld
			10 km	20 km	

Datum _____

Unterschrift _____

Abtrennen oder kopieren!

Zum Jahreswechsel grüße ich alle Mitglieder der Feuerwehren und ihre Familien herzlich.

War das Jahr 1990 von der Wiedervereinigung geprägt, so galt es im Jahre 1991, das Begonnene zu fertigen. Man wird feststellen müssen, und das mit gewissem Bedauern, daß allzu schnell die Freude über die einmalige Form der Wiedervereinigung einem kühlen Abwägen nach Plus und Minus gewichen ist. Nüchternheit trat an die Stelle der Begeisterung.

In den neuen Bundesländern geht es den meisten nicht schnell genug voran, in den alten Bundesländern drückt viele die nun einmal notwendige zusätzliche Belastung. Davon ist jeder einzelne von uns sicher nicht unberührt geblieben.

Die Feuerwehr als Ganzes hat in den zurückliegenden Monaten Erhebliches zur Gemeinsamkeit beigetragen. Mit Unterstützung der alten Landesfeuerwehrverbände und des Deutschen Feuerwehrverbandes wurden die neugegründeten Landesfeuerwehrverbände Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen arbeitsfähiger gemacht. Aufgabe war es, Kreis- und Stadtfeuerwehrverbände zu gründen, damit der Zusammenschluß auf Landesebene erfolgen konnte.

Wenn man berücksichtigt, wieviel Schwierigkeiten (Unzulänglichkeiten beim Telefon und im Postverkehr) zu überwinden galten, grenzt es fast an ein Wunder, wieviel bisher erreicht und geschaffen werden konnte. Den Verbandsvorsitzenden und ihren Vorständen gebührt dafür Anerkennung.

Doch es gibt viele Dinge, die uns Sorgen machen und unser aller Kraft auch noch in Zukunft benötigen. Dabei will ich den gesamten Kom-

plex der notwendigen Ausstattung und Ausrüstung nicht in den Vordergrund stellen, sondern das menschliche Problem. Bedingt durch die notwendige Schließung vieler Betriebe, wurden die freiwilligen Betriebsfeuerwehren aufgelöst. Viele Kommunen hatten ihren Brandschutz auf diese Kräfte abgestützt, so daß in manchen Fällen der Brandschutz personell gefährdet ist.

Andere Gemeinden meinen, es sich finanziell nicht leisten zu können, eine Freiwillige Feuerwehr zu unterhalten. Aber auch viele Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren haben Sorge, daß sie ihren Arbeitsplatz verlieren könnten, wenn sie während der Arbeitszeit zum Einsatz ausrücken müssen. In all diesen Fällen kann nur die rasche Verabschiedung der notwendigen Gesetze und eine entsprechende Aufklärung vor Ort Abhilfe schaffen.

Der Deutsche Feuerwehrverband hat deshalb in den letzten Monaten mehrere Diskussionsveranstaltungen und Gesprächsrunden in den neuen Bundesländern geführt. Teilnehmer waren die erweiterten Vorstände, zum Teil Kreis- und Stadtfeuerwehrverbandsvorsitzende und deren Stellvertreter sowie Vertreter der Kommunen und der Landesregierung. Hierbei konnten wir Probleme aufnehmen und können so an entscheidender Stelle zur Lösung beitragen.

Positiv für den Willen zum Helfen ist zu werten, daß über 150 000 Männer und Frauen in den fünf neuen Landesverbänden Feuerwehrmitglieder sind und daß laufend Jugendfeuerwehren gegründet werden.

„Deine Feuerwehr hilft – komm hilf mit“ war das Motto der Brandschutzwoche, die bundesweit durch-

geführt wurde und eine gute Resonanz in der Bevölkerung hatte.

Die Jugendfeuerwehren führten ihre ersten gesamtdeutschen Leistungswettbewerbe durch, die für die Jugendlichen zu einem gemeinsamen schönen Erlebnis wurden.

Bei guter Schneelage und herrlichem Wetter wurden die Feuerwehr-Skilanglauf-Meisterschaften in Schonach durchgeführt.

Die Feuerwehren konnten auch 1991 die an sie gestellten Aufgaben erfüllen. Persönlicher Einsatz und Verzicht auf Freizeit waren notwendig. Zu erwähnen sind hierbei die Hilfsgüteraktionen und -transporte vieler Feuerwehren in Ostgebiete, wo die Not noch sehr groß ist.

Dafür gebührt allen Kameraden und Kameradinnen Dank, ebenso allen, die uns bei unserer Arbeit Unterstützung gaben.

Das neue Jahr wird uns zu den alten auch neue Aufgaben bringen. Gemeinsam werden wir sie wie in der Vergangenheit bewältigen können.

An bundesweiten Veranstaltungen sind die Feuerwehr-Skilanglauf-Meisterschaften am 29. Februar und 1. März 1992 in Braunlage und die Ausscheidungswettkämpfe für die internationalen Wettkämpfe des CTIF, die 1993 in Berlin stattfinden werden, am 19. und 20. Juni in Olpe zu nennen.

Ich wünsche allen für das neue Jahr Gesundheit und Freude und weiterhin die Bereitwilligkeit zur Erfüllung der von jedem einzelnen gewählten Aufgabe.

HINRICH STRUVE
Präsident des
Deutschen Feuerwehrverbandes



Zum Jahreswechsel

Während der Übung trat der Ernstfall ein

Sonntag, 13.30 Uhr, Kiese-see Göttingen: Planmäßig, scheinbar bis ins kleinste Detail organisiert läuft die bisher größte Katastrophenschutzübung der DLRG Eichsfeld an. Neun Einsatzfahrzeuge, drei Rettungsboote, ein Rettungshubschrauber stehen bereit; über 70 Einsatz-, Rettungs- und Sicherungskräfte der DLRG Eichsfeld, Göttingen, Oberweser sowie der Johanniter-Unfall-Hilfe, der Feuerwehr und des DRK sollen ihr Können unter Beweis stellen. Unter ihnen befinden sich elf Rettungsschwimmer bzw. Taucher aus Thüringen. Für sie ist es die erste Übung dieser Art.

Ein Massenunfall (Bootskollision) wird simuliert. Das Rettungsboot kommt zum Einsatz, die Rettungsschwimmer bergen die Opfer, über Funk werden weitere Kräfte zur Bergung und Versorgung der Verunglückten angefordert, der Rettungshubschrauber Christoph 44 fliegt den Notarzt ein. Ein Bootsinsasse wird noch vermißt, Rettungstaucher werden über die Funkleitstelle angefordert.

Da Eile geboten ist, sollen zwei Taucher unmittelbar über das Suchgebiet vom Rettungshubschrauber aus abspringen. Doch jetzt läuft alles ganz anders: Schaulustige segeln mit ihren Booten trotz Vorwarnung zur „Unglücksstelle“, ein Absetzen der Taucher wird unmöglich, da ein Segelboot von einer Böe erfaßt wird und kentert. Eine Frau und ein Kind schwimmen in den kalten Fluten. Nach Abdrehen des Hub-



Zahlreiche Zuschauer beobachten die medizinische Versorgung der „Opfer“.



Das Rettungsboot auf dem Weg zur Verletzten-Sammelstelle.

Zweimal kommt Christoph 44 zum Einsatz: Erst wird der Notarzt abgesetzt, dann werden die Rettungstaucher eingeflogen.

schaubers können die Verunglückten vom Rettungsboot aufgenommen werden. Zum Glück ist ihnen nichts passiert.

Erst jetzt können die Taucher mit ihrer Suche beginnen. Der „Vermißte“ war inzwischen unbemerkt und unter Schock stehend an Land geschwommen. Dort wird er von Sicherungskräften gefunden und von den Johannitern versorgt. Anschließend wird die Übung beendet.



Hessischer Innenminister übergab Gerätewagen und Boot

Anlässlich des „Tages der offenen Tür“ der DLRG-Rettungsstation Wiesbaden-Biebrich übergab der Hessische Innenminister, Dr. Herbert Günther, dem DLRG-Landesverband Hessen einen Gerätewagen im Wert von 240 000 DM, der speziell für die Zwecke der Wasserrettung konzipiert wurde, sowie ein Mehrzweckboot.

„Die Helferinnen und Helfer der DLRG haben in zahlreichen Einsätzen menschliches Leid abgewendet“, betonte Dr. Günther in seiner Ansprache. Dank ihrer Hilfe seien 1990 in Hessen 56 Menschen vor dem Ertrinken gerettet worden.

Der Präsident des DLRG-Landesverbandes Hessen, Peter Enders, erläuterte in seiner Begrüßungsrede einige Zahlen aus der Statistik der DLRG. So wurde im Jahr 1990 22 000 Kindern das Schwimmen beigebracht. Zusätzlich wurden rund 6000 Rettungsschwimmer ausgebildet. Insgesamt leisteten

rund 100 Wachgänger knapp 260 000 Wachstunden. Fast zwei Drittel der Stunden wurden an Freigewässern, Bädern und Flüssen geleistet.

Enders wies darauf hin, daß viele Einsätze nicht aus der

Statistik erkennbar seien. So sei die DLRG meistens so rechtzeitig zur Stelle, daß eine ärztliche Nachbehandlung nicht erforderlich wird. Der Präsident bedankte sich auch beim Hessischen Sozialmini-

sterium für die finanzielle Unterstützung beim Aufbau des vorbeugenden Wasserrettungsdienstes der DLRG.



Hoher Besuch bei der DLRG Wiesbaden-Biebrich (von links): Innenminister Dr. Herbert Günther, DLRG-Landesverbandspräsident Peter Enders. (Foto: Otter)

Landesversammlung der ARKAT Baden-Württemberg

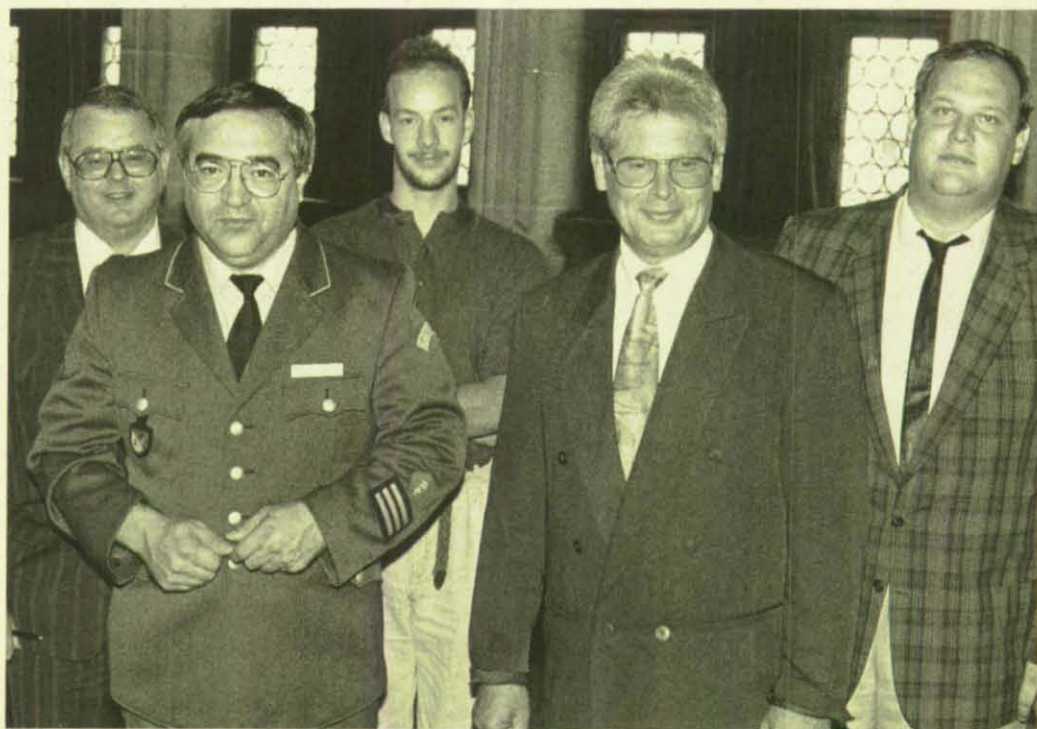
Kein Helferabbau im Katastrophenschutz – ARKAT wehrt sich

Die Ost-West-Entspannung darf, so der Bundesvorsitzende der ARKAT (Arbeitsgemeinschaft der Regieeinheiten und -Einrichtungen im Katastrophenschutz) Dipl.-Ing. Klaus Dieter Kühn, Braunschweig, nicht zu einer Reduzierung der Kräfte im Katastrophenschutz führen, vielmehr muß eine Neuausrichtung nach folgenden Gesichtspunkten erfolgen:

- Konzeptionelle Neuorientierung von bisher ausschließlich auf den Verteidigungsfall ausgerichteten Fachdiensten
- Verbesserung der Integration des Katastrophenschutzes in die Logistik allgemeiner Gefahrenabwehr
- Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit.

Derzeit sehen, so Kühn, die Pläne des Bonner Innenministeriums den Abbau oder die Auflösung von mehr als 3400 Einheiten des erweiterten Katastrophenschutzes in den Altbundesländern, zugunsten von Aufbaumaßnahmen in den neuen Ländern, vor. Nach Berechnungen des Bundesinnenministeriums, so Kühn weiter, können hiervon rund 28 000 freiwillige und ehrenamtlich tätige Helferinnen und Helfer in den Feuerwehren, dem Technischen Hilfswerk, dem Sanitätsdienst und in den kommunalen Regieeinheiten besonders betroffen sein.

Die immer wieder kritisierte Bevorratung und Sicherstellung von Hilfsgütern, Nahrungsmitteln, Medikamenten und Sanitätsausstattung ver-



Im Vordergrund: Bundesvorsitzender der ARKAT Klaus-Dieter Kühn (links), Schulleiter der Landeskatastrophenschutzschule Baden-Württemberg Jürgen Kuhn (rechts). Hinten: (von links nach rechts) Roland Glöggler, Stefan Wülfrath, Joachim Töllner.

setzt jedoch die Bundesrepublik Deutschland gegenwärtig gemeinsam mit den europäischen Partnerländern erst in die Lage, überall in der Welt zu helfen, wenn Menschen durch Naturereignisse und andere Krisensituationen in Not geraten sind. Ein Verzicht auf derartige Vorsorge wäre inhuman und würde der internationalen Verantwortung der Industriestaaten für die von Katastrophen bedrohten Regionen nicht gerecht.

Die multifunktionale Nutzung vorhandener Schutzpotentiale und die Anpassung von Aufgaben, Ausstattung, Ausbildung und Einsatz-

führung an Schadensbilder moderner Industriegesellschaften ist bereits zu wichtigen Leitideen für die Gestaltung des Katastrophenschutzes der Zukunft geworden.

Der Schulleiter der Landeskatastrophenschutzschule Baden-Württemberg Hans-Jürgen Kuhn betonte, daß bei der derzeitigen politischen Lage noch keine Grundsatzaussagen möglich sind, da auf zu viele innen- und außenpolitische Interessenlagen Rücksicht genommen werden müsse. Zur Zeit werden in den neuen Bundesländern die Ein-

heiten und Einrichtungen der verschiedenen Fachdienste aufgebaut. Wichtig sei auch eine Bereinigung der Struktur in den alten Bundesländern und der Verzicht auf fraglich gewordene Bereiche und Führungsstrukturen. Kuhn begrüßte die geplante Übernahme von vier Veterinärzügen in die Obhut des Landes.

Abschließend stellte Kuhn fest, daß sich die ehrenamtliche Tätigkeit im Katastrophenschutz auf allen Ebenen bewährt hat. Dieses System habe wesentlich zum Schutz der Bevölkerung in zivilen Katastrophen beigetragen und müsse erhalten werden.

Wahlen und Ehrungen

Nachdem sich vier langjährige Vorstandsmitglieder, darunter der erste Vorsitzende und **Gründer der ARKAT**, Hans Kiebler, Ravensburg, nicht mehr zur Wahl stellten, konnte bei der Landesversammlung in Ravensburg eine

Verjüngung des Landesvorstandes erreicht werden.

Neuer Landesvorsitzender: Roland Glöggler, Geislingen.

Seine Stellvertreter sind: Joachim Töllner, Stuttgart, Stefan Wülfrath, Ravensburg.

Schatzmeister: Peter Funk, Hohenlohekreis.

Schriftführer: Manfred Reichle, Ravensburg.

Einstimmig beschloß die

Landesversammlung den **Gründungsvorsitzenden** der ARKAT Baden-Württemberg **Hans Kiebler** zum **Ehrenvorsitzenden** und das Gründungsmitglied **Dr. Otto Weise, Albstadt**, zum **Ehrenmitglied** zu ernennen. Für die gute Zusammenarbeit bedankte sich Kiebler mit einem Präsent bei den scheidenden Vorstandsmitgliedern Dr. med.

Otto Weise, Albstadt, Uwe Larsen, Murrhardt, und Peter Pohonic, Hohenlohekreis.

Empfang durch die Stadt

Bereits am Freitagabend empfing der aktive Katastrophenschützer und Leiter des Baurechtsamtes der Stadt Ravensburg Dipl.-Ing. Martin Albeck den Vorstand der ARKAT und Führungskräfte von KatS-Einheiten aus dem ganzen Land. Er betonte die Notwendigkeit der ARKAT und hob die Aufbauarbeit von Hans Kiebler besonders hervor.

Anschließend stellte er das in Ravensburg erarbeitete Projekt „GGL“ „Gefahr – Gut – Lagerung“, ein örtliches und regionales Informationssystem zur Lagerung und Umgang mit Gefahrstoffen vor. Danach konnten die Helfer im zwanglosen Rahmen Erfahrungen und Anregungen austauschen.

– Uwe Larsen –
i. A. der ARKAT Baden-
Württemberg



Zum Ehrenvorsitzenden ernannt: Hans Kiebler, Ravensburg; zum Ehrenmitglied: Dr. Otto Weise, Albstadt.



Die Vorstandsmitglieder beim Empfang der Stadt Ravensburg.

(Fotos:
Uwe Larsen)

Kundenfreundlicher Service

Ein bekannter Lübecker Hersteller hat für seinen Preßluftatmer PA 80 ein neues Gewährleistungskonzept entwickelt. Im Rahmen des Reparatur-Austausch-Teile-Systems, kurz RAT, wurde die Gewährleistungszeit für die PA-80-Druckminderer, die nach dem 1. Januar 1991 verkauft worden sind, von einem auf vier Jahre verlängert. Diese Verlängerung wurde möglich durch einen ständig steigenden Qualitäts- und Fertigungsstandard.

Das RAT-System ist eine besondere Dienstleistung und sieht so aus: Der Kunde schickt den reparaturwürdigen Druckminderer ein und erhält vom Hersteller einen werksüberholten anderen. Bei Bedarf ist auch eine Vorablieferung möglich. Damit ist die ständige Einsatzbereitschaft des Gerätes gewährleistet. Auf diese Weise sind die Instandhaltungskosten niedriger und auf lange Sicht kalkulierbar. Neben Druckminderern sind Reparatur-Austausch-Teile auch für andere Komponenten der Atemschutz- und Gasmeßtechnik lieferbar.

BOS-Zulassung für digitale Alarmierung

Sicherer, schneller und einfacher können Feuerwehren und Rettungsdienste künftig alarmiert werden – und alarmieren. Denn was bisher nur in Feldversuchen erprobt wurde, ist ab sofort bundesweit zum Einsatz

zugelassen: Ein digitales Alarmierungssystem, das jetzt auch von Behördenseite den Zuschlag in Form einer BOS-Zulassung erhielt. Die Zulassungsnummer lautet: DAU 1 01/91. Mit dieser Entscheidung hat die sechsjährige Forschungs- und Entwicklungsarbeit ein Ende gefunden: in Zukunft können Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben offiziell digital alarmiert werden.

Ein Fortschritt, der nicht zuletzt durch die konstruktive Zusammenarbeit zwischen dem Innenministerium Baden-Württemberg und der Industrie zustande gekommen ist. Und der für Feuerwehren und Rettungsdienste vor allem durch die Trennung von Alarmierung und Sprechfunk einen neuen Sicherheitsstandard setzt. Frequenzüberlastung und Reichweitenmängel, die bei der analogen Funkalarmierung zu kaum lösbaren Problemen führten, gehören mit der digitalen Funkalarmierung der Vergangenheit an.

Kurze Belegungszeiten der Kanäle – bundesweit erfordert das digitale Alarmsystem nur vier Frequenzen –, schnelle Alarmaufbereitung, eine gegenüber der analogen Technik zehnfach höhere Übertragungsgeschwindigkeit und die Möglichkeit, eine nahezu unbegrenzte Zahl von Einsatzkräften bei Feuerwehren und Rettungsdiensten zu alarmieren, haben auch die letzten Skeptiker davon überzeugt, daß die Zukunft der sicheren Alarmierung nur digital sein kann. (Foto: Swissphone

Telecommunications GmbH)

Faßgreifer Typ 3P

Überall da, wo es darum geht, beschädigte Fässer in Bergungs- beziehungsweise Umfasser zu stellen, gibt es jetzt die sichere, zeitsparende und kraftschonende Lösung. Der neue Faßgreifer Typ 3P bietet die Möglichkeit, sämtliche Fässer mit einem Durchmesser von 320 bis 680 mm aufzunehmen.

Sobald die Dreipunktaufnahme dem jeweiligen Faßdurchmesser angepaßt ist, verhindert eine selbsttätige Exzentrersicherung das unbeab-



sichtigte Öffnen, insbesondere auch beim Kran- bzw. Gabelstaplerbetrieb gegen Abstürzen der Fässer.

Der TÜV-geprüfte Faßgreifer Typ 3P ist für eine Tragkraft von 400 Kilogramm ausgelegt, und das geringe Eigengewicht sorgt für eine einfache und schnelle 1-Mann-Bedienung.

(Foto: Bauer GmbH)

Rettungspuppe „Rescue Randy“

Ein robustes Modell für Rettungsübungen verschiedenster Art bietet jetzt ein Unternehmen aus Beimerstetten an. Immer wenn es darum geht, die Bergung von Personen zu üben und zu simulieren, ist die Rettungspuppe „Randy“ das ideale Hilfsmittel. Ob es sich dabei um die Bergung aus rauchgefüllten Räumen unter Atemschutz, aus Gebäuden, aus Fahrzeugen, aus dem Wasser oder um die Rettung aus Bergnot handelt – „Randy“ vermittelt den Helfern stets ein unübertroffen realistisches Gefühl.

Man merkt, daß „Randy“ eigens für diesen Zweck konstruiert worden ist. „Randy“ besteht aus einem Stahlrahmen, über den eine massive und robuste Kunststoffhaut gegossen ist. Gelartige Gewichtsfüllungen geben dem Modell eine gewisse Elastizität und vermitteln im Oberkörper



den Eindruck menschlich-weichen Gewebes. Das Modell ist voll beweglich und in folgenden Versionen lieferbar: 12,5 Kilogramm (ohne Gewichtsfüllung), 50, 70 sowie 80 Kilogramm. Diese Gewichtungen sind Standard, es können nach Wunsch auch Modelle mit individuellen Gewichtungen geliefert werden. Die Größe ist einheitlich ca. 162 Zentimeter.

Neben diesen Erwachsenenmodellen ist auch eine Kinderversion lieferbar. Die Konstruktionsmerkmale sind die gleichen wie beim oben beschriebenen „Randy“, nur ist das Modell 120 Zentimeter groß und ca. 8 Kilogramm schwer. Die Rettungspuppen eignen sich vorzüglich zum Präparieren mit einem entsprechenden Wundensimulationsprogramm. Wunden unterschiedlichster Art in äußerst plastischer Darstellung können schnell und präzise angebracht werden.

Flotter Sägeblattwechsel möglich

Mit dem SDS-clic-Sägeblatt-Spannsystem sind jetzt auch die Druckluftstichsägen eines süddeutschen Herstellers ausgestattet. Damit ist ein problemloser Sägeblattwechsel ohne Hilfswerkzeug möglich. Das integrierte SDS-clic-Sägeblatt-Spannsystem macht die Säge weder größer noch schwerer. Der bisher für den Sägeblattwechsel benötigte Spezialschraubendreher wurde zwar immer mitgeliefert, doch mußte sich der Anwender um seine ständige Verfügbarkeit selbst kümmern. Da sich das Sägeblatt nur mit diesem Spezialwerkzeug einspannen bzw. auswechseln ließ, bedeutete ein Verlust eine Arbeitspause bis zur Neubeschaffung.

Die Einsatzmöglichkeiten der Druckluftstichsäge sind vielfältig. So ermöglicht der Pendelhub die Anpassung der Zahneingriffstiefe an verschiedenen Werkstoffen, um so maximale Schnittleistungen und hohe Sägeblattstandzeiten zu erreichen. Die Hubzahl läßt sich über den Betriebsdruck der zugeführten Druckluft den jeweiligen Erfordernissen anpassen.

Die Stichsäge eignet sich sehr gut zum Schneiden von Werkstoffen wie Hart- und Weichholz, Spanplatten, Nichteisenmetallen und Kunststoffen. Die für die unterschiedlichen Werkstoffe jeweils geeigneten Stich-



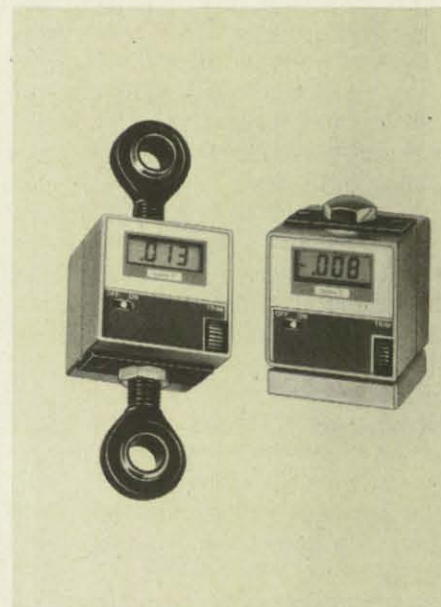
sägeblätter sind im Lieferprogramm verfügbar. (Foto: Bosch GmbH)

Neues Last-Meßgerät für Zug und Druck

Digitale Waagen gibt es inzwischen für viele Zwecke in wahrlich vielen Ausführungen. Eine wirklich interessante Kombination ist jetzt neu auf dem Markt.

Mit dieser neuen Modell-Serie kann sowohl die Zugkraft als auch die Druckkraft gemessen werden, weil die Last-Aufnahme-Elemente wie Augenschrauben bzw. Lastköpfe usw. auswechselbar sind. Einfacher geht es nun nach Angaben des Herstellers tatsächlich nicht.

Die Meßgenauigkeit beträgt $\pm 0,31$ Prozent und die Energieversorgung sichert eine handelsübliche Alkali-Batterie. Die Geräte sind mit



Fern-Ablesung und mit EDV-Schnittstelle lieferbar. Sechs Modelle für Lasten zwischen 200 und 10 000 Kilogramm bieten in der Tat vielfältige Applikationen für Industrie, Handel, Handwerk und Dienstleistung.

(Foto: Heidkamp-Gruppe)

Elektronischer „Wecker“ bei Brandgefahr

Viele Hotelbrände werden durch rauchende Gäste verursacht, besonders wenn diese während des Rauchens einschlafen. Brandrauchmelder in den einzelnen Zimmern sorgen



dafür, daß solche Brände im Frühstadium erkannt und gelöscht werden. Für den schlafenden Hotelgast kann aber eine prekäre Situation entstehen, wenn er nicht rechtzeitig aufwacht und sein Zimmer verläßt.

Deshalb wurde ein elektronischer Signalgeber entwickelt, der ohne zusätzliche Installation an jeden beliebigen Brandrauchmelder angeschlossen werden kann. Er wird einfach in den Installationssockel eingerastet und ertönt, sobald der zugehörige Rauchmelder ausgelöst hat. Gleichzeitig sind auf dem Flur weitere optische und akustische Alarmmittel ansteuerbar, so daß das Personal den Brandort schnell identifizieren und gefährdete Personen retten kann. (Foto: Zettler)

Bevölkerungsschutzpolitik im Nord-Süd-Dialog: IDNDR 1990 – 2000

Von Dr. Ewald Andrews,
Bundesverband für den
Selbstschutz, 5300 Bonn 2

Dr. Ewald Andrews, bisher Leiter der Arbeitsgruppe KN 2 in der Abteilung für Katastrophen-/Zivilschutz, Notfallvorsorge, Zivile Verteidigung im Bundesministerium des Innern und seit 20. September 1991 Präsident der Akademie für Zivile Verteidigung, arbeitet seit vielen Jahren in der nationalen und internationalen Katastrophenvorbeugung und -hilfe. In zahlreichen Veröffentlichungen hat er auf die Notwendigkeit humanitärer Unterstützung in den Entwicklungsländern gerade in diesem Aufgabengebiet hingewiesen.

In seinem Standardwerk „Bevölkerungsschutzpolitik“, erschienen 1989, beschreibt er das besondere Verhältnis Deutschlands im Ost-West-Spannungsverhältnis und macht Vorschläge für den Aufbau eines nationalen Krisenmanagements, das durch präventive und repressive Gefahrenabwehrmaßnahmen die adäquate, das heißt zeitnahe und ereignisangemessene Reaktion auf die uns bedrohenden zivilisatorischen Großrisiken (z. B. Auswirkungen des Reaktorunfalls von Tschernobyl) sicherstellen kann.

In der neuen Publikation sollen nun die Maßnahmen und Aktivitäten der Gefahrenminderung und -verhinderung zur Diskussion gestellt werden, die im Rahmen der Dekade für Katastrophenvorbeugung (IDNDR) für einen deutschen Beitrag zur Beseitigung der Spannungsursachen im Nord-Süd-Verhältnis in Betracht kommen.

Andrews hat seine Erkenntnisse bei seinen zahlreichen IDNDR-Studienreisen gewonnen, die dann auch in dem beschriebenen Maßnahmenkatalog ihren Niederschlag gefunden haben. Nach der deutlichen Ent-

Dr. Ewald Andrews

**Bevölkerungsschutzpolitik
im Nord-Süd-Dialog:**

IDNDR
1990–2000

International Decade for
Natural Disaster Reduction
Décennie Internationale de la
Prévention des Catastrophes Naturelles
Internationale Dekade für
Katastrophenvorbeugung



Herausgegeben vom
Bundesverband für den Selbstschutz,
Postfach 20 01 01, 5300 Bonn 2

als Diskussionsbeitrag zu der vom Auswärtigen Amt und
Bundesministerium des Innern geführten
Internationalen Dekade für Katastrophenvorbeugung (IDNDR)

spannung im Verhältnis der beiden Supermächte zueinander werden die gravierenden Probleme aus dem Nord-Süd-Gefälle zunehmend Aufmerksamkeit auf sich lenken. Der Golfkrieg war insofern nur der Beginn einer bedeutungsschweren Entwicklung.

Die Broschüre wurde sowohl ins Englische als auch ins Französische übersetzt. Eine dreisprachige Veröffentlichung stößt nach vorliegenden Informationen auf das Interesse der EG-Kommission und der Mitgliedstaaten, da dort zur Zeit noch weitgehend Unklarheit darüber besteht, wie man sich in die IDNDR einbringen kann. Entsprechendes gilt für die skandinavischen Staaten, die USA und Kanada.

Andrews gliedert seine Broschüre in fünf Teile plus zwei Anhänge. Er befaßt sich bzw. beschreibt die Verbesserung des Bevölkerungsschutzes in der Dekade, die Resolution 42/169 der Vereinten Nationen, die Stellungnahmen von Politikern zur IDNDR, die Studienreisen der deutschen Delegation, die deutschen Vorschläge für einen Katalog von Dekadeprojektionen und die Satzung des Deutschen Komitees für die IDNDR.

Insgesamt dürfte der Autor mit

seinen Ausführungen Interesse bei Vertretern aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft im In- und Ausland finden, ist doch diese Form der Katastrophenhilfe nicht nur humanitär, sondern auch Hilfe zur Selbsthilfe und damit im Höchstmaß ökonomisch. Für Politiker und Experten im Katastrophenschutz ist der vorliegende Band eine wichtige Arbeitsgrundlage und ein Anstoß, über die eigenen Grenzen hinaus die Sorgen und Notlagen anderer Menschen zu sehen.

(Horst Schöttler)

Neurologie und Neurologische Krankenpflege

4. Auflage

Von Horst Isermann,
Verlag W. Kohlhammer,
7000 Stuttgart 80

In diesem Studienbuch für Krankenschwestern, Krankenpfleger und medizinisch-technische Assistenzberufe wird unter Einbeziehung von Anatomie und Physiologie des Nervensystems ein verständlicher Überblick über diesen Bereich der Krankenpflege gegeben.

Themenschwerpunkte wie die verschiedenen Entstehungsbedingungen, Erscheinungsbilder, Untersuchungsmethoden und Behandlungsmöglichkeiten der wichtigsten Krankheitsbilder geben den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der neurologischen Pflege umfassende Fachinformationen.

In diesem Studienbuch wird auf die individuelle Beobachtung und ganzheitliche Betreuung der Kranken besonders eingegangen. Pflegerische Maßnahmen und Probleme werden anhand der häufigeren und pflegeintensiven Erkrankungen (Schlaganfall, Parkinson, Schädel-Hirntrauma, Anfallsleiden, Multiple Sklerose, Querschnittslähmung) ausführlicher dargestellt.

Dekontaminationsanhänger (DekonA)

Dem ABC-Zug des Katastrophenschutzes ist als Spezialfahrzeug zur Dekontamination von Personen, Material und Gelände ein „Dekontaminations-Mehrzweck-Fahrzeug“ (DMF) zugeordnet. Es führt einen Anhänger mit Kraftstoffen, Gerätschaften und Behältnissen mit. Beide Fahrzeuge werden den KatS-Organisationen (in der Regel verfügen Feuerwehren, das THW und in Einzelfällen auch Sanitätsorganisationen über ABC-Einheiten) vom Bund zur Verfügung gestellt.

Das DMF wurde im Rahmen des „Minimagazins“ in der Ausgabe 11/89 vorgestellt – der jetzt vorgestellte Anhänger bildet nunmehr die Ergänzung. Zusammen mit den ebenfalls ausgelieferten Erkundungskraftwagen (ErkKW; Ausgabe 9/90) ergibt sich die komplette Fahrzeugausstattung der heutigen ABC-Züge im Katastrophenschutz.

Alle Fahrzeuge des ABC-Zuges sind in Reinorange (RAL 2004) lackiert.

Das Modell

Der Bau des Dekontaminations-Anhängers ist sicherlich nicht einfach und von daher in der Regel den „versierten“ Modellbastlern vorbehalten. Als Grundmodell steht der militärische Einachsenanhänger der Firma Roco zur Verfügung (Bestellnummer 152, kleinere Version; Bestellnummer 343, UNO-Ausführung weiß; bessere Lackierungsmöglichkeit).

Die Umbauarbeiten gestalten sich wie folgt: Zunächst werden die vorhandenen Radabdeckungen abgetrennt und durch entsprechende aus dem Preiser-Modellprogramm ersetzt. Dabei müssen die neuen Abdeckungen in der Breite dem Radstand angepaßt werden. Die am Modell vorhandene Kupplung (Zugöse) wird abgetrennt, ein Ersatz stammt vom Roco-Modell 1350/1750 (Bootstrailer). Hierdurch ergibt sich eine geringfügige Verlängerung der Deichsel, so daß später ein Ersatzrad (Roco-Rad mit Felge ohne Radkappe von Preiser) und die Treibstoffkanister aufgesetzt werden können (siehe Modell und Modellvorbild).

Vorbildgerecht müssen nun die Halterungen der Gerätschaften und Behältnisse aus feinen Plastikstäben gefertigt wer-

den: im Innenbereich des Anhängers für die Behälter (Preiser-Zubehör), als Aufbau zum Beladen der Schubkarren (Preiser-Zubehör) und zum Fixieren der Treibstoffkanister (Roco-Zubehör). Die Fotos zeigen diese Strebenhalterungen, vor allem als Erhöhung der Anhängerpritsche.

Auf diese Verstrebungen können nun zwei Schubkarren (in gegensätzlicher Richtung) aufgelegt werden, dazwischen befinden sich acht Treibstoffkanister, ebenfalls in einer Halterung. Auf den Radabdeckungen rechts und links werden je ein Kanister mit Halterung angebracht – dazu je ein Radkeil. Weitere vier Kanister mit Halterungen sind auf der Anhängerdeichsel vor dem Reserverad plaziert.

Es empfiehlt sich, die olivfarbenen Kanister zunächst auf ihrem Grundgestell

aufzukleben und dann die äußeren Verstrebungen anzupassen. Insgesamt wird man hier gewisse Kompromisse in bezug auf die exakte Vorbildtreue machen müssen: So wird es in der Regel kaum gelingen Rundhalterungen für die Faßbehältnisse aus Plastikstäben herzustellen!

Lackiert wird der gesamte Anhänger einschließlich aller Halterungen, die Schubkarren und die Radkappen in Reinorange (RAL 2004: Humbrol Authentic Colour). Lediglich die Reifen von Anhänger und Schubkarren sowie das Aufstellrad werden in Schwarz matt abgesetzt. Die aus dem Preiser-Programm (z. B. Schaumwasserwerfer) entnommene Rücklichtstange wird am Heck angesetzt und farbig detailliert (Reinorange mit roten Strahlern und Blinkern).



Dekontaminations-Anhänger des ABC-Zuges im Katastrophenschutz: Deutlich sichtbar sind die einzelnen Halterungen (Behältnisse) und die Verteilung der Geräte (Schubkarren u. a.).



Das Modell des DekonA macht die feine Detaillierung des Anhängers deutlich. Im Hintergrund das bereits in dieser Serie vorgestellte Dekontaminations-Mehrzweck-Fahrzeug (DMF).

Im Auftrag der Vereinten Nationen



Ob es darum geht, Brunnen zu bauen, Pumpen zu setzen oder Wasserleitungen zu verlegen, unter normalen Umständen ist dies Routinearbeit für die erfahrenen Katastrophenschützer der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW). Doch bei einem großangelegten Einsatz in kurdischen Flüchtlingslagern im Iran, der im Auftrag des Hohen UN-Flüchtlingskommissars durchgeführt wurde, mußten die THW-Spezialisten mit unerwarteten Herausforderungen fertig werden. Ob verlorengegangene Ausrüstung, extreme Hitze oder der unberechenbare Sand der Wüste, immer wieder stießen die THW-Helfer auf technische Probleme und letztlich auch an ihre physischen Grenzen.

Stellvertretend für eine Reihe von THW-Landesverbänden, die an diesem Projekt im Iran beteiligt waren, veröffentlicht das Bevölkerungsschutz-Magazin einen Reisebericht des THW-Landesverbandes Niedersachsen. 42 THW-Spezialisten reisten im Juli dieses Jahres für vier Wochen in den Norden des Iran, wo die Wasserversorgung von vier kurdischen Flüchtlingslagern zu organisieren und zu sichern war.

(Fotos: Kubiak 3, Glass 1)

